

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 80 Pfennig, jährlich 3 Mark 50 Pfennig.

Der „Vorwärts“ mit der „Mittelschicht“ und der „Arbeiterzeitung“ als Beilage.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 10. Dezember 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierleistung 80 Pfennig, Reklameweile 5 Pfennig, kleine Anzeigen das erste Wort 25 Pfennig, jedes weitere Wort 12 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, eintreffen.

Klärung vor Weihnachten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird eine Entscheidung herbeiführen. Die Volkspartei hinter Scholz.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern nach der Plenarsitzung des Reichstags zusammen, um über die politische Lage zu beraten.

1. Durch die Reden des Abg. Dr. Scholz, des Führers der Deutschen Volkspartei, in Insterburg und Königsberg sind die Vereinbarungen, die zwischen dem Reichkanzler und der sozialdemokratischen Fraktion über die Fühlungnahme mit den Regierungsparteien getroffen waren, hinfällig geworden.

2. Zum Mißtrauensvotum gegen den Minister Rülz hat die Fraktion sofort Stellung genommen, und zwar durch die Rede des Abg. Dr. Breitscheid, durch ihre Erklärung zur dritten Lesung und durch ihre Abstimmung zum Schuld- und Schmutzgesetz, wobei ihr Mißtrauen gegen den Minister Rülz scharf zum Ausdruck kam.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt gestern ebenfalls eine Fraktionsitzung ab. Darüber wird folgender Bericht ausgegeben:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm am Donnerstagnachmittag u. a. den Bericht des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz über seine Insterburger Rede entgegen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei billigt die provokatorische Rede ihres Fraktionsvorsitzenden. Sie verschärft die Situation. Dieser Beschluß war der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei ihrer Beschlußfassung noch nicht bekannt.

Mit diesem Beschluß ist das Experiment der „Stillen Koalition“ zu Ende. Es war ein Versuch. Dieser Versuch ist gescheitert an der Krisenmacherei der Volkspartei und ihrer Schnjucht nach dem Bürgerblock.

Der Fall Rülz ist nur ein Einzelfall, nachdem durch die Haltung des Herrn Scholz das Regierungsproblem in seiner Gesamtheit aufgerollt worden ist. Die damit zusammenhängenden Fragen bedürfen dringend der Klärung.

Die Entscheidung über die künftige Gestaltung der Reichsregierung wird noch vor Weihnachten herbeigeführt werden. Die dritte Lesung des Nachtragselats findet in der nächsten Woche statt.

Der Reichkanzler Dr. Marx wird am Sonnabend mit den Parteiführern verhandeln.

Soziales Wahljahr.

Die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung.

Zu jenen Verfassungsbestimmungen, die noch der Verwirklichung harren, gehört auch der Artikel 161, der davon spricht, daß zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterchaft und zur Vorbeugung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherer schafft.

Es ist merkwürdig still geworden um die Vereinheitlichung der Sozialversicherung und den Ausbau ihrer Selbstverwaltung und Leistungen. Der mit schmetternen Fanfaren angekündigte Gesamtumbau der Sozialversicherung endete mit der Herausgabe eines dickleibigen Bälgers.

Der Zeitpunkt dürfte jedoch gekommen sein, der allgemeinen Sozialversicherung und insbesondere ihrer Selbstverwaltung dazu bietet, der dem Reichstage vorliegende Entwurf eines Gesetzes über Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungsrecht.

Die Regierungsvorlage entstammt einer Initiative der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Bei der letzten größeren Novelle zur Angestelltenversicherung forderte die Sozialdemokratie auch einen Ausbau der Selbstverwaltung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion forderte die direkte Wahl nach dem Verhältniswahlrecht, damit jeder Versicherte einen gleichmäßigen Einfluß auf die Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung ausüben kann.

Mit diesen unhaltbaren Zuständen räumt der Regierungsentwurf erfreulicherweise auf. Er hält zwar, einem Wunsche der Reichsversicherungsanstalt folgend, an der Einrichtung der Vertrauensmänner fest, läßt jedoch in Zukunft den Verwaltungsrat aus Urwahlen nach dem Verhältniswahlrecht hervorgehen.

So bedeutsame Fortschritte der Entwurf enthält, er räumt nicht mit allen Ungereimtheiten auf. Es klingt wie ein schlechter Witz, wenn die Beibehaltung der 8000 Vertrauensmänner damit begründet wird, daß sich die Reichsversicherungsanstalt ihrer Hilfe in steigendem Maße bedient.

Die einzig positive Funktion der Vertrauensmänner, neben der Mitwirkung bei der Antragstellung auf Renten und Heilverfahren und beim Einzug von Beiträgen, soll in der Wahl der Vertreter bei den Versicherungsämtern bestehen.

Einigung über die Kontrolle in Genf.

Die Regelung des Nachforschungsrechts des Völkerbundes.

Paris, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Havas-Agentur meldet, daß zwischen der deutschen und den alliierten Delegationen in Genf eine Einigung in folgenden drei Punkten erzielt worden sei:

1. Ueber die Aufgaben der Nachprüfungskommissionen: Das getroffene Abkommen betone ausdrücklich, daß der Verfall Artikel 213 Untersuchungen (Nachforschungen) in bestimmten Fällen und unter bestimmten Umständen, welche die Vermutung gestatten, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, erlaubt, daß aber dieser Artikel ständige oder periodische Nachforschungen nicht rechtfertige.

2. Ueber die Vollmachten der Untersuchungskommissionen: Die deutschen Einwände gegen die Vollmachten, die man diesen Kommissionen in ihren Beziehungen zu den deutschen Behörden oder Staatsangehörigen zu erteilen beabsichtigte, wurden als berechtigt anerkannt.

3. Ueber die Hinzuziehung deutscher Offiziere zu den Nachforschungen, genau wie bei den anderen in Frage kommenden Ländern, so Deutsch-Oesterreich, Ungarn und Bulgarien.

Die Frage der Einsetzung sogenannter „ständiger Kontrolllemente“ in den entmilitarisierten Zonen, womit die Rheinlandbesetzung eng verknüpft ist, wurde zurückgestellt.

Das Verfahren in Genf wird nach der Entscheidung der Botschafterkonferenz laut „Temps“ wie folgt weitergehen: In der nächsten, und wahrscheinlich letzten Sitzung des Völkerbundsrats, in der die Vorsitzenden der Kommissionen bestimmt werden, soll Stresemann einige Vorbehalte zum Untersuchungsplan von 1924 vorbringen.

von den juristischen Sachverständigen ausgearbeitete Auslegung verlesen werden. Darauf wird der deutsche Vertreter seine Zustimmung zu dem hierdurch ergänzten Untersuchungsplan geben.

Genf, 9. Dezember. (WIB.) Die juristischen Sachverständigen haben die Vorbereitung einer authentischen Interpretation des Untersuchungsprotokolls heute abend in vollkommener gegenseitiger Uebereinstimmung abgeschlossen.

Im Laufe des Freitags werden Vertreter der fünf Rheinpaktmächte wahrscheinlich zu einer zweiten gemeinsamen Besprechung zusammentreten.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 9. Dezember. (WIB.) Havas berichtet, daß der heutigen Sitzung der Botschafterkonferenz Marshall Foch und die übrigen Mitglieder des interalliierten Militärkomitees von Versailles sowie der Vorsitzende der Militärkontrollkommission in Berlin, General Walsh, beiwohnten.

Es scheint zurzeit nicht, daß die beiden Fragen, betreffend die Befestigungen von Königsberg, Küstrin und Glogau und die Herstellung von Kriegsmaterial vollkommen geregelt seien.

Das Ergebnis der heutigen Beratungen der Botschafterkonferenz werde unverzüglich den in der Botschafterkonferenz vertretenen und gegenwärtig in Genf weilenden Außenministern zur Kenntnis gebracht werden.



wahlungsrat künftig wählen. Wozu dieser Umweg? Bei der Wahl der Vertreter bei den Versicherungsämtern wird noch dazu das Pluralwahlrecht beibehalten. Es liegt doch nichts näher, als die Wahl zu allen Organen in einem einheitlichen Wahlgang vorzunehmen zu lassen. Die abgegebenen Stimmen im Bereich eines Versicherungs- und eines Oberversicherungsamtes sind maßgebend für die Verteilung der Beisitzer bei diesen Rechtsprechungsböden, die im Reich abgegebenen Stimmen sind maßgebend für Verwaltungsrat, Direktorium und Reichsversicherungsamt. Damit wäre der Einfluß jedes Versicherten auf alle Organe gewährleistet.

Berührt der Regierungsentwurf auf dem Gebiete der Angestelltenversicherung wenigstens das Gebiet der Selbstverwaltung, so läßt er es für die Reichsversicherungsordnung unberührt. Hier erfüllt er nur das Verlangen des Reichstages auf Einführung eines sozialen Wahlsystems, also: Vereinheitlichung der Wahlen in der Sozialversicherung, nicht aber den Artikel 161 der Reichsverfassung, der die maßgebende Mitwirkung der Versicherten vorsieht. Es dürfte an der Zeit sein, auch diese Bestimmung zu erfüllen. Neben der Krankenversicherung ist es die Knappschaftsversicherung, die auf Grund der letzten Novelle den Versicherten einen maßgebenden Einfluß einräumt. In der Invalidenversicherung sind wir von einer solchen Selbstverwaltung noch weit entfernt; noch trostloser sieht es in der Unfallversicherung aus. Aber auch die Angestelltenversicherung bedarf noch eines solchen Ausbaues. Auf ihn kann um so weniger verzichtet werden, ist doch weitestgehende Selbstverwaltung die Voraussetzung einer inneren Anteilnahme der Versicherten an der Sozialversicherung.

## Die Weihnachtzulagen der Beamten.

### Seute Entscheidung im Hauptauschuß.

Die Frage der Weihnachtzulage wird am Freitag im Haushaltsauschuß des Reichstages an erster Stelle behandelt werden. In der am Donnerstag stattgefundenen Besprechung der Regierungsparteien mit dem Reichsfinanzminister wurde abermals der Wunsch ausgesprochen, die Beihilfe mit einer Aktion für die Kriegsbeschädigten und Sozialrentner zu verbinden. Der Finanzminister hatte gegen eine solche Aktion grundsätzlich nichts einzuwenden, er widersprach jedoch der Verbindung dieser Aktion mit der Beihilfe für die Beamten.

Nach den Verhandlungen der Regierungsparteien, die zu der Einigung über die Weihnachtshilfe für die Beamten führte, trat die Zentrumsfraktion zu einer Sitzung zusammen. Sie beschäftigte sich lediglich mit dieser Frage der Weihnachtshilfe und beschloß der erzielten Einigung zuzustimmen.

Bei den in später Abendstunde stattgehabten Verhandlungen der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten lehnten die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion es ab, den Antrag der Regierungsparteien zur Weihnachtshilfe der Beamten mit zu unterstützen. Sie behielten sich ihre Entscheidung für den Hauptauschuß vor.

Die Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß es genügt, die Zulage bis Gruppe 7 oder 8 zu geben, sie fordern weiter Ausdehnung der Zulage auf die Reichsarbeiter.

Der Reichsfinanzminister hat sich dadurch, daß er daran festhält, auch den Beamtengruppen von 8 bis 13 eine Weihnachtzulage zu geben, in eine unmögliche Situation hineinmanövriert. Wird auch den oberen Beamtengruppen eine Weihnachtzulage gegeben, dann braucht sich der Reichsfinanzminister nicht zu mindern, wenn neben den Kriegsbeschädigten, auf die ja die Beamtenbeihilfe automatisch Anwendung findet, das übrige große Heer der Hilfsbedürftigen, der Sozial- und Kleinrentner und der Erwerbslosen, ebenfalls eine Weihnachtshilfe fordert. Daß die unteren Beamten eine Weihnachtshilfe brauchen, darüber ist kein Wort zu verlieren. Das sieht auch die Rechtspreffe ein, die darauf hinweist, daß die Bezüge der Beamten in dem beiden

untersten Gruppen in Mittel- und Westdeutschland nicht allzusehr von den Bezügen der Erwerbslosen verschieden seien. Aber warum unter allen Umständen eine Notstandsbeihilfe für Leute, die monatlich 1000 M. und mehr Gehalt beziehen? Sollen auch noch die Pensionäre der Republik mit ihren hoch in die Tausende gehenden Pensionen eine Weihnachtsbeihilfe erhalten, die fast so groß ist wie die Summe, mit der die Erwerbslosen einen ganzen Monat auskommen müssen?

## Sowjetgranaten für Reichswehrgeschütze.

### Deutschnationaler Verleumdung als Hilfswaffe.

Durch W.B. wird bekanntgemacht: Die „Kreuz-Zeitung“ gibt in ihrer heutigen Abendausgabe einer Zuschrift Raum, in welcher bei einer Besprechung der Veröffentlichungen des „Manchester Guardian“ der Verdacht ausgesprochen wird, daß Gesandte des Reiches, die der Sozialdemokratischen Partei angehören, für die Mitteilungen des englischen Blattes mittelbar oder unmittelbar verantwortlich seien. Die Reichsregierung weist diese Verdächtigung gegen Beamte des auswärtigen Amtes auf das nachdrücklichste zurück. Die völlig unbegründeten, haltlosen Behauptungen des Einsenders sind um so ungehöriger, als er selbst eingestehen muß, daß er einen bestimmten Fall nicht im Auge hat.

Nach dieser Brandmarke der anonymen und ganz allgemeinen Verleumdung brauchen wir diejenigen unserer Parteigenossen, die das Deutsche Reich bei ausländischen Regierungen vertreten, nicht noch besonders in Schutz zu nehmen. Eine nähere Betrachtung der Zuschrift an die „Kreuz-Zeitung“ lehrt indes, daß der Schreiber auf dem Gebiete des inneren Betriebes im diplomatischen Dienst des Reiches gewisse Spezialkenntnisse besitzt, woraus man auf einen — vielleicht gewesenen — Angehörigen des diplomatischen Berufs als den Schreiber schließen könnte. Ganz lustig ist es gewiß, wenn ausgerechnet die „Kreuz-Zeitung“, die Strefemann und die gegenwärtige Außenpolitik des Reiches tagaus tagein bekämpft, uns Störungsabsichten für die Genfer Verhandlungen zuschreiben läßt. Vielleicht führt die Frage, wer solche Störungen wünschen und betreiben könnte, die Reugierigen auf den Weg, der den Inhalt der Junkers-Deutsche zum „Manchester Guardian“ geleitet hat. Im übrigen dürfte man das weitere der Beratung des Reichswehretats im Reichstag überlassen können.

## Keine Zeitungsausschnitte aufheben!

### Unsere Justiz ist wachsam.

Schwer im Unrecht ist, wer auf die deutsche Justiz schilt: Sie achtet auf alles, und nichts entgeht ihr. Hat doch vor einigen Monaten das kommunistische Mitglied des Thüringischen Landtages, Tenner, bei einer Volksversammlung dieses Landes gebot: Ein deutschnationaler bekämpfte ihn bei der Diskussion, und an Hand eines Zeitungsausschnittes schilderte er Stück für Stück die Sünden der Kommunisten. Durch Zufall entfiel dem sehr lebhaften Redner der Zeitungsausschnitt, Tenner griff zu und konnte nun feststellen, daß der deutschnationale Herr furchtbar gelogen und sehr viel mehr vorgetragen hatte, als tatsächlich in seinem Zeitungsausschnitt zu lesen war. Tenner wies dies nach und legte, um ganz sicher zu gehen, der Versammlung den Ausschnitt im Original zur Einsichtnahme vor. Hierbei aber ist der ominöse Ausschnitt auf bisher unaufgeklärte Weise verschwunden.

Eine alltägliche Sache, eine Begegnung, so wird man denken. Nein, keineswegs! Es gibt noch Richter und Staatsanwälte in Deutschland! Und so hat denn die Weimarer Staatsanwaltschaft im Ordnungsbereich Thüringen, von der Voraussetzung ausgehend, daß Tenner den Ausschnitt ja an sich genommen hat, gegen diesen eine Anklage wegen Unterschlagung oder Falschheit erhoben, und — jetzt kommt das Tollste! — der Gesetzgebungsausschuß des berühmten-berühmten gegenwärtigen Thüringer Landtages plädiert tatsächlich für Aufhebung der Immunität des Abg. Tenner.

Selbstverständlich sind wir der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß der Staatsanwalt in Weimar, wenn — angenommenemweise — Herr Tenner linksgerichteter Diskussionsredner gewesen wäre und ein deutschnationaler Referent einen dementsprechenden Zeitungsausschnitt „gestohlen“ oder „unterschlagen“ hätte, mit der gleichen Energie eingeschritten wäre. Denn die Staatsanwaltschaft ist bekanntlich die objektive Behörde der Welt. Sollte aber tatsächlich der entscheidende Richter nach dem Gegenstand dieser „Voruntersuchung“ zur Einleitung der Hauptverhandlung schreiten, so wird man uns nicht verargen können, wenn wir nach wie vor behaupten: Solche Justiz ist keine Justiz, sie ist, reaktionär bis auf die Knochen, eine parteipolitische Angelegenheit und weiter nichts!

## Justiz gegen Reichsbanner.

### Ein neues Tendenzurteil.

Köln, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die scharfen Urteile, die in den letzten Wochen gegen Angehörige des Reichsbanners gefällt wurden, sind um ein neues Urteil am Donnerstag in Köln vermehrt worden. Im vergangenen Sommer fand in dem rheinischen Städtchen Brühl ein Reichsbannerfest statt, wobei es schon am Vorabend zwischen Stahlhelmen und Reichsbannerleuten zu Auseinandersetzungen kam. Die Reichsbannerleute wurden fortwährend von Stahlhelmen in der gemeinsten Weise provoziert und lässlich angegriffen. Auch am nächsten Tag verurteilten die Mitglieder des Stahlhelm planmäßig durch provozierende Reden und Handlungen die Reichsbannerveranstaltung unmöglich zu machen.

Wegen dieser Auseinandersetzungen hatten sich nunmehr zwei Reichsbannerleute sowie zwei unbeteiligte Bürger aus Brühl am Donnerstag vor dem erweiterten Schöffengericht in Köln zu verantworten. Bei der Verhandlung kamen fast nur Stahlhelmeute als Zeugen zu Wort. Leute, die nicht zugunsten des Stahlhelm ausfragten, wurden vom Vorsitzenden des Gerichts immer wieder gefragt, ob sie dem Reichsbanner angehörten. Bejahten sie diese Frage, dann wurde die Verurteilung dieser Zeugen ausgelehrt. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der vier Angeklagten je eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Das Gericht sprach jedoch die beiden unbeteiligten Bürger frei, während ein Reichsbannermann zu zwei, der andere zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, obwohl ihnen nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie bei den Auseinandersetzungen das Befehl der Rotwehr überschritten haben.

Auch dieses Urteil, das sich einseitig gegen die angegriffenen Reichsbannerleute, nicht gegen die frech provozierenden Stahlhelmeute richtet, wird in weiten Kreisen des Volkes als Fehlurteil empfunden werden und dazu beitragen, das Ansehen der Justiz weiter zu erschüttern. Wie wir erfahren, wird gegen das Urteil Berufung eingelegt werden.

## Die Frage der polnischen Wanderarbeiter.

### Ein vorläufiges Abkommen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in der Frage der polnischen Wanderarbeiter haben zu einem vorläufigen Abkommen für das Jahr 1926/1927 geführt, durch das folgende Punkte geregelt werden: Anwerbung und Bepflanzung polnischer Wanderarbeiter, der Arbeitsvertrag mit diesen Arbeitern, ferner die Frage der Rückwanderung der seit dem Jahre 1925 oder früher in Deutschland verbliebenen polnischen Wanderarbeiter. Die im Jahre 1927 in Deutschland arbeitenden polnischen Wanderarbeiter werden auf Grund des Abkommens in ihren Ansprüchen aus der Unfallversicherung und in der Frage des Ruhens der Renten aus der Unfallversicherung wie deutsche Reichsangehörige behandelt werden. Schließlich sollen die polnischen Wanderarbeiter im Jahre 1927 von der Beitragspflicht für die Erwerbslosenfürsorge befreit werden. Die Verhandlungen über ein endgültiges Emigrationsabkommen sollen spätestens am 1. Februar 1927 wieder aufgenommen werden.

## Kulturkampf in München.

Von Hans Bauer.

Eines läßt sich den deutschen Intellektuellen gewiß nicht nachsagen: daß sie mit Leidenschaft politisieren. Gewiß ist die literarische Epoche eines feinklangvollen Aesthetismus und einer öden Kritik gründlich in Mißkredit geraten. Man kann feststellen, daß die kultivierten unter den Vertretern literarischer Geistigkeit in ihrer Grundgesinnung fast ausnahmslos den Anschauungen der politischen Linken näher stehen als denen der politischen Rechten — aber ihr das Politische betonender Akzent nimmt sich in der Regel etwas verschüchert und dünn aus, der Tonfall ihrer Kontroverse klingt gedämpft, und wenn sie es schon einmal zum politischen Streit kommen lassen, so ist das Objekt ihres Angriffes auch dann gewöhnlich nicht der blutvolle Mensch, sondern in Betätigung einer vornehmen Zurückhaltung nur sein geistiger Schatten: seine Theorie.

Aber da sehen wir nun zu unserer Freude, daß es für die Rücknahme unserer prominentesten Geister denn doch auch eine Grenze gibt und daß München jenseits von ihr liegt.

Welch eine behaglich-gemüthliche Atmosphäre wehte vor dem Krieg aus diesem Wort. München war die Stadt des Trinkens und einer lebenswürdigen Gutherzigkeit, der man die gelegentliche Rauheit des Tons freudig nachsah. In München schlampfen die Wäster herum und blieben die langmühigen verkannten Dichtergenie ihre Kaffeetische schuldig. Es war die Stadt des göttlich freien Simplizismus und der von Seele trunkenen Jugend. Nach der Revolution ist das böse Wort von der „dümmsten Stadt Deutschlands“ angekommen, und wenn der Name der süddeutschen Metropole fällt, denkt man längst nicht mehr an Weismüchlein und Schwabing, sondern an das unter das Republikanengesetz fallende Gesicht des Herrn Kahr, an den vertischten Stumpfsinn treubauerischer Bannersprüche und an als Wehrverbändler maskierte Hosenmähne.

Die in München wohnhafte Geistigkeit hat sich das alles lange mit angesehen, hat dem Verfall einer Kunststadt, der Verankerung einer gesunden Luft mit Stintgas in jedem Sinne lange mit verschränkter Armen beigewohnt. Aber nun ist es ihr zuviel geworden, und sie hat jenem München, dem, wie Thomas Mann es formuliert, „die Begegnung mit Spuren von Geistesfreiheit einen Beweis für die Zugehörigkeit zum Judentum bedeutet“, einmal so gründlich die Leviden geleistet, daß die an diesem Zustand schuldigen Zeitungen lieber gar nicht hingehört haben.

München hat es gelagt bekommen — aber doch dürfte nicht in der Charakterisierung, die es empfangen hat, der Hauptwert des Kulturkampfes bestehen, der im Süden entbrannt ist, sondern in der Tatsache, daß Kulturträger sich zu ihm entschlossen haben. An Münchens geistigen Niveau liegt verhältnismäßig wenig, an der Erkenntnis kluger Leute, daß politische Reaktion einen Fluch für geistig Schöpfende bedeutet, liegt schon sehr, und alles läge daran, daß sie

vom politischen Fortschritt nicht nur Abneigung für ihre Arbeit erwarteten, sondern daß sie diese auch immer bewußt in des politischen Fortschritts Dienst stellten.

Das falsche Einmaleins. Die „Pravda“ vom 21. November bringt höchst merkwürdige Mitteilungen, wie in Sowjetrußland der Rechenunterricht gelehrt wird. Zahlreiche staatliche Verlagsanstalten geben in ungeheuren Auflagen Schulhefte heraus, deren Umschlag mit dem Einmaleins oder dem metrischen Maßsystem versehen ist; es werden auch besondere Tabellen der metrischen Maße herausgegeben. Diese Tabellen wimmeln von ungeheuerlichen Fehlern.

In Kostom sind 120 000 Hefte herausgegeben worden, in denen man lesen kann, daß  $9 \times 3 = 24$  und  $9 \times 4 = 32$  ist. In Rostow hat der Zentralverband der Konsumgenossenschaften 550 000 Hefte herausgegeben mit der Angabe, daß  $7 \times 13 = 24$  sei. In den von dem Kiewer Verlag herausgegebenen Heften, die eine Auflage von drei Millionen haben, wird mitgeteilt, daß ein Hektoliter gleich 1000 Litern und daß ein Fuß — ein Längenmaß — gleich 409,5 Gramm sei! Der Genossenschaftsverlag von Dnjeprpetrowsk hat in den Heften, die eine Auflage von 260 000 haben, angegeben, daß  $8 \times 8 = 69$  sei. Der Gouvernementsverlag von Homel hat 280 000 Tabellen der metrischen Maße veröffentlicht, in denen ein Kubimeter gleich 1000 Meter ist.

Der Artikelverfasser möchte die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Nicht doch! Die Kinder, die diese Fehler selbst entdecken werden, kommen dadurch zum Nachdenken und werden in Zukunft nichts ungeschehen — selbst nichts, was von der Sowjetobrigkeit kommt.

Das „verschlossene Buch“ von Houdinis Geheimnissen. Die Geheimnisse seiner fabelhaften Tricks hat der berühmte „Entfesselungskünstler“ Houdini nicht mit ins Grab genommen, sondern er hat sie einem Schriftsteller anvertraut, der besonders viel über Zauberkräfte geschrieben hat. Dieser, Bill Goldston, will nun die Geheimnisse Houdinis in einem Werk enthüllen, das nur in 500 Exemplaren gedruckt und nur den Berufsgenossen des Zauber Künstlers zugänglich gemacht werden soll. Nur wer sich als Fachmann ausweisen kann, erhält einen solchen Band und einen Schlüssel, mit dem das fest verschlossene Buch geöffnet werden kann; diesen Schlüssel muß der Besitzer immer bei sich tragen und muß sich verpflichten, niemanden über die in dem Werk enthaltenen Geheimnisse Mitteilung zu machen. Goldston erklärt hier u. a. ausführlich, wie Houdini folgende Tricks ausführte: „Befreiung aus einer Kiste vor den Augen des Publikums auf der Bühne, Befreiung aus einem Sack, in den er eingekerkert war, Befreiung aus einer Zwangsjacke, die an einem Pfahl in der Luft befestigt war.“ Außerdem sind in dem Buche noch Aufschlüsse über einige andere Tricks enthalten, die Houdini nicht selbst erfunden, sondern von anderen Taschenspielern übernommen hat.

Marconi über die Zukunft des Funkwesens. Am 12. Dezember sind 25 Jahre vergangen, seitdem von der Marconi-Station in Boldhu die erste Funkverbindung mit Rußland hergestellt wurde. Marconi hat aus diesem Anlaß in einem Interview sich sehr

hoffnungsvoll über die Zukunft des Funkwesens ausgesprochen. Insbesondere glaubt er, daß das Zusammenwirken von Funknachrichtendienst und Flugverkehr noch eine außerordentliche Förderung in der Besiedlung dünn bewohnter oder schwer zu erreichender Gebiete bringen wird, da der Ansiedler sich künftig nicht mehr so isoliert vom geistigen und wirtschaftlichen Leben und ärztlicher Hilfeleistung fühlen wird wie bisher.

Ein Jahr deutscher Kulturautonomie in Estland. Die den Deutschen Estlands gewährte Kulturautonomie besteht jetzt seit einem Jahr. Dieser Tage fand in Reval eine Sitzung des deutschen Kulturrates statt, wobei ein Ueberblick über die Ergebnisse des ersten Autonomiejahres gegeben wurde. Die Deutschen Estlands haben alle Ursache, auf diese Jahresarbeit stolz zu sein, und mit vollem Recht wurde in der Sitzung betont, daß die deutsche kulturelle Selbstverwaltung mit der ersten Ausschreibung der Selbstbesteuerung die „Feuertaufe“ bestanden habe. Die Gesamtsumme der dabei ausgeschriebenen Steuern belief sich auf über 8 Millionen Mark und von dieser großen Summe sind mehr als 6 Millionen rechtzeitig eingezahlt worden. Auch mit der Nachzahlung der noch nicht entrichteten Steuern kann als sicher gerechnet werden. Das ist angesichts der keineswegs günstigen wirtschaftlichen Lage, in welcher sich die estländischen Deutschen befinden, ein sehr günstiges Resultat. Aus dem Bericht des deutschen Schulamtes war ersichtlich, daß es in Estland jetzt 24 deutsche Schulen mit 3582 Schülern gibt.

Walfischjagd mit dem Flugzeug. Der technische Leiter einer englischen Gesellschaft für Walfang, Kapitän George Marquard, hat nunmehr ein Flugzeug für die künftigen Fangfahrten erworben. In einem Aufsatz, der in der „Times“ wiedergegeben wird, setzt er die Rolle des Flugzeuges beim Walfischfang auseinander. Zunächst einmal soll es auf Erkundungsfahrten die Wale feststellen und den Ort durch Funkpruch den Fangschiffen melden. Sodann aber will man das Flugzeug selbst zur Jagd verwenden. Getötete Wale treiben infolge ihres Fettschwimmens und der sich entwickelnden Vermulungsgase lange Zeit an der Meeresoberfläche. Es ist also nicht zu befürchten, wenn ein Walfisch durch ein Flugzeug erlegt wird, daß er sofort verschwindet, sondern die zur Bergung notwendigen Schiffe können in aller Ruhe herbeigerufen werden. An die Stelle der Harpune tritt bei der Walfischjagd in Flugzeugen die Fliegerbombe: die Bomben werden bei an der Oberfläche schwimmenden Walen mit Luftschlagzünden verlesen, während man beim Zielen auf Wale unter der Oberfläche Wasserbomben verwenden muß, wie sie im U-Boot-Krieg verwendet werden. So erscheint also dem Kapitän die Walfischjagd mit dem Flugzeug sehr aussichtreich. Aber eine andere Frage ist es, wie lange man überhaupt noch Wale jagen wird, wenn diese technische Vernichtungsmethode allgemein in Aufnahme kommt.

Zwangseinstellungen für den Rundfunk. In den nächsten Tagen wird in Reval ein Rundfunksender auf der Welle 285,7 eingeweiht. Das estnische Innenministerium plant, in Zukunft die Erstellung der Einzelverträge an aufstrebende Künstler nur unter der Bedingung zu erteilen, daß diese gegen ein Honorar von rund 11 Reichsmark auch im Rundfunk auftreten.

Ein revolutionäres Wörterbuch. Die Moskauer Akademie der Wissenschaften hat, wie der „Literarischen Welt“ gemeldet wird, einen umfassenden Plan aufgestellt, um ein großes Wörterbuch der russischen revolutionären Bewegung zu schaffen. Das Werk soll mehr als 200 000 Eigennamen enthalten.



## Ebbe in der Hohenzollernkasse?

### Warum v. Berg ging.

Die Hohenzollern befinden sich in finanziellen Schwierigkeiten. Die nach dem Abschluss des Vergleichs ausgezahlte erste Rate von fünf Millionen hat nicht genügt, um den finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Zur Deckung dieser Verpflichtungen wird auch noch ein erheblicher Teil der zweiten Fünfmillionenrate, die am 1. Februar gezahlt werden soll, herhalten müssen.

Die Hohenzollernpropaganda im Kampf gegen die entschuldigungslose Enteignung hat eine Stange Gold gekostet. Daher auch die lauernd-pfeiferische Stimmung in Doorn und in Delft, die zur Verabschiedung des Generalbevollmächtigten, Herrn von Berg, geführt hat. Zeigt, wo die Rechnungen für die Kosten des Abfindungskrieges gezahlt werden müssen, gibt es lange Gesichter.

In monarchistischen Kreisen erzählt man sich, daß der plötzliche Abgang von Bergs vornehmlich auf die zweite Ehe des Exkaisers zurückzuführen ist. Hermine hat es dem Freund und Vertrauten Wilhelms nicht verzeihen können, daß v. Berg der zweiten Ehe widerriet und sie rundweg als geschmacklos bezeichnete. Diese Auffassung wurde bekanntlich auch in anderen reaktionären Kreisen vertreten, und der Ex-Kronprinz selbst hat seinen kaiserlichen Papa deshalb als „verrückte Zwiebel“ bezeichnet. Sedenfalls gab die Vermögensauseinandersetzung den letzten Anstoß. Wilhelm hat auf die Meldung v. Bergs über den Abschluß des Vertrages nicht einmal gedankt. Mit der ihm eigenen Besten verlangte er die Auszahlung von 3 Millionen an die Schatzverwaltung, was v. Berg verweigerte, da er die Verantwortung für die Erhaltung des Vermögens trage. Er wollte nur die Zinsen herausgeben. Als Wilhelm trotzdem auf die Auszahlung drang, nahm v. Berg seinen Abschied.

Manche Zusammenhänge werden durch die Tatsache klar, daß der Bewalter des kaiserlichen Schatzvermögens derselbe Herr Rix ist, der zugleich der Geldgeber der Organisation der „Gärtner“, geleitet von dem Grafen Kraden von Schwarzenfeld ist. Die Organisation der Gärtner ist eine der monarchistischen Propagandaorganisationen, die nicht an die Öffentlichkeit traten. Lediglich ist derselbe Herr Rix zugleich Vertrauter der Hermine, die ihren Vorschlag auf „die hohe Wonne ganz“ einstreicht, indem sie sich schon jetzt den Titel Kaiserin zulegt.

Gleichzeitig mit v. Berg nimmt Graf Rangau vom „kaiserlichen Hofe“ Abschied, ein Zeichen dafür, daß der Rix im Lager der Monarchisten tiefer geht. Nachfolger in der Vermögensverwaltung des Hohenzollernhauses wird Oberst Leopold v. Kleist, der als ausgesprochener Gläubiger der Hermine gilt.

## Der Finanzausgleich vor dem Reichsrat.

### Ein Vorstoß Bayerns.

In der Sitzung des Reichsrats über das Gesetz zur Verlängerung des provisorischen Finanzausgleichs kam es zu heftigen Vorstößen des bayerischen Finanzministers von Krauseneck. Obwohl sich die Mehrheit der Reichsratsausschüsse mit der Verlängerung des Provisoriums bis 1. April 1928 abgefunden hat, wobei den Ländern und Gemeinden die Hauptlasten auf dem Gebiete der unterstützenden Erwerbslosen- und Ausgesteuertenfürsorge abgenommen werden sollen, verlangte von Krauseneck für Bayern nachdrücklich die Beteiligung der Länder an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit 90 Proz. ab 1. April 1927. Er stellte ferner den Antrag, daß der sogenannte Entbehmungsfaktor von 20 auf 10 Proz. herabgesetzt wird.

Staatssekretär Popitz gab darauf im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung ab:

Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß der endgültige Finanzausgleich sobald wie möglich angestrebt werden muß, wobei auch die grundlegenden Fragen erörtert werden müssen, die in der bayerischen Erklärung zur Sprache gebracht worden sind. Zunächst handelt es sich hier aber um ein Provisorium. Wenn hierbei die Anträge Bayerns angenommen würden, bezüglich der Beteiligung mit 90 Proz. und der Herabsetzung des Entbehmungsfaktors, so würde das Provisorium als solches gesprengt sein. Ich habe infolgedessen namens der Reichsregierung zu erklären, daß, wenn diese Anträge Annahme finden, die Reichsregierung den Entwurf zurückziehen wird.

Die Vertreter von Oldenburg, Braunschweig, Thüringen und Württemberg schlossen sich der Erklärung Bayerns an.

Zunächst wurde über die bayerischen Anträge (90 Proz. Beteiligung der Länder an der Einkommen- und Körperschaftsteuer und Herabsetzung des Entbehmungsfaktors auf 10 Proz.) namentlich abgestimmt. Die bayerischen Anträge wurden mit 42 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmte u. a. der Vertreter der Stadt Berlin.

In der Einzelberatung wurde auf Antrag Preußens im § 1 der letzte Absatz mit 42 gegen 26 Stimmen gestrichen und somit die Regierungsvorlage wieder hergestellt. — Zu § 2 Ziffer 4 (Grund- und Körperschaftsteuer) wurde der von Staatssekretär Weismann angelegte Antrag Preußens mit 43 gegen 25 Stimmen abgelehnt. — Bezüglich der Getränkesteuer wurden Anträge Hessens und Hamburgs, wonach Gemeinden, die die Getränkesteuer noch nicht eingeführt haben, diese nach in der Übergangszeit neu einführen dürfen, nicht genügend unterstützt. Es blieb hier wie in den übrigen Bestimmungen des Entwurfs bei den Ausschlußbeschlüssen.

Die Gesamtvorlage wurde in einfacher Abstimmung mit Mehrheit angenommen.

Der Reichsrat erledigte dann noch die vom Reichstag angenommene Novelle zur Erwerbslosenfürsorge durch Kenntnisnahme ohne Einspruch. Mit Mehrheit angenommen wurde eine Verordnung über Zolländerungen.

## Blutiges Wahldrama in Ungarn.

### Natürlich sind die Wähler schuld!

Budapest, 9. Dezember. (WLB.) Auf Anweisung des Innenministers wurde zur Untersuchung der Zwischenfälle bei den Wahlen in Baczratot ein Gendarmeriekommando dorthin entsandt, der folgende Feststellungen machte: Die Abstimmung ging in Baczratot in vollster Ruhe und Ordnung vor sich, bis gewisse Personen die Menge aufreizten. Die dann versuchte, in den Hof des Abstimmungsgebäudes einzudringen. Als die Gendarmen dies zu verhindern suchten, bewarf die Menge sie mit Steinen und versuchte ihnen ihre Waffen zu entreißen, indem sie rief: „Die Gendarmen müssen entwaffnet werden!“ Die Menge wollte sich auf die Gendarmen stürzen, welche gemäß dem Dienstreglement von der Waffe Gebrauch machten, wobei von der Menge zwei Personen getötet und drei verletzt wurden.

Zweifellos haben die landesüblichen Wahlpauern der Regierung und ihrer Behörden die praktisch ihres Wahlrechts beraubten Wähler so gereizt, daß sie ihre Erregung nicht mehr genug bemeistern konnten, um die Wut hinterzuschließen und wortlos nach Hause zu gehen.

# Gefhlers Bloßstellung im Landtag.

## Die „niegeschriebenen“ Briefe. — Heilmanns Erklärung.

Im letzten Abendblatt des „Vorwärts“ haben wir bereits Kenntnis gegeben von der Erklärung, die Genosse Heilmann im preussischen Landtag gegen den Reichswehrminister Dr. Gehler abgab. Bei der Wichtigkeit der Sache tragen wir hier den Wortlaut der von Heilmann zitierten Briefe nach:

In der Landtagsitzung vom 17. Mai habe ich über die Beziehungen zwischen Reichswehrstellen und dem Vorsitzenden des „Sport“-Bereins „Olympia“, Oberst a. D. v. Lud, berichtet. In einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten Löbe hat unter dem 2. Dezember 1926 Reichswehrminister Dr. Gehler es so dargestellt, als ob die Briefe, in denen nach meinen Angaben Reichswehrstellen bei Oberst v. Lud nach der Befinnung der in die Reichswehr einzustellenden jungen Leute angefragt haben, niemals geschrieben worden seien. Diese Darstellung des Reichswehrministers ist falsch. Die Briefe, um die es sich handelt, haben folgenden Wortlaut:

v. Lud, Berlin, 5. Januar 1926.  
Oberst a. D. R 24, Artilleriestr. 7.

Vertraulich!

An die 4. (R.-G.)-Kompanie 9 (Pr. J.-R.)

Traditionskompanie der Fliegertruppen.

Jagdstaffel und Jagdgeschwader, Potsdam.

In Erwiderung der auf beiliegendem Blatt erbetenen Auskunft teile ich ergebenst folgendes mit:

1. Eintritt am 9. Mai 1922.
2. Betragen einwandfrei, ist fleißig, ehrlich, zuverlässig.
3. Gut deutsche, nationale Gesinnung.
4. Nein.
5. Gehört keiner „politischen“ Vereinigung an und hat sich „politisch“ nicht betätigt.
6. Nein.
7. Leichtfertige Auffassungsgabe und geistig reger. Kein Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit.
8. Nein.
9. Nichts.
10. Seine Angehörigen erfreuen sich des besten Rumors.
11. Ledig, keine Unterhaltspflichten.
12. Es ist in dieser Hinsicht nichts Nachteiliges über ihn bekannt. Ich empfehle seine Einstellung auf das wärmste.

v. Lud, Oberst a. D.  
15. Februar 1926.

Das in Anlage beigefügte und vom „Sportgruppenführer“ Herrn H. Gabriel ausgestellte Zeugnis vom 13. Februar 1926 über Erich Hänsel kann ich bestätigen. Ich empfehle seine Einstellung in die Reichswehr auf das wärmste.

v. Lud,  
Oberst a. D. und Vorsitzender.  
Berlin, 5. März 1926.

Oberstehendes Zeugnis über Otto Walter kann ich bestätigen. Ich empfehle seine Einstellung in die Reichswehr auf das wärmste.

v. Lud,  
Oberst a. D. und Vorsitzender.

## Befahrungsdebatte in Paris.

### Auflagerede des Genossen Uhr. — Poincaré stellt die Vertrauensfrage.

Paris, 9. Dezember. (WLB.) Die Kammer setzte heute vormittag die Beratung des Einnahmehaushalts fort. Bei dem Artikel über die Kredite für die Unterhaltung der französischen Befahrungstruppen im Ausland stellte der sozialistische Abgeordnete Uhr den Antrag, diese Kredite um 1 100 000 Franken zu kürzen. Er kritisierte die Dienste des französischen Oberkommissars im Rheinland, Tirard. Die Kredite in Höhe von 8 500 000 Franken, wie sie vorgesehen seien, seien nicht gerechtfertigt. Außerdem verkehrten zwischen dem Oberkommissar im Rheinland und Paris zu viel diplomatische Kuriers, die lediglich deshalb abgesandt würden, um den betreffenden Beamten, die Kurierpost mitzunehmen, einen Urlaub zu vermitteln. Poincaré warf zu diesen Ausführungen Uhrs ein: „Glauben Sie, daß Ihre Rede geeignet ist, Frankreich im Ausland zu dienen? Darauf erwiderte Uhr, er wisse auf Mißbräuche hin. Vor allem würde, auch bezüglich der Kosten für das Mieten von Villen für französische Beamte im Rheinland Mißbrauch getrieben. So bewohne einer der französischen Beamten eine Villa, für deren Vermietung das Reich 600 000 Franken pro Jahr anrechne. Der betreffende Beamte behauptet, daß die Villa nur 60 000 Franken wert sei, aber auch das ist noch zu viel.“

Poincaré entgegnete darauf, die Regierung und der Finanzausschuh hätten bereits die Kredite von 15 Millionen Franken auf 8 1/2 Millionen Franken herabgesetzt. Es sei ihm daher unmöglich, weitere Einsparungen hierbei zu machen. Er lege jedoch Wert darauf, den Beamten und Militärpersonen im Rheinland Anerkennung zu zollen, die zu der dortigen Bevölkerung die herzlichsten Beziehungen unterhielten. Die vor einiger Zeit vorgekommenen Zwischenfälle hätten sich nicht zwischen der dort wohnenden Bevölkerung und den französischen Beamten oder Militärpersonen ereignet, sondern mit Deutschen, die sich auf der Durchreise befanden hätten. Der Minister des Innern könnte, wenn er in Paris wäre, eine neue Kürzung des Kredits nicht annehmen. In seinem Namen stelle daher er, Poincaré, die Vertrauensfrage. Der Zwischenantrag des sozialistischen Abgeordneten auf Kürzung des Kredits um 1 100 000 Franken wird alsdann von der Kammer mit 350 gegen 208 Stimmen abgelehnt, ebenso ein zweiter gleichlautender Antrag Uhrs, den dieser gelegentlich der Beratung eines Untertitels einbringt.

## Frankreichs wachsende Arbeitslosigkeit.

### Strafentkündigungen angedroht.

Paris, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirksverband der sozialistischen Partei des Seine-Departements hat sich am Donnerstag mit der Wirtschaftskrise und der in Paris und seiner Gegend sich ausbreitenden Arbeitslosigkeit beschäftigt. Im Laufe der letzten Tage sind bei dem Pariser Arbeitsamt die ersten Anträge um Arbeitslosenunterstützung eingelaufen. Die Zahl dieser Anträge betrug am Montag erst rund 100, stieg am Dienstag auf 500 und am Mittwoch schon auf 1000. Es wurde hervorgehoben, daß diese Zahlen vorläufig noch nicht beunruhigend seien. Im Jahre 1919 habe man im Departement Seine 70 000 Arbeitslose unterstützt.

III. Abt. 3. Preuß. Artillerie-Reg. Süterbog, 23. März 1926.  
Eingegangen 24. 3. Vertraulich.

Der Schüler Herbert Thieme aus Erkner bei Berlin, geboren 21. 3. 09 zu Hannover, hat sich zwecks Einstellung bei der Abteilung gemeldet. Die Abteilung wäre für gfl. Auskunft darüber dankbar, ob die Einstellung in jeder Beziehung empfohlen werden kann.

Herrn Oberst a. D. von Lud  
Hochwohlgebornen  
Artilleriestraße 17.  
U. B.  
(gez.) Unterschrift  
Oberleutn. und Adjutant.

Es geht aus diesen Briefen unzweideutig hervor, daß in zahlreichen Fällen Oberst von Lud junge Leute der Reichswehr zur Einstellung empfohlen hat, daß aber auch von sich aus Reichswehrstellen den Oberst von Lud nicht nur nach der körperlichen Eignung, sondern auch nach der Gesinnung, d. h. nach der politischen Befinnung der einzustellenden Leute, gefragt haben.

Da die hier verlesenen Schreiben dem Reichswehrminister jederzeit zugänglich waren, kann es sich bei seiner Darstellung im Offenen Brief an den Reichstagspräsidenten Löbe nicht um eine irrige Information des Reichswehrministers handeln. Der Reichswehrminister hat vielmehr durch seine Angaben die Öffentlichkeit leichtfertig irreführt.“ (Beifall links, große Unruhe rechts.)

Diese Darstellung Heilmanns ist in ihrer ruhigen Sachlichkeit so scharf, daß man erwarten sollte, Herr Gehler würde jetzt wenigstens zugeben, was er bisher bestritten hat. Aber man wird darauf wohl noch lange warten dürfen.

## Gefhlers Antwort an Löbe.

Der Reichswehrminister Gehler hat auf den Offenen Brief des Genossen Löbe über die Ergänzung der Reichswehr durch die Rechtsverbände und über den Einzelfall des Hauptmanns a. D. Moser in Darmstadt geantwortet. Die Antwort weicht der Frage aus, ob Moser ein Werbebureau gehabt habe, sie bezeichnet die Tätigkeit Mosers bei der Empfehlung junger Leute an die Reichswehr als private Tätigkeit, sie gibt aber zugleich zu, daß Moser im Laufe des letzten Jahres ungefähr hundert junge Leute zur Einstellung an die Reichswehr empfohlen habe. Acht Leute, die von ihm empfohlen wurden, sind tatsächlich eingestellt worden.

Dieser Fall Moser war nur ein Fall aus vielen. Täglich laufen bei uns neue Meldungen darüber ein, daß rechtsradikale Organisationen ihre Angehörigen der Reichswehr zur Einstellung empfehlen. Ebenso wie Moser hundert Leute empfohlen hat, so empfehlen viele andere rechtsradikale Vertrauensleute hunderte von Leuten. Es bestätigt sich somit, daß die Ergänzung der Reichswehr durch rechtsradikale Vertrauensleute erfolgt.

Im Falle Moser hat es die Antwort des Reichswehrministers geflissentlich vermieden, näher auf die Beziehungen Mosers zur Reichswehr einzugehen. Moser hat den von ihm empfohlenen in jedem Falle das Merkblatt für den freiwilligen Eintritt in die Reichswehr ausgehändigt. Dieses Merkblatt ist das Formular 88 der Druckerei des Bezirksverbandes. Die Zusammenarbeit dieses rechtsradikalen Vertrauensmannes mit der Reichswehr geht daraus klar hervor.

Neue Untersuchungen über die um sich greifende Wirtschaftskrise bestätigen, daß am meisten die Schuhindustrie betroffen ist. Hier zählt man ungefähr 80 Proz. zum Teil Arbeitslose und 15 Proz. völlig Arbeitslose. Die entsprechenden Zahlen in der Lederindustrie sind 70 bzw. 30 Proz. Bei der Regierung sollen Schritte unternommen werden, um die Arbeitslosenunterstützung so schnell wie möglich auszuführen und sie der Lebensunterstützung anzupassen. Für den Fall, daß die Regierung diesen Forderungen kein Gehör schenken sollte, wollen die Arbeiter Streikentkündigungen veranstalten.

## Lord Grey als Parteiführer?

### An Stelle von Asquith an der Spitze der Rechtsliberalen.

London, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Wenn sich die Meldung des „Evening Standard“ bewahrheitet, hat sich Lord Grey, dessen Gesundheitszustand sich im Laufe der letzten Monate bedeutend gebessert hat, entschlossen, die Führung der mit Lloyd George unzufriedenen Gruppe innerhalb der Liberalen Partei zu übernehmen. Da die Liberale Partei seit dem Rücktritt Lord Oxfords (Asquith) ohne einen offiziellen Parteiführer ist, würde dieser Schritt einen Kampf um die Führung der Liberalen bedeuten und zu einer weiteren Verwirrung im liberalen Lager führen.

## Kein Sammlungskabinet in Dänemark.

### Durch die Schuld der Bauernlinken.

Kopenhagen, 9. Dezember. (WLB.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt in einstimmig angenommener Erklärung den bei den Verhandlungen über die Bildung eines Sammlungskabinetts von ihren Vertretern eingenommenen Standpunkt, beklagt aber, daß die Fraktion der Bauernlinken die Bewirklichung des Planes dadurch verhindert, daß sie den Zusammenschluß auf Grund ihrer Anschauungen forderte. Die Sozialdemokratie könne daher bei der Bildung eines Ministeriums, das alle Parteien umfaßt, nicht mitwirken.

## Falsche Selbstbeziehung.

### Der Salzburger Briefschreiber entdeckt.

Der als „Goldfüßlerkönig“ bekannte Kaufmann Ernst Winkler in Wien wurde als jener Mann entlarvt, der sich in Briefen an die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe und an Berliner Blätter als der Wörder der Frau Wollitor bezeichnet hat. Auf Winkler, der offenbar, um von sich reden zu machen, vor einigen Monaten seinen eigenen Selbstmord und einige Zeit darauf einen Selbstmord eines angeblichen Grafen Henckel-Donnersmarck angliert hat, war der Verdacht gefallen, der Schreiber der Briefe zu sein. Er wurde zur Polizei gebracht, wo er anfangs leugnete. Als jedoch die Schriftschreiberfeststellungen feststellten, daß die der hiesigen Polizei von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zur Verfügung gestellten Briefe von ihm herrührten, legte er ein Geständnis ab. Er gab an, die Briefe vom Semmering und von Salzburg aus geschrieben zu haben. Gegen Winkler wurde das Strafverfahren wegen Betrugs durch Irreführung der Behörden eingeleitet.



# Die Textilarbeiter im Kampf.

Die Unternehmer können, also müssen sie mehr zahlen.

In fast allen größeren Gebieten der deutschen Textilindustrie stehen die Textilarbeiter und -arbeiterinnen in Lohnbewegungen. Erst vor wenigen Tagen wurde die Bewegung in den Greiz-Geraer Webereien, dem Domizil der Scharfmacher in der Textilindustrie beigelegt durch die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches, der eine 6prozentige Erhöhung der seit dem 23. Juli 1925 bestehenden Löhne vorsieht. Gemäß konnte die von den Arbeitern aufgestellte und von ihren Gewerkschaften vertretene Forderung auf eine 15prozentige Lohnerhöhung nicht voll durchgeführt werden. Trotzdem ist der Erfolg nicht gering zu bewerten, wenn man berücksichtigt, mit welchem reaktionären Unternehmertum es die Arbeiterschaft hier zu tun hat.

In der Niederlausitzer Tuchindustrie, wo die Gewerkschaften das Lohnabkommen ebenfalls gekündigt und eine Lohnerhöhung von 15 Proz. gefordert hatten, ist am Mittwoch vom Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch gefällt worden, der eine Erhöhung der Akkord- und Zeitlöhne um 6 1/2 Proz. vorsieht, über dessen Annahme oder Ablehnung sich die Parteien bis jetzt noch nicht entschieden haben.

In der Kreisfelder Seidenindustrie war von den Gewerkschaften eine 10prozentige Lohnerhöhung gefordert worden. Als sich die Unternehmer in den Verhandlungen am 29. November nur zu einer Erhöhung der Zeitlöhne um 3 Proz. bereit erklärten, eine Erhöhung der Akkordlöhne jedoch ablehnten, traten am 2. Dezember die Couleurfärber in Kreisfeld in den Streik. Es wurde dann ein Schiedspruch gefällt, der eine Erhöhung der Löhne um 7 Proz., sowie der Akkordlöhne um 2 Proz. vorsieht. Die Arbeiter haben sich zur Annahme dieses Schiedspruches bereit erklärt, wenn sich die Unternehmer verpflichten, keine Maßregelungen sowohl der Streikenden, wie auch der ausgesperrten Färber vorzunehmen.

Im Bezirk München-Gladbach, Rhendt und Umgegend haben die Fälscher der Buchstin-Branche, nachdem die Unternehmer jede Lohnerhöhung glatt ablehnten, ihre Kündigung eingereicht. Als Antwort darauf hatten die Unternehmer zunächst die Hilfsarbeiter der Fälscher gekündigt, nunmehr aber auch zum 21. Dezember sämtliche Einheitsverträge gekündigt, allerdings mit der Einschränkung, daß sie die Kündigungen zurücknehmen wollen, wenn die Fälscher ihre Kündigungen ebenfalls zurückziehen, mit anderen Worten also, auf die Erhöhung ihrer Löhne verzichten wollen.

Im rechtsrheinischen Bezirk haben die Gewerkschaften das Lohn- und Arbeitszeitabkommen gekündigt, was von den Unternehmern mit der Kündigung des Manteltarifes quittiert wurde.

Ebenfalls zum 31. Dezember gekündigt worden sind die Lohnsätze für Oßfahnen, das obere Erzgebirge, für die Webereien der Tuchfabriken für Verdau, Krimmitschau und Kirchberg, die Baumwoll-, Inlander- und Kommgarnspinnereien und Webereien, Strumpfwirkereien, Strickereien usw. in Mittel- bzw. Westfalen. Auch hier verlangen die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 15 Proz. Als Gegenmaßnahme hat der Arbeitgeberverband in Chemnitz zum gleichen Termin weitere 33 Tarifverträge gekündigt.

Ob es bei diesen Lohnbewegungen zu offenen Konflikten kommen wird, läßt sich schwerlich voraussagen. Bei der völlig ablehnenden Haltung vieler Textilindustriellen gegenüber den Forderungen der Arbeiter erscheinen schwere Kämpfe beinahe unvermeidlich, zumal, wenn die Unternehmer, wie in Gera und Greiz, von sich aus durch Aussperrungen die schon vorhandene Empörung weiter steigern.

Die Textilarbeiter wollen keinen Streit um des Streikes willen. Sie fordern eine Erhöhung der Löhne, weil diese zur Bestreitung des notwendigsten Lebensunterhalts nicht mehr ausreichen. In allen Industriegebieten liegen die Löhne der Textilarbeiter und -arbeiterinnen unter den niedrigsten Löhnen aller übrigen Industrien. Die gestellten Forderungen sind keineswegs übertrieben hoch und für die florierende Textilindustrie leicht zu tragen. Die Spanne zwischen den Herstellungskosten und Verkaufspreisen aller Erzeugnisse der Textilindustrie ist so groß, daß eine Erhöhung der Löhne die Waren keinesfalls zu verteuern braucht und den Unternehmern trotzdem noch eine ansehnliche Profitrate zufallen würde.

Die Textilarbeiter werden, wenn es sein muß, im offenen Kampf mit den Unternehmern die Klänge kreuzen. Sie sind aber auch entschlossen, notwendig werdende Kämpfe nur im Einvernehmen mit ihren Gewerkschaften zu führen und lehnen jede Einmischung außenstehender und unverantwortlicher Kreise ab. Die weit ab vom Schuß stehenden Generalstreikstrategen der „Roten Fahne“ können über den „Verrat“ schreiben, die Textilarbeiter und -arbeiterinnen wissen selbst, was sie fordern und eventuell auch durchsetzen können.

## ASA-Bundesausschuß einberufen.

Zur Organisierung der Achtstundenaktion.

Der Vorstand des ASA-Bundes hat sich in seiner letzten Sitzung nochmals mit der Infolge der innerpolitischen Entwicklung der letzten Wochen eingetretenen Verschärfung der Arbeitszeitfrage beschäftigt. Da der Inhalt des Arbeitszeitgesetzes den Unwillen in den gewerkschaftlichen Kreisen noch gesteigert hat und es als unerträglich erscheint, mit der Wiederherstellung des Achtstundentages bis zur Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes, d. h. etwa bis zum Jahre 1928 zu warten, stellte sich der Vorstand des ASA-Bundes auf den Standpunkt, daß keine weitere Zeit verloren werden darf und das von den Gewerkschaften unterbreitete Roisgesetz nunmehr von den Parteien des Reichstages unverzüglich als Initiativantrag eingebracht werden muß. Angesichts des wachsenden Widerstandes der organisierten Unternehmer gegen jede Neuregelung der Arbeitszeit wird vom ASA-Bund die Unterstützung der parlamentarischen Aktion durch eine starke Bewegung der Angestellten im Lande für notwendig erachtet. Der Vorstand hat deshalb zum 13. Dezember den Bundesausschuß nach Berlin einberufen.

Der Vorstand beauftragte die Geschäftsführung, in engstem Einvernehmen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, aber

auch mit den übrigen gewerkschaftlichen Richtungen alle erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten, um die neue Bewegung für den Achtstundentag zum Erfolg zu führen. An die angeschlossenen Verbände hat der Bundesvorstand das dringende Ersuchen gerichtet, durch entsprechende Anweisungen an ihre Vertrauensleute dafür zu sorgen, daß auch bei Abschluß oder Erneuerung von Tarifverträgen an der Forderung der Wiederherstellung des Achtstundentages unbedingt festzuhalten ist, freiwillige Vereinbarungen über eine längere Arbeitszeit also nicht in Betracht kommen können.

## Eisenbahners Tod.

Die Folgen des Siemens-Systems.

Vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands wird uns geschrieben:

Es vergeht kein Tag, an dem nicht Unfälle aus dem Reichsbahnbetriebe gemeldet werden, die entweder tödlich verlaufen, oder daß die davon Betroffenen im Register der Leicht- oder Schwerverletzten Aufnahme finden. Im Amtsblatt der Reichsbahndirektion Berlin vom 3. Dezember d. J. wird gemeldet, daß in kurzen Zeitabständen zwei Sicherheitsposten durch Anfahren von Zügen getötet wurden. Schuld wie immer, d. h. nach Ansicht des begutachtenden Amtes, haben die Geübten selbst.

Geizhätzig wird aber mitgeteilt, daß außer diesen beiden Unfällen in den letzten zwei Monaten durch Streifen vorbeifahrender Züge verunglückten: zwei Bahnarbeiter, ein Rangierer, ein Weichenwärter und ein Zugführer tödlich, ein Weichenwärter und ein Lokomotivführer wurden verletzt. Diese letzteren Unfälle sind wie immer „auf eigene Unachtsamkeit“ zurückzuführen!

Damit ist für die Reichsbahnverwaltung die grauenvolle Tragödie erledigt. Die durch lange Arbeits- und Dienstzeit abgepannten, bis zum Zusammenbrechen ermüdeten Arbeiter und Beamten sind dem unerhörten Ausbeutungssystem Siemens zum Opfer gefallen. Eine Anzahl Hinterbliebener wird der bittersten Not überliefert.

Die Eisenbahnerchaft wird endlich mit diesem Ausbeutungssystem, hervorgerufen durch die 10-14stündige Arbeitszeit und hundsmiserable Entlohnung, aufräumen müssen. Wie lange aber werden sich noch Beamte zum Antreiber benutzen lassen, um in den Besitz der Korruptionszulagen zu kommen!

## Milde Geldstrafe für Ausbeuter.

Wegen schwerer Verstöße gegen die Arbeitszeitbestimmungen wurden in Elmshorn der Direktor und Prokurist einer Bank vom Schöffengericht zu je 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Das Personal mußte wochentags lange über die gesetzlich und tariflich zugelassene Arbeitszeit hinaus und obendrein auch noch Sonntags arbeiten. Zu gleicher Zeit wurde fortgesetzt das Personal abgebaut, bis der Rest unter der Fülle der Arbeit zusammenbrach. Das Gericht drohte im Wiederholungsfall eine empfindliche Freiheitsstrafe an.

Warum nicht sofort ein Beispiel? Die 2000 M. zahlen die Herrschaften aus der Westentasche. Sie sind nur ein Teil des Profits, den sie durch die skandalöse Ueberstundenschufterei herausgewirtschaftet haben.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geier; Wirtschaft: Armin Götzenau; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: R. H. Böcher; Sozialismus und Sozialpolitik: Fritz Kahlert; Anarchismus: E. Glöckner; Familien in Berlin: Berlin: Buchverlag G. m. b. H. Berlin; Ernst: Buchverlag Buchverlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68; Lindenstraße 3. Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

## Musikanträge

überprüft man nur dem Nachweis des Deutsches Musikerverbandes, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Königsplatz 4310, 4045). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Mit Briefkasten Wertverteilung

## Honigkuchen

in reicher Auswahl

# A. WERTHEIM

Leipziger Platz (Verand-Abteilung) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

## Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat.

Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

### Wurstwaren

Landleberwurst Pfd. 120	Mettwurst (Drauschw. Art.) Pfd. 155
Rotwurst . . . Pfd. 120	Leberwurst feine, Pfd. 175
Jagdwurst . . . Pfd. 150	Bierwurst . . . Pfd. 175
Schinkenwurst Pfd. 150	Zervelat- u. Salami 160
Filetwurst . . . Pfd. 155	Schinkenspeck Pfd. 180
Rosenthaler Straße, Königstraße, Moritzplatz:	
Blutwurst halbleichte Pfd. 72	Dampfwurst . . Pfd. 110
Leberwurst halbleichte Pfd. 72	Mortadella . . Pfd. 140
Speckwurst . . Pfd. 110	Mettwurst grobe, Pfd. 140

### Butter u. Käse

Tafelbutter Pfd. 184 195	Holländer . . Pfd. 85
Dän. Butter . . Pfd. 208	Tilsiter Pfd. 78 98 118
Margarine . . Pfd. 58	Romatour vollreif Pfd. 95
Speisetalg . . Pfd. 64	Steinbuscher Pfd. 95
Kokosfett 1 Pfd.-Tafel 65	Schweizerkäse
Allgäuer halbleichte Pfd. 72	bayr. Pfd. 1,35, dän. 115
Edamer . . . Pfd. 85	Emmentaler ohne Rinde, Kart. 225 Gr. 78

### Konserven

Schnitt- u. Brechbohnen 1/2 Dose 58 Pf. I 80 Pf.	Mirabellen 1/2 Dose 125
Pfefferlinge . . . 82 Pf.	Ananas Hawaii, 3 Scheib. 1/2 Dose 160
Leipziger Allerlei 85 Pf.	Konfitüren 2-Pfd.-Eimer
Jge. Erbsen mittel-fein 92 Pf.	Himbeer, Kirschen, Erdbeer, Aprikosen 145
	Pflaumen 110 Ananas 165

### Kolonialwaren

Weißbohnen Pfd. 18 Pf.	Tafelreis unpol. Pfd. 24 Pf.
Langebohnen Pfd. 24 Pf.	Tafelreis poliert, Pfd. 28 Pf.
Linsen . . . Pfd. 19 Pf.	Fadennudeln Pfd. 38 Pf.
Thür. Linsen Pfd. 36 Pf.	Schnittnud. (Eier) 46 Pf.
Viktoria-Erbsen 38 Pf.	Eier-Makkaroni 52 Pf.
Erbsen geschälte Pfd. 40 Pf.	Auszug-Mehl 1 Pfd.-Beutel 140

### Frisches Fleisch

Hammel, dicke Rippe, Brust und Rücken . . . . . Pfd. 86 Pf.
Kalbskamm u. Brust . . . . . Pfd. 75 Pf.
Kalbsnierenbraten . . . . . Pfd. 85 Pf.
Schmorfleisch u. Roastbeef mit Knochen . . . . . Pfd. 95 Pf.
Suppenfleisch . . . . . Pfd. 75 Pf.
Schweinebauch u. Rücken m. Big. Pfd. 96 Pf.
Schweine-Schinken Blatt u. Kamm Pfd. 105
Kabier, Speer u. Kamm . . Pfd. 122
Liesien Pfd. 90 Pf. Gehacktes Pfd. 75 Pf.

Prima gefrorenes Ochsenfleisch
Suppenfleisch . . . . . Pfd. 55 Pf.
Kamm u. Brust . . . . . Pfd. 60 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen . . . . . Pfd. 70 Pf.

### Wild u. Geflügel

Junge Gänse . . . . . Pfd. 95 Pf. an
Suppen-Hühner irisch geschlachtet Pfd. 115 an
Poulets ungarische . . . . . Pfd. 130 an

### Fische

Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische Pfd. 20 Pf. und 25 Pf.
Schellfische u. Bratschollen Pfd. 22 Pf.
Goldbarse ohne Kopf . . . . . Pfd. 28 Pf.
Grüne Heringe Pfd. 25 Pf. schwedische Pfd. 28 Pf.
Lebende Hechte . . . . . Pfd. 1 M und 115
Lebende Karpfen . . . . . Pfd. 125 an

### Stadtküche

Malossol-Kaviar Pfd. 0,50	Gänsebrust ganze u. halbe, Pfd. 3,40
Kronen-Hummern . . . . . 1/2 Dose 5 M 1/4 Dose 10 M	
Appels Mayonnaise 1/2 Gl. 0,95 1/4 Gl. 1,20 1/2 Gl. 2,15 1/4 Gl. 3,50	

### Obst u. Südfrüchte

Amorettenbirnen Pfd. 15 Pf.	Mandarinen Pfd. 33 Pf.
Tiroler Aepfel Pfd. 18 Pf.	Apfelsinen Dtz. 0,50 40 Pf.
Baumans Reinetten 22 Pf.	Walnüsse . . Pfd. 68 Pf.
Jägeräpfel Pfd. 28 Pf.	Para- u. Haselnüsse 75 Pf.
Amerikaneräpfel 38 Pf.	Traubenrosin. Pfd. 88 Pf.
Kranzfeigen Pfd. 30 Pf.	Ananas . . . Pfd. 98 Pf.
Kaliforn. Tafeläpfel Originalkiste ca. 45 Pfd. brutto v. 1350 an	

### Räucherwaren

Fettbücklinge Pfd. 48, 38 Pf.	Aale . . . . . Bund 68 Pf.
Flundern pommerisch Pfd. 0,70 38 Pf.	Bücklinge Kieler Pfd. 68 Pf.
Sprotten echte, Pfd. 45 Pf.	Bratheringe 4 Liter-Bott. 225

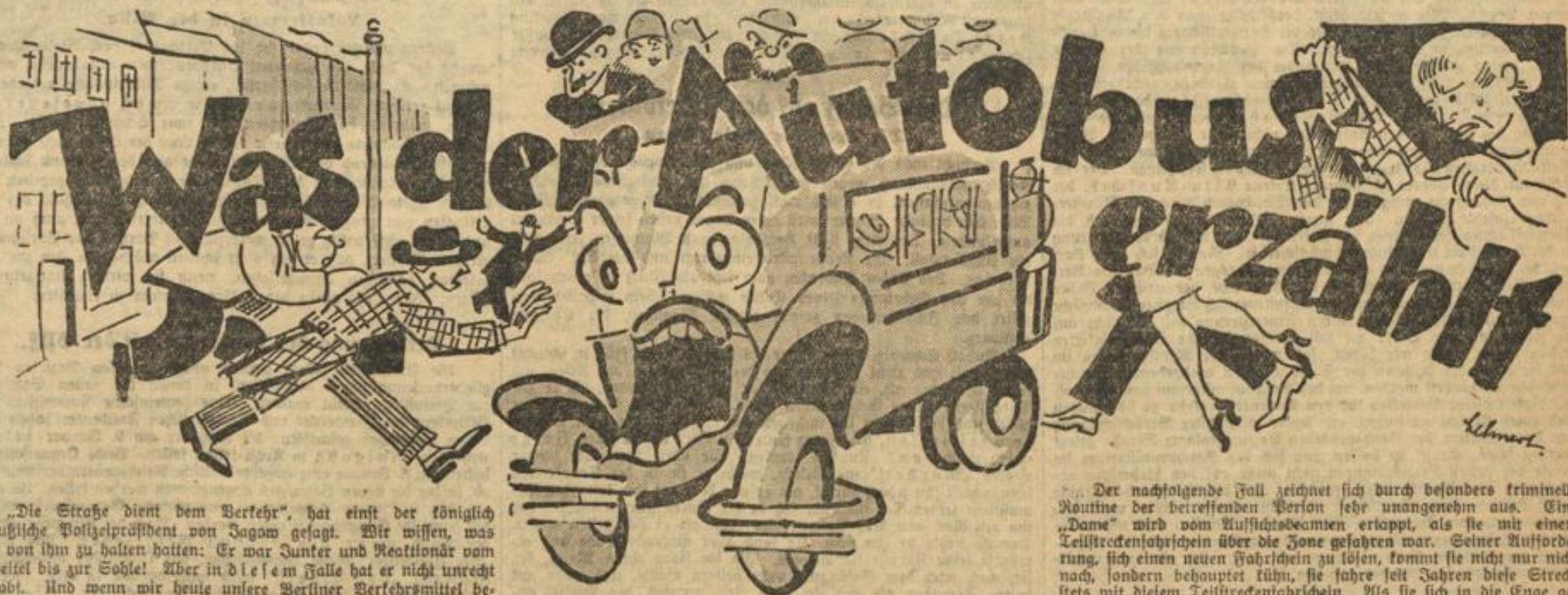
### Kaffee, Kakao, Tee

Gebrannter Kaffee eigene Rösterei Pfd. von 2,40 bis 4,60
Holländischer Kakao Marke „Kamphuyas“ in Blechdos. Pfd. 160 3 Pf. 2,90
Darjeeling-Mischung 1/2 Pfd. 4 M China 1/2 Pfd. 3,40
Ceylon-Mischung 1/2 Pfd. 3,70 Indische 1/2 Pfd. 3,10

### Wein

Preise für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas	
1922 Roxheimer (blauer Kapsel) milder Tischwein . .	1 M
1922 Trittenheimer Oik spritzig, pikant . . . . .	135
1924 Laubenh. Karthäuserberg Riesl. bukettreicher Nahwein . . . . .	175
1923 St. Justin spanischer Qualitätsrotwein . . . . .	125
Malaga Golden feinsüß . . . . .	135
Douro-Portwein „Reserva“, Marke Calem Oporto . .	2 10
3 feine Dinerweine:	
1921 Château Palmer-Margaux Prop. Société Péreire, gehaltvoller Bordeaux	325
1921 Hambacher Schloßberg Spätlese Kellerei J. C. Hoch, hiesiger Pfalzwein Wachauum Thomas	350
1921 Graacher Hochlay Qualitätsrotwein	325
Deutsch. Weinbrand A. Descieux *** hervorrangende Qualität, aus Charentewein gebrannt	475





„Die Straße dient dem Verkehr“, hat einst der königlich preussische Polizeipräsident von Jagoow gesagt. Wir wissen, was wir von ihm zu halten hatten: Er war Junker und Reaktionär vom Scheitel bis zur Sohle! Aber in diesem Falle hat er nicht unrecht gehabt. Und wenn wir heute unsere Berliner Verkehrsmittel betrachten, dann müssen wir zugeben, daß die Reichshauptstadt es mit den Metropolen anderer Länder aufnehmen kann. Sind aber nicht Passagier und Verkehrsgesellschaft aufeinander angewiesen, benötigen sie sich nicht gegenseitig Tag für Tag, nein, Stunde für Stunde? Und da mag es wohl von Interesse sein, einmal einen Blick hinter die Kulissen eines unserer größten Verkehrsinstitute, der A. K. o. g., zu werfen. Hier erzählt man uns:

**Der Unpünktliche.**

Ins Bureau der Aboga stürzt eines Vormittags ein aufgeregter Jüngling und bittet, die Gesellschaft möge ihm befehlen, daß der morgens um halbsechste Uhr verkehrende Autobus der Linie I unterwegs liegen geblieben sei. Zur näheren Feststellung forderte man seinen Fahrchein, der aber nicht vorhanden war, da der Jüngling in den betreffenden Autobus vergebens erwartet hatte. Seine Verpätung im Geschäft hätte sein Chef als Entlassungsgrund geltend gemacht und ihm daraufhin gekündigt. Er sollte nun am nächsten Tage Wagen und Schaffner der Aboga namhaft machen und man wolle sich Mühe geben, ihm bei Beschaffung seines Albinachweises behilflich zu sein. Leider kam er am nächsten Tage unverrichteter Sache und traurigen Gesichtes wieder. Jeder weiß, was gerade heute der Verlust einer Stellung zu bedeuten hat und so machte die Gesellschaft teils aus gutem Herzen, teils aus schlechtem Gewissen — denn der 12-Minuten-Verkehr der betreffenden Linie war tatsächlich ein wenig mangelhaft — den Fürsprecher beim Chef. Bei dieser Gelegenheit stellte sich aber heraus, daß der junge Mann auf dem Gebiete des Zufallkommens bereits ein alter Sünder war. Trotzdem ließ sich der Geschäftsinhaber nochmals erweichen und stellte den Jüngling wieder ein.

**Der Herr ohne Zeit.**

An dieser Krankheit leidet ja eigentlich die gesamte Fahrgesellschaft der Verkehrsmittel, und wenn jeder Bluch, der von aufgeregten Lippen frömt, registriert würde, so säme ein ganz stattliches und teilweise recht humoristisches Verzeichnis zustande. Aber Gemohnheit macht hart und der Schaffner läßt alles Beschimpfe und Bemurre ungehört und unerwidert passieren. So ein Autobus hat eben auch seine Kunden und manchmal geht's ihm wie andere Wesen: es lockert sich mal eine Schraubel. Und passiert doch ein Malheur, dann prasselt ein Hagel von Verwünschungen auf den armen unschuldigen Schaffner los. Daß er sich all das zu Herzen nehmen soll, wäre wahrlich etwas viel verlangt. Einer aus der Sorte der ganz energischen Beschwerdeführenden, die es nicht dabei bewenden lassen, sondern Schnurrucksack zur obersten Instanz laufen, erschien ebenfalls

im Bureau der Gesellschaft und wollte diese für einen beim Miet-einigungsamt versäumten Termin haltbar machen, da der Autobus angeblich zwei Stationen vor der Endhaltestelle liegen geblieben sei. Daß allerdings während seiner aufgeregten Zwielpfropfe mit dem Schaffner bereits ein neuer Autobus an seiner Reise vorüber fuhr, hatte der jähwichtige Mann gar nicht bemerkt. Bei seinem Beschwerdebefuch präsentierte er gleichzeitig höchst energisch eine Rechnung über 4,70 M. für Autospesen und andere ihm aus diesem Titel erwachsene Schäden. Außerdem verlangte: Erlass des Briefportos für sein Beschwerdeschreiben. Die Gesellschaft war von seinem energischen Auftreten nicht in dem Maße bestürzt wie er es wohl angenommen hatte, erstattete ihm jedoch zur Wiederherstellung seines Gemütszustandes das Briefporto von 0,15 M. zurück. Daraufhin erhielt die Aboga ein Dankschreiben, worin sich der Cholertische vor allem für die Rückerstattung des Portos und gleichzeitig für die ihm bewiesene „Loyalität“ in höchst ehrerbietiger Weise bedankte. Von seinen anderen Ansprüchen erwähnte er kein Sterbenswörtchen mehr. Aber die Verantwortlichkeitspflicht der Aboga dem Publikum gegenüber wird auch noch in Fällen geltend gemacht, wo es sich nicht um Schäden realer Natur, sondern um die Wiederherstellung des häuslichen Eheglücks handelt.

**Ein Fahrchein „zuviel“.**

Eines Tages klingelt das Telephon. Es meldet sich eine Dame und verlangt zu wissen, wann zwei Fahrcheine Nummer fünfso ausgegeben und benutzt wurden. Nach ihrer Zustimmung handelte es sich um eine „Nachfahrt“, bei der sie aber leider nicht die Partnerin gewesen wäre. Die ominösen Fahrcheine versprach sie durch ihre Tochter der Gesellschaft zu übermitteln. Nach einigen Tagen erneuter Telefonanruf derselben Dame und erstauntes Fragen, warum sie denn noch keinen Bescheid erhalten hätte? Der Bescheid fiel wieder negativ aus, da die Fahrcheine noch nicht im Bureau abgegeben worden waren. Wieder nach ein paar Tagen erschienen zwei kleine Mädchen mit zwei Fahrcheinen, die Mutter in Vaters Westentasche gefunden hätte und sie möchte gern wissen, wann sie benutzt worden sind. Die Mädchen gestanden, sie hätten schon früher mit den Fahrcheinen kommen sollen, wollten aber dem Vater keine Unannehmlichkeiten bereiten und hatten, man möchte der Mutter doch sagen, das ließe sich eben nicht feststellen. Man konnte also der gekränkten Gattin mit ruhigem Gewissen versichern, die Angelegenheit wäre augenblicklich nicht festzustellen. Damit gab sie sich — wenigstens der Gesellschaft gegenüber — tatsächlich zufrieden. — Zum Schluss noch eine der lächerlichsten Erscheinungen öffentlicher Verkehrsmittel, die sogenannten Schwarzfahrer.

Der nachfolgende Fall zeichnet sich durch besonders kriminelle Routine der betreffenden Person sehr unangenehm aus. Eine „Dame“ wird vom Aufsichtsbeamten ertappt, als sie mit einem Teilstreckenfahrchein über die Zone gefahren war. Seiner Aufforderung, sich einen neuen Fahrchein zu lösen, kommt sie nicht nur nicht nach, sondern behauptet lässig, sie fahre seit Jahren diese Strecke stets mit diesem Teilstreckenfahrchein. Als sie sich in die Enge getrieben fühlt, springt sie an der nächsten Haltestelle ab. Der Aufsichtsbeamte ihr nach, um beim nächsten Schuhmann ihre Personalien festzustellen. Der Beamte verlangt den Fahrchein zu sehen und als er ihn vom Beamten in Empfang nehmen will, fängt ihn die Dame geschickt ab, zerreißt ihn in kleine Stücke und häuft davon. Viel Geistesgegenwart und eine höchst verdächtige Selbstsicherheit. Man verfolgte die Angelegenheit nicht weiter.

So hat auch der Autobus seine Chronik. Sie erblickt selten das Licht der Öffentlichkeit und erregt die Menschen nicht sehr. Aber persönliches Schicksal spielt auch hier hinein, wird gewandelt oder in allen Bahnen fortgeführt. Und man ist überrascht zu hören, daß eine der vielen täglichen Autobusfahrten Anlaß war.

**„Armeleutehaus.“**

Berlin N., Schulzendorfer Straße 16, der Typ des Armeleutehauses. Alt, verfallen, schmutzig, finstern, mit einem Hof voll Schutt und Gerümpel, blinden, zum Teil eingeschlagenen Fenstergerämben und einem ganzen Ameisenhaufen voll Bewohnern. An jeder Wohnungstür stehen wenigstens vier Namensschilder, jeden Raum bewohnt eine separate Mietpartei. Die besser Gestellten haben Küche und Küche, andere bloß ein Zimmer, und einige hausen in der Küche. In einem solchen kleinen, feuchten Küchenraum des Hauses leben Mann, Frau, ein vier Monate und ein 1 1/2 Jahre altes Kind. Durch die viele Kinderwäsche herrscht in dem kleinen Raum ständig eine warme, ungesunde Feuchtigkeit, dazu gesellt sich dann noch der Küchendampf beim Kochen und die Schlaf- und Ausdünstung von vier Menschen. Der Kinder wegen, die ohnedies fränklich sind, darf das einzige Fenster des Raumes natürlich nur ganz ungenügend geöffnet werden. Unterdessen vollziehen sich im Hause — allerdings inoffiziell — fortwährend Wohnveränderungen zugunsten von Parteien, die sich die Sympathie des Vermieters scheinbar auf andere Weise zu gewinnen wissen. Die Räume wimmeln von Schwaben und anderem Ungeziefer, sämtliche Ofen und Kochmaschinen sind defekt und zum Teil überhaupt unbenutzbar. Das vierstöckige Vorderhaus besitzt drei Klosetts, wovon sich das eine auf dem Boden befindet. Vielleicht sieht sich die Gesundheitsbehörde die unhaltbaren Zustände einmal an. Volksgesundheit bedarf vor allem menschenwürdiger Wohnstätten.

**Die Wunder der Klara van Haag.**

34] Von Johannes Buchholz.  
Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.

Dann kam Herr van Haag, frisch gebügelt, gebürstet, geklopft, seifert und gefärbt — Knarrend aus dem Schlafzimmer und gleichzeitig zeigten sich Postmeisters in Begleitung eines langen Herrn, Ingenieur Soejdal, der eine große rote Tasse nach allen Himmelsrichtungen ausstreckte und in der Mitte zusammenknickte, wenn jemand sie sah. Lund ging einmal um ihn herum, um seine Knickhosen in Augenschein zu nehmen, dachte eine Sekunde daran, nach Preis und Herkunft zu fragen, gab es aber auf, da sicher nicht der geringste Markt für derlei in Knarreby war. Minna befehlte die rote Tasse eine Weile in ihrer Hand und preschte sie, kameradschaftlich, vielversprechend, den Ellenbogen modern nach oben gedreht; da er aber doch nicht aufgab, sondern nur wie ein erloschener Leuchtturm stand, rümpfte sie die Nase und ließ die Tasse wie einen toten Gegenstand fallen. Kurz darauf sah der Ingenieur mit hochgeordneten Knien auf dem niedrigsten Stuhl, der aufzutreiben war.

Hedwig bot Tee, Keks und Marmelade an. Die Herren gossen einen Schuß Rum in ihre Tassen. Der Zollverwalter und der Postmeister hatten sich an einem kleinen Tisch gesunden. Sie sprachen nicht miteinander, sondern räusperten sich nur abwechselnd in langen Pausen und betrachteten gegenseitig ihr Zeug. Der Postmeister konnte den Wettlauf nicht gewinnen. Da sah der Zollverwalter mit einem neuen merkwürdigen Restenauschnitt von dem sicher nicht ein einziger von Knarrebyns drei Schneidern ein Abnung hatte. Uff, nein! Der Postmeister hätte versucht, ein anderen Gebieten zu konkurrieren. Er hatte sich ein Fahrrad gekauft und sich darauf gefreut, daß Herr van Haag in kläglichem Schneedeniempro seiner Spur folgen sollte. Aber was tat van Haag? Er unterließ es, sich kläglich zu machen. Er kaufte sich gerade kein Fahrrad! Was war da zu machen?

Lund hatte ein paar mal versucht, sich in das Gespräch dieser beiden Herren zu mischen, aber keine Verbindung erlangt, worauf er sich an den Ingenieur und die Damen wandte.

haben! Was. Wir erweitern uns und werden zu etwas. Ich irrte mich zuerst, als ich Sie vorbeigehen sah — das ist mein Baden, ungefähr mitten in der Straße, ich weiß nicht, ob Sie ihn bemerkt haben? Es hängen zwei Regenmäntel draußen. Ja, jetzt hängt nur noch einer. Hähä. So, nicht. Einerteil: Ich stand am Fenster — aber mich merkten Sie nicht — nein, Sie brauchen nichts zu sagen — denn ich weiß, daß man mich nicht von draußen sehen kann. Hähä. Einerteil: Ich sah Sie. Aber ich irrte mich, ich glaubte nämlich, Sie seien ein Tourist. Erst später brachte ich in Erfahrung, daß Sie Ingenieur wären, ein Vetter von Frau Postmeister Weiß, und — kurz gesagt, usw.“

„Aber ich reise auch eigentlich teilweise als Tourist,“ sagte der Ingenieur und hob schwer den Kopf.

„Auch eigentlich teilweise als Tourist,“ sagte Lund und schmeckte jeden Buchstaben.

„Ja.“

Fräulein Minna sandte ihrem Vater einen kurzen, aber kalten Blick, worauf er schnell sagte: „Nun — jawohl — ja. Selbstverständlich. Auch eigentlich. Teilweise als Tourist. Ja.“

In den folgenden Sekunden hatte er einen grüblerischen Ausdruck.

„Essen Sie, meine Damen und Herren — Hedwig, bring uns etwas mehr Tee. Hör, Sie loben deine Erzeugnisse, Hedwig — sei stolz!“ sagte Frau van Haag und bekam Zeit, Hedwig ein wenig in den Arm zu knetsen, als ein Zeichen der Vertraulichkeit zwischen ihnen.

Frau Weiß aß Keks und Marmelade, daß sie schnauzte, wogegen Minna von allem wenig nahm, um nicht dick zu werden. Nur das dünne Geruch des Zigarettenrauches durfte sie vollauf genießen.

„Warum sind Sie nicht früher gekommen, herr Soejdal, als alles noch schöner war?“ sagte sie.

Soejdal sah verständnislos Fräulein Lund an, die eine Bewegung mit der Hand gemacht hatte, als meinte sie, sie selbst — ihr Herz, sei einmal schöner gewesen.

Lund war pfiifiger und sagte: „Meine Tochter meint die Lage, die ja im Sommer unvergleichlich schön war.“

„Ach, die Lage — die Lage. Sie mit Ihrer Lage,“ sagte die Postmeisterin in einem Anfall von Unhöflichkeit. Sie konnte nicht mehr essen.

„Die Lage muß man nach unseren Verhältnissen wirklich

schön nennen. Finden Sie nicht auch, herr Soejdal,“ sagte Minna.

„Ja. — Ich bin ja eben erst gekommen, aber wenn Sie meinen, gnädiges Fräulein, dann...“

„Gott!“ sagte Minna und warf sich auf den Stuhl zurück.

„Sie sind schon von der rechten Art, die es versteht, Damen Annehmlichkeiten zu sagen,“ fiel Lund begeistert ein.

Die Postmeisterin gab einen höhnischen Laut von sich, aber Frau van Haag ergriff die Gelegenheit und sagte: „Kommen Sie, herr Ingenieur, und beurteilen Sie die Aussicht. Ich habe die beste in der ganzen Stadt, wie ich wohl ohne Eigenlob sagen darf.“

Der Ingenieur erhob sich unbeholfen und schritt ans Fenster, als ihm aber die wachsame Frau Weiß folgen wollte, sagte Frau Klara: „Dort drinnen ist sie übrigens am aller-schönsten!“ Sie zog ihn mit sich in die Küche und schloß die Tür hinter sich.

„Sie wollen zu einem Manne namens Egholm?“

Der Ingenieur wurde bestürzt und tat noch bestürzt.

„Der Minister hat es mir geschrieben,“ fuhr Frau van Haag fort und hielt ihn mit ihren machtvollen Augen fest. „Lun Sie mir den Gefallen und kommen Sie zu mir, ehe Sie mit Egholm reden. Wollen Sie? Sehen Sie, hier ist der Brief des Ministers.“

„Ja, ja, selbstverständlich, wenn Sie unterrichtet sind. Aber es ist ja eigentlich ein Geheimnis, weshalb ich hier bin.“

„Danke,“ sagte Frau Klara.

Ingenieur Soejdal kam sich wie ein unfreiwilliger Teilnehmer an einem Spionagemplot vor, sah verwirrt aus und konnte, als er ins Wohnzimmer zurückkam, nur sehr mühsam über die Aussicht Rede stehen.

Frau Weiß signalisierte ihrem Manne.

Frau Klara lächelte zufrieden und sagte zu Hedwig: „Die Arbeit geht gut.“

Als sie aber einen Blick hinaus über den Hofen wirft, sieht sie, daß der kleine Inselfamuser gerade angelegt hat, und daß Leute an Land gehen. Es sind nur vier, fünf mit-gekommen, weil der Sommer schon so weit vorgeschritten ist. Einer von ihnen ist ein kleiner, breiter Mann, der auf kleinen Füßen über die Landungsbrücke trippelt und sich hilflos umschaut. Kein Zweifel ist möglich, Frau Klara starrt wie ein Vogel die Treppe herab und steht vor ihm.

(Fortsetzung folgt.)







# Berliner Krankenhäuser.

Auf tausend Einwohner kommen 5,35 Betten.

Die Biermilionenstadt weist eine beträchtliche Zahl von städtischen Krankenhäusern auf, unter denen alle Größen — von der Rammnustankstalt bis hinab zum familiär gehaltenen Kleinbetrieb — vertreten sind.

## Die Anstalten in Groß-Berlin.

In der Spitze marschieren das Rudolf-Birchow-Krankenhaus mit 2517 Betten; es folgen die Krankenhäuser Neuföllin mit 1086, Friedrichshain mit 1065 und Westend mit 1030 Betten. Den chronisch-kranken Kindern stehen in der Kinderheilstankstalt Buch 995 Betten zur Verfügung, während das Allgemeine Krankenhaus Moabit 971 Betten besitzt. In größerem Abstände schließen sich die Krankenhäuser Schöneberg mit 780 und Urban mit 721 Betten an. Dem folgen die Krankenhäuser Spandau mit 553 und Lichtenberg mit 429 Betten. Den Kindern ist eine weitere ganze Anstalt, das Kinderkrankenhaus Reinickendorfer Straße, mit 441 Betten gewidmet. Als nächstgrößte Anstalt erscheint das Krankenhaus Brieg mit 412 Betten. An der unteren Grenze des mittelhohen Krankenhaustyps steht das geburtsheilkundliche Krankenhaus Sophie-Charlotten-Straße, in dem 271 Mütter Unterkunft finden können. Ihm am nächsten kommt das Krankenhaus Reinickendorf mit 264, Bantow mit 263, Weihensee mit 247 und Köpenick mit 215 Betten. Die Tuberkulosenkrankenhaus Waldhaus Charlottenburg in Beeg-Sommerfeld in der Mark und Hagenheide im Bezirk Neuföllin verfügen über je 200 Betten, indes das Krankenhaus Kirchstraße-Charlottenburg 180 Haut- und Geschlechtskranken aufnehmen kann. Und schließlich wären noch die Krankenhäuser Gitschiner Straße mit 155, Wilmersdorf-Königsplatz mit 105 Betten und als die kleinsten städtischen

Anstalten das Krankenhaus Uppstall und das Säuglings-Krankenhaus Weihensee mit je 80 Betten zu nennen.

Insgesamt verfügen die städtischen Krankenhäuser über 13 375 Betten; diese Zahl übersteigt die vorjährige um 400. Zu diesen rund 13 400 Betten in den städtischen Krankenhäusern kommen noch hinzu 2000 in den Universtitätskliniken, 700 in den Kasernenkrankenhausern, 500 im Kreiskrankenhaus Lichterfelde, 4800 in den gemeinnützigen Krankenhäusern (ohne Oscar-Helene-Heim). Also insgesamt 21 400 Krankenhausbetten stehen für die vier Millionen Einwohner Berlins zur Verfügung; d. h. auf 1000 Einwohner kommen 5,35 Betten. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß die Stadt Berlin weitere 1600 Betten in krankenhaushähnlichen Anstalten (Krankenstationen des Obdachs mit 310 und der Waisenhaus mit 370 Betten; Kinder- und Mütterheime mit 430 Betten; Heilstätten mit 420 und ein Leichtkrankenhaus mit 70 Betten) besitzt. — An Irrenbetten sind 11 100 — einschließlich 4700 Betten in den Provinzialirrenanstalten — vorhanden; für Sieche und Unheilbarfranke sind 7000 Betten — davon 1400 in Provinzialanstalten — belegbar.

Die zurzeit im Gange befindlichen Erweiterungsbauten im Krankenhaus Friedrichshain (um 100 Betten), im Waldhaus Charlottenburg (um 300 Betten) gehen im nächsten Jahre ihrer Vollenendung entgegen. Nach Fertigstellung des Krankenhauses in Hohrechtsfelde werden weitere 600 Betten zur Verfügung stehen, und die von der Stadt neuerdings erworbenen Krankenhäuser in Spandau mit 230 Betten und Zehlendorf mit 400 Betten werden weiterhin zur Verringerung der Bettennot beitragen. Es wird sich also demnächst die Gesamtbettenzahl der Berliner städtischen Krankenhäuser auf rund 15 000 belaufen. Dr. med. E. Rosbacher.

## Stiefkinder der Eisenbahn.

### 1. Die Seidekrautbahn.

Boht das größte Schmerzenskind des großstädtischen Eisenbahnverkehrs ist die Reinickendorf-Rosenthal-Liebenwalder Kleinbahn, oder, wie sie der Volksmund benennt, die Seidekrautbahn. Sie bedient ein nicht unbedeutendes Gebiet des nördlichen Groß-Berlin. Mehrere städtische Kiefigüter sind auf die Verbindung mit dieser Bahn angewiesen, ebenfalls die vielen Siedlungen um Schildow, Badorf, Jühlsdorf, Wensickendorf und Wandlitz. Landschaftlich erschließt die Bahn dem Ausflugsverkehr die weiten Waldungen zwischen Bernau-Biesenthal einerseits und Birkenwerder-Oranienburg andererseits. Hier liegen Brennpunkte des großstädtischen Sonntagsausflugsverkehrs. Zu ihnen gehören der Liepnitzsee, der Wandlitzsee, der Rahner See, das Briesetal und andere. Weiter nördlich hinaus sind die vielen Siegeleien um Liebenwalde, die Schiffergemeinde Zerpenschleuse und der Ausflugsverkehr nach der Scharfheide mit dem herrlichen Werbellinsee von dieser Bahn abhängig.

So wichtig diese Bahn also im wirtschaftlichen Leben einer großen Zahl von Gemeinden ist, so lebhaft ist auch der sonntägliche Verkehr durch die Ausflügler. Und doch ist diese Privatbahn, an der städtisches Kapital beteiligt ist, mit ihren Verkehrsverhältnissen überaus rückständig. Gewiß verucht die Direktion dem überaus starken Sonntagsverkehr gerecht zu werden, doch reicht bei weitem der zur Verfügung stehende Wagenpark nicht aus und kann auch die nur eingleisige Strecke nicht weiter sonderlich belastet werden. Alle die Mängel einer eingleisigen Bahn, die nur durch Umsteigeverkehr an das Reichsbahnnetz verbunden ist, sind weiten Kreisen, auch der Direktion und der Stadt Berlin, bekannt und schon vielfach hat man am grünen Tisch beraten, wie diesen Mängeln abgeholfen werden kann. Aber zu einem Ergebnis ist man bis jetzt noch immer nicht gekommen, und so bleiben die unzulänglichen Verkehrsverhältnisse weiter bestehen. Aber nicht nur in verkehrstechnischer Hinsicht ist diese Bahn rückständig, sondern auch in tariflicher Beziehung. Ein Haupthindernis der weiteren Entwicklung des Verkehrs ist das gänzliche Fehlen eines Vorortverkehrs mit billigen Fahrpreisen. Zwar gibt die Direktion der Seidekrautbahn Wochen- und Monatskarten zu ermäßigten Preisen ab, auch dem Sonntagsverkehr kommt man mit billigeren Sonntagskarten und in neuerer Zeit auch mit billigeren Wertgostkarten entgegen, doch sind auch diese Karten entgegen denen beim Vorortverkehr noch als teuer zu bezeichnen. Lebhaft begrüßt würde es von allen Fahrgästen der Seidekrautbahn werden, wenn eine Verbindung dieser Linie mit der Oranienburger Bahn erreicht werden könnte, da hierdurch das lästige Umsteigen in Reinickendorf-Rosenthal und der Kampf mit den vollsten Abendzügen fortfallen würde. Dierhalb haben bereits Verhandlungen und Beratungen stattgefunden, auch tauchte der Plan einer Dampfbahn im Anschluß der Seidekrautbahn bis nach Berlin hinein auf. Doch die Pläne tauchten auf und tauchten auch wieder unter und seit Jahren ist es still um diese Bahn geworden. Die Stadt Berlin, die doch Mitbestitzer dieser Bahn ist, dürfte sicherlich ein großes Interesse an einem Ausbau haben, liegen doch einige ihrer wichtigsten Güter an dieser Bahn. Aber man scheint sich Zeit lassen zu wollen, zum Schaden der auf diese Bahn angewiesenen Gemeinden und Fahrgäste. In der Zeit wäre es daher, wenn in euerziger Weise an den Ausbau dieser Bahn gegangen und eine bessere Anschlußmöglichkeit an das Reichsbahnnetz geschaffen würde und die heabsichtigte Verlängerung der Bahn von Liebenwalde über Zehdenick nach Reuhof in Angriff genommen würde. Dieser Bahnbau soll den großen Siegeleien im Norden von Berlin den Anschluß an das Berliner Verkehrsnetz bringen. Bisher konnte mit dem Bau nicht begonnen werden, weil der Reichsverkehrsminister auf Geheiß der Reichsbahn die Genehmigung verweigert hatte. Das Ministerium hat jetzt seinen Einspruch zurückgezogen, nun kommt aber von neuem die Reichsbahn und verlangt vom Kreis eine Rentabilitätsberechnung. Der Zweck dieses Verlangens ist natürlich der, die Sache weiter zu verschleppen, um eine Konkurrenz nach Möglichkeit recht lange auszuschalten. Hier handelt die Reichsbahn sicherlich nicht im Interesse der Volkswirtschaft, der mit der Verlängerung wirklich gebiet wäre. Auch die reichlich hohen Personentarife könnten durch die Einführung eines Vorortverkehrs wesentlich verbilligt werden; der dadurch entstehende finanzielle Ausfall dürfte sicherlich durch die Mehrbenutzung der Bahn und der vorwiegend steigenden Besiedlung der sehr zahlreichen Kolonien und Siedlungen wieder gedeckt werden, wenn nicht gar die Benutzung der Bahn eine viel rentablere werden wird. Hoffen wir, daß Direktion und die Stadt Berlin dem allgemeinen Verkehrsbedürfnis abhelfen und die Seidekrautbahn zu einer der bestgeführten Eisenbahnlinien Groß-Berlins machen. Hoffen wir auch, daß die Reichsbahn die volkswirtschaftlichen Interessen über ihre eigenen privatwirtschaftlichen stellt.

## „Die deutschen Landkreise“.

Der Landkreistag hat in einem zweibändigen Werke über die Aufgaben und Arbeiten der Landkreise berichtet. Das Werk führt den Titel „Die deutschen Landkreise“. Verfasser ist Dr. Constantin Stein. Aus einem Presseempfang anlässlich des Erscheinens des Werkes gab Dr. Constantin in einem kurzen Vortrage die wesentlichen Gedanken seiner Arbeit wieder.

Es ist, so führte der Vortragende aus, ein Verdienst des Staatsministers Severing, in klarer Erkenntnis darauf hingewiesen zu haben, daß es in der Zukunft notwendig sei, die Selbstverwaltung der Landkreise so auszubauen, daß eine starke Zentralleitung der zu lösenden Aufgaben auch Herr werde. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß Land- und Stadtkreise geschlossen das Land bedecken. Und niemand wird bestreiten wollen, daß im demokratischen Staate jeder Volksgenosse auf die Leistungen der öffentlichen Verwaltung gleichmäßig Anspruch erheben kann. Daraus folgt, daß der Landkreis in der Lage sein muß, daselbe zu leisten wie ein Stadtkreis. Wie groß die Aufgaben der kreis kommunalen Selbstverwaltung sind, das ergeben zwei Zahlen: In den Landkreisen wohnen 39 Millionen Einwohner des Deutschen Reiches und in den Städten 21 Millionen. Soll der Kreis nun eine Einheitsgemeinde oder ein Gesamtverband sein? Diese Frage ist sehr verschieden beantwortet worden. Die richtige Lösung für die Kreis selbstverwaltung kann nur so sein, daß der Kreis eine Mischform darstellt, daß er Gemeindeverband bleibt, unter ihm auch die Einzelgemeinden die kleineren Selbstverwaltungsaufgaben selbst weiter zu lösen haben, daß er aber Einheitsgemeinde wird, soweit es sich um große Gebiete handelt, die in ihrer Ausdehnung jeweils über die lokalen Grenzen hinausgehen und die zu ihrer Finanzierung eine breitere tragfähige Basis fordern. Die Finanzierung aber muß für diese großen Aufgaben aus eigenen Steuerquellen oder Steueranteilsrechten des Kreises erfolgen, während die Kreisumlage des Gesamtverbandes nur Spitzendeckung für den übrigen Kreisbedarf sein und bleiben muß. Die Kreisumlage erfüllt eine wichtige Aufgabe, den Lastenausgleich. Er kann sich praktisch auswirken auf dem Gebiete der Fürsorge, die ja heute ein Hauptaufgabengebiet der kreis kommunalen Selbstverwaltung ist. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß beispielsweise zwei Versorgungsberechtigten verschiedenen hohe Renten beziehen, weil der eine in der Großstadt und der andere in einem unmittelbar benachbarten Landkreis wohnt. In besonders hervorragendem Maße ist aber

der Lastenausgleich erforderlich für eines der wichtigsten Wirtschaftsgebiete, das unter der Verwaltung der Kreise steht, die deutschen Landstraßen. Das Deutsche Reich zählt im ganzen 180 000 Kilometer Landstraßen. Von diesen 180 000 Kilometern stehen 125 000 Kilometer in der Unterhaltung der Landkreise, nur 28 000 Kilometer werden von den Ländern und 25 000 Kilometer von den preussischen Provinzen unterhalten. Daß diese Landstraßen aber der Entwicklung der Gesamtwirtschaft des Landes, in weitem Umfange gerade auch dem Vorteil der Städte dienen, wird niemand bestreiten. Auch die Elektrizitätsversorgung kann nur Aufgabe eines größeren Verbandes sein, der zwar nicht so groß ist wie die Länder oder Provinzen, daß die Einzelschritte nicht übersehbar werden können, der aber auch andererseits möglichst große Ausgleichsmöglichkeiten bietet, um die Tarife zweckmäßig gestalten zu können. Das gleiche gilt von den Aufgaben der Siedlungsstätigkeit, der Landeskultur, den Meliorationen usw. Es sind keine Sonderinteressen, die die Landkreise verfolgen. Die Grenzen zwischen den einzelnen Land- und Stadtkreisen stehen auf dem Papier, aber nicht in der lebenden Natur, sie dürfen keine unübersteigbaren Mauern werden. Notwendig ist vielmehr gemeinsame Zusammenarbeit von mehreren Landkreisen, vor allem aber von Land- und Stadtkreisen. Und das ist auch in vielfacher Beziehung bereits geschehen. Es sind gemeinsame Arbeitsnachweise geschaffen, Zweckverbände zwischen Stadt und Land zur Herstellung von Verkehrsverbindungen, zur gemeinsamen Landesplanung für Fluglinien und oft auch für gemeinsame wirtschaftliche Unternehmungen, wie Elektrizitätswerke, Wasserversorgungen, Kanalisation und dergleichen. Diese Entwicklung muß noch mehr gefördert werden.

Das ist nötig schon, um Auswüchsen auf dem Gebiete der Eingemeindung zu begegnen. Eingemeindungen können gewiß in besonderen Fällen zweckmäßig und notwendig sein. Ihre Berechtigung müssen die Landkreise bestreiten, soweit es sich nicht mehr um eigentliche Eingemeindungen handelt, sondern soweit die Eingemeindung nur bedeutet, weite Strecken unbauten Landes der Herrschaft einer Stadt zu unterordnen. Gerade wegen der geschichtlichen Eigentümlichkeit der Verwaltung auf dem Lande wäre das ein ebenso schwerer Fehler, wie es offensichtlich früher schon war, selbständige Städte der Aufsicht des Kreises zu unterstellen. Das Problem der Ein- und Umgemeindungen bedarf besonders praktischer und vorsichtiger Lösung in den neuen kommunalen Verfassungen. Die Kraft des Landes in gefunden ländlichen Verhältnissen gilt es zu erhalten, soll Deutschland bestehen und neuem Aufstieg entgegenstreifen.

# Können die Männer treu sein?



Solange der Mann den Gegenstand seiner Liebe achten und bewundern darf, wird er auch treu sein.

Deshalb geht ja unser ganzes Streben dahin, die MASSARY-Figarette so zu vervollkommen, daß sie auch dem verwöhntesten Raucher Bewunderung abzwingt.

Wir rufen nicht: „Raucht nur MASSARY!“ — und doch bleiben Tausende der MASSARY-Figarette treu, weil sie wertvoll ist — weil sie's verdient.

## Urteilen Sie selbst!

Massary-Berle 4 GOLD- u. PURPUR MOST 4g  
Massary-Delft 5 GOLD- u. TÜRKIS MOST 5g  
Massary-Ritter 6 GOLD- u. SEIDEN MOST 6g

Auch in entzückenden Wahnachts-Geschenkpäckungen



## Baupläne im Bezirk Friedrichshain.

In allen Bauangelegenheiten steht gerade der Bezirk Friedrichshain sehr schlecht da. Dem Wohnungsbau können hier auch von der Stadt- bzw. Bezirksverwaltung keine neuen Gebiete erschlossen werden und ein evtl. Neubau alter Bezirke scheitert an der gerade hier außerordentlich großen Wohnungsnot. Dazu kommt die Geldknappheit der Stadt, die eine großzügige Besserung verhindert. Einen Ausweg gibt es für den Wohnungsbau nur, wenn es gelingt, größere Teile der Bevölkerung in anderen aufnahmefähigen Stadtgebieten anzusiedeln.

Neulich wie in der Wohnungsfrage steht es jedoch auch mit der Unterbringung der Schulen, der Behörden und städtischen Verwaltungsstellen. Gerade ein so dicht bevölkerter Stadtteil verlangt eine weitgehende kommunale Verwaltungs- und Fürsorgetätigkeit. Und in dieser Beziehung ist im Bezirk Friedrichshain alles zerstückelt und unzureichend. Die jetzt vorhandenen Räume genügen oft nicht, um den Anforderungen auch nur notdürftig gerecht zu werden. Darum ist die kommunale Verwaltung des Bezirks seit Jahren bemüht, nach einem gut vorbereiteten Plan systematische Aufbauarbeit zu leisten. Manches wurde ohne besonderes Aufsehen geschaffen. Auch für das kommende Jahr sind eine ganze Reihe von Arbeiten vorbereitet. Der weitestgehende Umbau erfolgt wohl im Krankenhaus Friedrichshain, über den bereits berichtet wurde. Im Vorjahr wurde der Bezirksversammlung bereits ein Plan vorgelegt, an der Laskerstraße ein großes Kinderheim mit Sonnenbad für rachitische Kinder zu errichten. Die Vorarbeiten für dieses gerade im Alt-Berliner Osten äußerst nützliche Werk sind bereits geleistet. Gute und lustige Räume zu bezwecken wird der Neubau einer Gemeinde-Doppelschule mit Berufsschule in der Hohenhofstraße. Sehr zu begrüßen ist die Auffockung der Turnhalle in der Gemeindefabrik Frankfurter Allee 37 und der Neubau einer Doppelturhalle in der Gemeindefabrik Alt-Stralauer. Desgleichen ist die Auffockung der gewerblichen Schule in der Straßmannstraße 6 geplant. Zur Entlastung des Sportplatzes im Friedrichshain soll gleichfalls in der Laskerstraße eine großartige Sportplatzanlage mit Hochbauten geschaffen werden, damit endlich der auch hier herrschenden Not ein Ende bereitet werde. Seit Jahren ist das Bezirksamt bemüht, vom Magistrat die Bewilligung der nötigen Mittel zum Neubau eines Bezirksamtsgebäudes zu erlangen. Sämtliche Pläne hierfür liegen ausgearbeitet vor. Doch wegen der Finanznot hat der Magistrat bisher seine Zustimmung verweigert. Um nun wenigstens eine geringe Besserung herbeizuführen, soll ein Arbeitsamtsgebäude am Stralauer Platz errichtet werden. Auch dazu sind die Vorarbeiten geleistet. Bei dem starken Verkehr im Osten sind weitgehende Asphaltierungen nötig und auch die Schaffung öffentlicher Abortanlagen am Stralauer und Commensplatz wird vorbereitet. Wichtig ist ferner die geplante Verbreiterung der Warschauer Brücke, die des gerade dort vorherrschenden Verkehrs wegen schnellstens in Angriff genommen werden müßte. Das gleiche gilt für die geplante Umgestaltung des Volksparkes. Es ist erfreulich, daß im Bezirk Friedrichshain, in dem der Einfluß unserer Genossen sehr stark ist, zum mindesten der gute Wille vorhanden ist, trotz der Finanznot wichtige Arbeit im Interesse der Allgemeinheit zu leisten.

## Bezirksversammlung Pantow.

In der Bezirksversammlung vom Freitag wurde endlich die Bedarfsanmeldung für den Haushalt erledigt. Vier Bezirksversammlungen und vier Ausschüßsitzungen waren dazu notwendig. Etwa 60 Anträge fanden zur Beratung, trotzdem der Haushaltsentwurf vorher in der Finanzdeputation eingehend durchberaten war. Die KPD hatte allein mehr als 40 Anträge gestellt. Unter anderen Anträgen waren einfach nur Zahlenveränderungen vorgeschlagen, z. B. für Kohlen im Krankenhaus 35 000 M. anstatt 30 000 M. Solche Anträge wurden natürlich im Ausschüß abgelehnt. Trotzdem brachte die KPD in der Versammlung eine große Reihe von Anträgen erneut ein. Die bürgerliche Fraktion hatte beantragt, den Haushalt mit den vorgenommenen Änderungen im Ausschüß ohne Debatte anzunehmen. Die Redner der KPD begründeten jeden einzelnen Antrag unter der lebhaften Unterstützung der Tribüne. Der Vorsteher warnte wiederholt, ohne jedoch einen anderen Erfolg zu sehen, als erneute Beschimpfungen einzelner Mitglieder der Versammlung. Als schließlich sogar gejubelt wurde, ließ der Vorsteher die Tribüne zum Teil räumen. Nach dem üblichen Tumult stellte Menz

(KPD) einen Verlegungsantrag, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dem Erreichen der Schluß-Stellung nehmen zu können. Die Vertreter der anderen Fraktionen erklärten jedoch, daß sie das Vorgehen des Vorstehers durchaus unterstützen und sich schon lange über dessen außerordentliche Geduld gewundert hätten. Der Antrag wurde abgelehnt und nun verließen die Kommunisten den Saal unter Gejang der Internationale, unterföhrt natürlich von den Besuchern der Tribüne. Nun konnte der Haushalt schnell erledigt werden. Unseren Genossen gelang es, die von den Bürgerlichen erstrebte Ablehnung des Fuhrparks zu hinterziehen. Ein demokratischer Antrag verlangte die Abtrennung des Fuhrparks vom Haushalt. Der Ausschüß hatte Einsetzung eines besonderen Ausschüßes zur Prüfung des Fuhrparks beschlossen. Genosse Büttner erklärte für die Fraktion, wenn der Fuhrpark von dem Haushalt abgetrennt wird, sehen wir uns gezwungen, gegen den Haushalt zu stimmen. Darauf zogen die Demokraten ihren Antrag zurück. Unser Einspruch hatte somit einen guten Erfolg. Der Haushalt wurde nun einstimmig angenommen.

## Nochmals das Reichsmietengesetz.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Die Ausführungen des Herrn Rechtsanwalts Dr. Beck in Nr. 510 des „Vorwärts“ sind offenbar irrtümlich. Von einer „Durchbrechung des Reichsmietengesetzes“ und davon, daß in dem dort gemeinten Sinne „freie Vereinbarung über die Mietshöhe wieder möglich“ sei, kann wohl keine Rede sein.

Der Verfasser knüpft daran an, daß vor dem Mieteinigungsamt ein Vergleich über die Friedensmiete geschlossen, und daß gemäß diesem Vergleich eine Festsetzung der Friedensmiete durch das Mieteinigungsamt erfolgte. Die Beschwerdestelle hat dann den Standpunkt eingenommen, daß aus Grund eines Vergleichs eine rechtskräftige Festsetzung der Friedensmiete stattgefunden hat und daß diese Entscheidung auch dann bestehen bleibt, wenn der Vergleich selbst später beseitigt (z. B. widerrufen) wird. Dies Ergebnis ist durchaus nicht erstaunlich. Der Standpunkt der Beschwerdestelle ist selbstverständlich richtig. Die von dem Verfasser des Aufsatzes behauptete Bindung ist eine Auswirkung der Rechtskraft des Beschlusses, nicht des Vergleichs. Es ist ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, daß die Rechtskraft einer Entscheidung nicht davon abhängt, auf welchen Grundlagen die Entscheidung beruht. Diese Grundlagen können fehlerhaft sein. Ist die Rechtsmittelfrist aber ohne Anfechtung einer solchen Entscheidung abgelaufen, so kann der Bestand der Entscheidung nicht mehr unter Berufung auf die fehlerhaften Grundlagen in Frage gezogen werden. In dem vom Verfasser erörterten Falle liegt nun eine solche fehlerhaft begründete und fehlerhaft zustande gekommene Entscheidung vor. Früher geschah es häufig, daß Mieteinigungsämter die in einem solchen Vergleich festgelegte Friedensmiete ohne jegliche Nachprüfung festsetzten. Man nannte das vielfach: „den Inhalt des Vergleichs zum Beschluß erheben“. Dieses Verfahren, durch eine am Stollprophet geschulte Deutweise hervorgerufen, widerspricht nicht nur dem Geiste, sondern auch den klaren Bestimmungen des Reichsmietengesetzes. Das Gesetz verlangt ausdrücklich die Heranziehung von Vergleichsräumen und damit eine objektive Abschätzung des Mietwertes. Die Entscheidung darf also nur, wie das Kammergericht in ständiger Rechtsprechung betont, auf die Friedensmieten solcher Vergleichsräume gegründet werden. Völlig gleichgültig ist aber, wenn das Mieteinigungsamt „festzusetzen“ hat, welche Friedensmiete die Parteien jemals vereinbart haben (im Gegensatz zur „Feststellung“ der für den 1. Juli 1914 vereinbarten Friedensmiete, der echten Friedensmiete). Eine solche Vereinbarung, also auch ein Vergleich, darf auch nicht in geringsten als Entscheidungsgrundlage mit vermerkt werden. Der Sinn der Festsetzung ist, daß sie eine objektiv begründete Entscheidung darstellt, die durch den Willen der Mietparteien nicht beeinflusst werden kann.

Man sieht, daß die von Herrn Rechtsanwalt Dr. Beck behaupteten Folgen gar nicht in Frage kommen können, wenn das Mieteinigungsamt richtig arbeitet. Der Verfasser übersieht aber noch etwas anderes. Er meint, ein neuer Mieter müsse sich nun immer darüber vergewissern, ob nicht eine solche, auf Vergleich beruhende Festsetzung bestehe, da ja „logischerweise diese Festsetzung auch ihm gegenüber gilt“. Das Kammergericht hat aber in einem Rechtsentscheid, der ja bestimmtlich für ganz Preußen verbindlich ist, einen anderen Standpunkt eingenommen. Es ist der Meinung,

daß die Festsetzung nur für das Mietverhältnis gelte, für das sie erfolgt ist. Tritt also der neue Mieter in den alten Vertrag ein, so gilt die Festsetzung für und gegen ihn. Schließt er aber einen neuen Vertrag, so wirkt der Festsetzungsbeschluß für das neue Mietverhältnis nicht. Mit dieser Rechtsprechung muß also für Preußen gerechnet werden.

## Die Ernährung der Proletarierkinder.

Eines der traurigsten Kapitel in Zeiten wirtschaftlicher Not ist die Unterernährung, die Verwahrlosung, das Elend der Kinder. Zu Tausenden liegen sie in Krankenhäusern und Heilanstalten, zu Tausenden besüßeln sie Kindergärten und Schulen, in der Entwicklung zurückgeblieben, für jeden Krankheitskeim empfänglich.

Einen nur zu deutlichen Einblick in den schlechten Ernährungszustand der Arbeiterkinder Berlins gibt die von Dr. Kehler im „Jahrbuch der Ambulatorien des Verbandes der Krankenkassen Berlins“ veröffentlichte Statistik. Man hat die Gewichtswerte von 5000 Kindern zusammengefaßt, die 1924 und 1925 in den Ambulatorien behandelt wurden. Das Ergebnis, in dem nicht einmal die Kinder mit chronischen Infektionskrankheiten einbegriffen sind, war folgendes: Von den 5000 Kindern waren 3855, also 77 Proz. in bezug auf den Gewichtsurschnitt ihres Lebensalters untergewichtig. Die Zahl der unterernährten Kinder nahm vor allem bei den Knaben in den ersten Lebensjahren stark zu. Es folgte eine vorübergehende Besserung etwa im achten Lebensjahr, bei den Mädchen um das zehnte; dann aber ist ein ungeheures Steigen der Kurve bis auf nahezu 100 Proz. festzustellen. Erstaunend ist vor allem der ungeheure Prozentsatz der vierzehnjährigen, aus der Schule zur Entlassung kommenden Schüler beiderlei Geschlechts. In diesem Zustand, der sie für den Lebenskampf völlig ungeeignet erscheinen läßt, schickt man sie in die Fabriken, in Kontore und wo immer für sie eine Arbeitsmöglichkeit ist.

Gerade die Not der Kinder zeigt die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Es ist eine schwere Aufgabe, daß ein so großer Teil des Nachwuchses als gesundheitlich minderwertig bezeichnet werden muß. Für einen großen Teil dieser Kinder wäre es besser, sie hätten nie das Licht der Welt erblickt. Gerade diese Statistik ist ein wesentliches Beweisstück für die Berechtigung des Kampfes um die Aufhebung oder Abänderung des § 218. Wenn menschliches Leben heilig sein soll, dann hat die Gesellschaft auch die Pflicht, für seine gesunde Entwicklung zu sorgen. Dazu gehört eine gründliche Aenderung der Wohnungspolitik, die Sache des Reiches und nicht der Länder sein sollte. Die arme Gemeinde Wien hat ein Musterbeispiel dafür gegeben, was gerade auf diesem Gebiet geleistet werden kann. Es ist bedauernd, daß wir in Deutschland diesen Taten nichts Ähnliches an die Seite zu stellen haben.

## Neue Straßennamen im Bezirk Köpenick.

Mit Zustimmung des preussischen Staatsministeriums hat der Berliner Polizeipräsident nachstehende Straßen im Bezirk Köpenick folgendermaßen benannt: die in Berlin-Grünau zwischen Wilhelm- und Kurfürststraße gelegene Straße, die bisher im Volksmund mit „Am Port“ bezeichnet wurde, als „Parksteig“; die von der Waldburgstraße westlich des Dahlemer Platzes nach Norden abweigende Straße „Elsener“; die Straße 13 in Berlin-Köpenick „Langerhanserstraße“; die Straße 3 in Berlin-Köpenick „Fichtenauerstraße“; die Marienstraße und ihre Verlängerung bis zum Südkanal „Wendenschloßstraße“ und die Blüowstraße und ihre Verlängerung des sogenannten Schwarzen Weges in Berlin-Köpenick „Fahlenbergstraße“. Die Langerhanserstraße ist nach dem früheren Bürgermeister Dr. Langerhans, die Fahlenbergstraße nach dem bei Köpenick gelegenen Forsthaus gleichen Namens benannt worden.

Wärmehallen in Reinickendorf. Am 20. Verwaltungsbezirk sind folgende Wärmehallen eröffnet worden: Reinickendorf-Ost, Lindauer Straße, Baracke 1, Eingang vom Hof. Reinickendorf-West, Scharnweberstraße, Sportplatz, Tegel, Hauptstraße 16, Quäkertüche. Die Wärmehallen sind montags bis von 4 bis 8 Uhr nachmittags geöffnet. Der Besuch ist nur mit einem vom Wohlfahrtspfleger auszustellenden Ausweise gestattet.

## Herren-Artikel

Taghemden	leuchtiges Hemdenstück	3.50
Oberhemden	farbig, mit gestützter Brust, 1 weicher und 1 steifer Kragen, mit Umschlagmanschetten	5.90
Oberhemden	weiß, kariertes Einsteck- u. Umschlagmanschetten	6.50
Herren-Hüte	moderne Formen und Farben	4.90
Stehumlegekragen	Makro-Qualität, mod. Form	0.50
Selbstbinder	schwere Qualität, reines Zeile	1.95

## Strümpfe

Damenstrümpfe	farbig u. schwarz, Ferse und Spitze verstärkt	0.48
Damenstrümpfe	farbig u. schwarz, gute Makro-Qualität, Doppelsohle und Hochferse	0.95
Damenstrümpfe	farbig u. schwarz, prima Seidenfaser, Doppelsohle und Hochferse	1.25
Damenstrümpfe	farbig u. schwarz, reine Wolle, gute Qualität, mit Doppelsohle und Hochferse	2.45
Unterziehstrümpfe	für Damen, reine Wolle, lang, fehlerfrei	1.65
Herrensocken	einfarbig und grau, starke Qualität, Ferse u. Spitze verstärkt	0.38

Farbenkassen	mit Wasser, 16 Farben, 2 Nöpfe, ca. 36x17 cm	0.75
Teddy-Bäl	mit Stimme, ca. 37 cm	1.95
Schlafzimmer-Möbel	8 teilig, weiß lackiert	2.95

## Damen-Konfektion

Morgenjacketen	Flauschstoff m. farbiger Binde, schöne Farben	2.95
Morgenröcke	Flauschstoff, weit geschnitten, viele Farben	3.95
Kleiderröcke	gestreift od. kariert, mod. Schnitt, entzück. Muster	3.95
Pullover	aus gemusterten Stoffen, aparte Farbstellungen	5.50
Kleider	verschiedene Stoffarten, einfarbig oder gemustert, neueste Fassons	9.50

Belle-Alliance-Str. ♦ Gr. Frankfurter Str. ♦ Brunnenstr. ♦ Kottbusser Damm ♦ Wilmersdorfer Str.

# BILLIGER Weihnachtsverkauf

## Damenwäsche

Damenhemd	Trägerform m. Stidreel	1.10
Damenhemd	Reinforced mit hoher Halsabschlößerei	1.85
Hemd hose	im Rumpf gestickt, mit imit. Klöppelspitze	2.75
Nachthemd	Schlupfform, gute Stoffe, reiches Stidreelgarnierung	3.75

## Lederwaren

Portemonnaies	schl. Statten, mit Vortasche	0.95
Einkaufsbeutel	antik gepreßt	2.25
Schließbügel-Tasche	Rutolackdruck, gute Ausföhrung	4.95
Kupee-Koffer	Hartplatte, ca. 60 cm, mit Messingschiene u. 2 Patentabschlößern	6.95

## Bijouterie

Halsketten	echt Silber, mit modernen Anhängern	0.95
Ohrgehänge	verschiedene Muster, echt Silber	1.95
Blusen-Nadeln	echt Silber mit Markant und Perle	1.95
Wecker-Uhren	gutgehend	2.95

## Seifen

3 Stck. Blumenseife	im Geschenk-Karton	0.50
4 Stck. Toilette-Seife	u. 1 Flasche Kölnisches Wasser, im Geschenk-Karton zusammen	1.00
Hand- oder Stellspiegel	Celluloid, gute Qualität	0.95
Haarschneide-Maschine	Nr. 3 und 5 mm, sehr gute Qualität	1.90

## Kleiderstoffe

Pulloverstoffe	aridähnliche Muster	Meter 0.95
Hauskleiderstoffe	doppeltbreit, kräft. Qual.	Mtr. 1.10
Popeline	neue Streifen, mit kunstseid. Garn	Durchgang, Mtr. 1.25
Pulloverstoffe	mit Kunstseide	Mtr. 1.65
Tuch-Schotten	reine Wolle, aparte Stellungen	Mtr. 2.65
Gabardine	reine Wolle, ca. 130 cm, schwarz und marine	Meter 2.95
Rippensamt	neue Farbtöne	Meter 2.65

## Wirkwaren

Herren-Hemden	wollgemischt, mit Doppelbrust, 3 Größen	2.95
Herren-Hosen	wollgemischt, mit Überschlag, 3 Größen	1.95
Herren-Futterhosen	verschiedene Größen	1.95
Schlupfhosen	für Damen, farbig mit warmem Futter	1.45
Schlupfhosen	Kunstseide, für Damen, farbig, mit warmem Futter	2.95
Sportwesten	für Damen und Herren, meliert, mit andersfarbigem Besatz u. 2 Taschen	2.95

Pyramiden	8 teilig	0.50
Roiwagen	blau lackiert, reiß beständig, ca. 50 cm lang	2.95
Eisenbahn	m. Uhrwerk, hübschen Ausföhrung, 3 Personenwagen, Schienenovale, Zuglänge ca. 64 cm	2.95

## Schunwaren

Hausschuhe	f. Damen, lamellhaarartiger Stoff, mit Pompon	1.10
Umschlagschuhe	für Damen, lamellhaarartiger Stoff, mit PHS- und Ledersohle, veredelte Näht	2.65
Pantoffel	für Damen, schöne Muster, mit Pompon und Linoleumsohle	0.95
Halbschuhe	für Damen, schwarz, mit Seitengummi, mod. Form	6.90
Spangenschuhe	f. Damen, R.-Chevr., amerikan. Absatz	6.90

# JANDORE

Unsere Geschäfte sind am Sonntag, den 12. Dezember von 2-6 Uhr geöffnet



# Reichswehr, Rechtsverbände, Preussische Regierung.

## Aussprache im Landtag. — Orzeszinski über den Konflikt mit dem Oberreichsanwalt.

Der Landtag beschäftigte sich gestern nach der bereits bekannten Erklärung des Genossen Heilmann mit den Durchsuchungen bei den Führern der vaterländischen Verbände und der Denkschrift des Innenministers über die Auflösung des Bundes Wiking und des Sportvereins Olympia.

Die Kommunisten beantragten zur Geschäftsordnung, zunächst eine Reihe anderer Gegenstände zu verhandeln, die Zustände in den ostpreussischen Gefängnissen, die Stellungnahme zum Schund- und Schmuggelei, Uebergriffen im Bergbau usw.

Abg. Kuttner (Soz.): Die Herren Kommunisten scheinen Angst zu haben, daß bei der heutigen Tagesordnung auch der Munitionserlaß der Reichswehr zur Sprache kommt. (Große Heiterkeit bei den Soz. — Abg. Pies: Verlogener Schurke! — Ordnungsruf.)

Abg. Pies (Komm.) beantragt die sofortige Beratung eines Ur-antrages, nach dem die preussische Regierung Auskunft geben soll über die angeblichen Munitionsschiffe in Steint.

Abg. Heilmann (Soz.): Die Anfrage würde besser an den Reichswehrminister gerichtet. Aber wir können sie ja gern mit dem heutigen Thema verbinden. (Heiterkeit.)

Die Verbindung wird beschloffen.

Abg. Bork (Nat.): Das Verbot von Wiking und Olympia auf Grund des Versailles Friedensvertrages bedeutet, daß die Regierung dem Feindbund Material liefert. (Große Unruhe links.) Auch der Oberreichsanwalt hält das Vorgehen der preussischen Polizei für gesetzwidrig.

### Innenminister Orzeszinski:

Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß ich für die gesamte Aktion, die von der Polizei unternommen worden ist, die volle Verantwortung übernehme (Beifall links. — Hörst: Hörst rechts). In dem Augenblick, wo unter Würdigung der ganzen Sachlage die Situation sich noch einmal so gestalten würde, würde ich auch genau wieder so handeln (erneuter Beifall links. — Unruhe rechts). Gegenüber verschiedenen Debatteführungen will ich hervorheben, daß die ganze Polizeiaktion, im Rahmen der Zuständigkeit der Polizei, auf meine eigene Initiative geleitet worden ist. Wenn tatsächlich damals bei der Polizeiverwaltung Berlin und dem Ministerium des Innern ein so ungeheures Material vorlag. . . (Stürmisches Gelächter rechts, an dem sich auch Tribünenbesucher beteiligen. Ein Tribünenbesucher zeigt auf den Minister und hält seine Hand an die Stirn. — Großer Lärm links. Durch Zurufe wird die Ausweisung des Tribünenbesuchers verlangt, der offenbar den Minister beleidigen wollte. — Glocke des Präsidenten. — Der Lärm hält längere Zeit an. Die Abgeordneten stehen zahlreich um die Rednertribüne herum.) Als der Minister wieder verständlich wird, führt er aus: Soweit bei einzelnen Veronen zu Unrecht Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, habe ich in der letzten Sitzung eine entsprechende Erklärung abgegeben, die sowohl vom Abg. v. Campe wie auch vom Abg. Binkler als durchaus loyal bezeichnet worden ist. Eine weitere Erklärung habe ich nicht abzugeben. Dem Abg. Bork empfehle ich, sich das erst anzusehen, worüber er sprechen will, denn ich habe in meiner Erklärung das Vorgehen gegen alle Kreise behandelt, die zu Unrecht von den Durchsuchungen betroffen wurden. Herr Bork hat sich auch erlaubt (Zurufe rechts: erlaubt!), er hat sich erlaubt, zu sagen, gewisse Gegenstände seien bewußt aus der Denkschrift herausgelassen worden. Ich muß diese unerhörte Unterstellung auf das entschlossenste zurückweisen. Er hätte die Denkschrift richtig lesen müssen, dann hätte er gesehen, daß nichts herausgelassen war. Ich habe schon in Beantwortung der Kleinen Anfrage der Deutschnationalen darauf hingewiesen, daß der Bund Wiking keine Beschwerde eingereicht hatte. Ich muß doch verlangen, daß zum mindesten Vermahrung eingeleitet wird.

Das Verbot von Olympia beruht auf den Bestimmungen nicht nur des Republikstimmgesetzes, sondern auch des Gesetzes über die Ausführung des Friedensvertrages. Herr Bork aber sagt, dieses Gesetz sei hier zum erstenmal angewandt worden. Er hätte sich informieren können und hätte dann auch erfahren können, daß auf Grund dieses Gesetzes in Hunderten von Fällen Verbote erlassen worden sind.

Herr Bork hat weiter unter Bezugnahme auf ein Zitat der „Deutschen Zeitung“ erklärt, daß die Berliner Polizeibehörde das gesamte Material erst nach drei Monaten dem Oberreichsanwalt zugeleitet habe. (Abg. Bork (Nat.): Einen Teil des Materials!) Ich weiß nicht, woher Abg. Bork diese und andere Behauptungen hat (Sehr gut! links). Ich will nur das eine feststellen, daß alles das, was damals die Polizei als abgeschlossen angesehen konnte, bereits am 15. Mai 1926 durch besondere Boten dem Oberreichsanwalt zugeleitet ist, drei Tage danach! Der Oberreichsanwalt ist persönlich in Berlin gewesen und es haben die lokalen Verhandlungen über die Durchsuchung stattgefunden. Die Durchsuchungen haben sich durchaus im Rahmen des Zulässigen und in einwandfreien Formen bewegt. Auch Herr Bork hat anerkannt, daß an den juristischen Ausführungen im Ausschuss nichts zu erinnern sei, und hat lediglich gerügt, daß das Material nicht ausreichend gewesen sei. Das aber zu beurteilen, ist Ermessenssache der Polizei.

### Die Denkschrift.

Ich komme zur Denkschrift über das Verbot von Wiking und Olympia. Es ist auch hier gesagt worden, das Material sei nicht vollständig. Ich wiederhole, daß das nicht zutrifft; alles, was vorlag, ist gegeben worden. Es ist weiter behauptet worden, die Veröffentlichung bedeute einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren. Die Denkschrift ist aber von Ihnen (nach rechts) und von den Vertretern fast aller Parteien im Hause, auch von der Presse, immer wieder verlangt worden. Sowie Wiking in Frage kommt, bedeutet die Veröffentlichung des Materials, auch wenn Berufung eingeleitet ist, keinen Eingriff, weil die Berufungsinstanz nur eine formelle Nachprüfung vorzunehmen hat. Das wußten Sie; trotzdem haben Sie die Veröffentlichung verlangt.

Die starken Worte gegen den Inhalt der Denkschrift scheinen doch nicht auf sehr fester Grundlage zu beruhen, sondern mehr feindseligen Gefinnungen zu entspringen. Bezeichnend ist auch die Stellung der Presse. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt über die Denkschrift, die sie selbst verlangt hat, daß etwas Ungeheuerliches geschehen sei. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt am gleichen Tage, es sei festzustellen, daß sich die preussische Regierung eines Eingriffs in ein schwebendes Verfahren nicht schuldig gemacht habe. Die „Tägliche Rundschau“ erkennt die Berechtigung der Herausgabe der Denkschrift an, spricht aber von einer tendenziösen Aufmachung und unterstellt, daß ich nicht gut gehandelt hätte damit, daß ich nicht alles veröffentlicht habe. Man kann es eben nicht allen recht machen und ich habe auch nicht die Absicht. Der Minister erklärt weiter, daß Wiking bereits einmal verboten sei, ebenfalls die Vorgänger von Olympia. Um ein Gesamtbild zu geben, mußte man also historisch vorgehen.

Der Reichsminister des Innern hat dem preussischen Minister gegenüber die Genehmigung erteilt, die Auflösung auszusprechen. Es heißt ja, daß die Auflösung erfolgt durch die oberste Landesbehörde mit Zustimmung der Reichsregierung. Die Organisationen

richten sich tatsächlich gegen die Republik. Es ist doch nicht zutreffend, wie Abg. Bork sagt, daß es sich lediglich um Erziehung der Jugend handle. Es besteht kein Zweifel, daß die Absicht bestand, gewaltsam gegen Republik und Verfassung vorzugehen, und daß nicht mit schönen Worten, nicht durch das Parlament, sondern nur mit militärischen Mitteln, mit Gewalt die Zwecke erreicht werden sollten.

Der angegebene Aufmarschplan ist doch keine Spielerei, sondern ein Plan, der den Zweck verfolgte, nach rein militärischen Gesichtspunkten die Republik des Reiches oder Preußens zu belästigen und sich an ihre Stelle zu setzen. Das ist Hochverrat! (Zurufe rechts.)

Zu dem Aufmarschplan kam das Rundschreiben der Verbände, kamen deren militärische Übungen und noch anderes, so daß absolut feststand die Absicht des gewaltsamen Umsturzes. Der Oberreichsanwalt hat das Material nur insoweit als belanglos bezeichnet, als er die Zentralen dafür nicht verantwortlich gemacht hat. Das ist eben seine Einstellung zu dem Material. Gerade deshalb habe ich auch Verurteilung gegen die Aufhebung des Verbotes von Wiking und Olympia eingelegt. Mag die Entscheidung ausfallen, wie sie will; meiner Auffassung, bzw. der meines Herrn Amtsvorgängers, hat sich ja auch der Reichsminister des Innern angeschlossen. Er hat auf Grund des Gesetzes über die Ausführung des Friedensvertrages das Verbot der Organisationen ausgesprochen.

### Das Verbot bleibt auf alle Fälle bestehen.

Es haben ja Versuche stattgefunden, nach der erstinstanzlichen Entscheidung des Staatsgerichtshofes Führerführungen für Wiking und Olympia stattfinden zu lassen. Derartige Versuche werde ich mit allem Nachdruck entgegenreten. (Beifall links.) Gegen diejenigen sogenannten Führer, die geglaubt haben, trotz des Verbotes durch den Reichsinnenminister zusammenkommen zu können, ist ein Strafverfahren eingeleitet, und es ist sehr nachdrücklich nahegelegt worden, solche Spielereien in ihrem Interesse zu unterlassen. (Rufe b. d. Volk.: Spielereien, na also! — Rufe b. d. Soz.: Ein Spiel mit dem Feuer!)

### Das Schreiben des Oberreichsanwalts.

In der „Deutschen Zeitung“ wird mir der Vorwurf gemacht, daß ich absichtlich gegen gesetzliche Vorschriften gehandelt hätte. Es wird dabei zitiert ein Schreiben des Oberreichsanwalts an mich, wonach der Oberreichsanwalt allein berufen und imstande sei, die Untersuchung über hochverräterische Unternehmungen so zu führen, daß eine Beunruhigung im Innern vermieden und die Wahrheit festgestellt wird. (Sehr gut! b. d. Volk.) Ich bedaure ganz außerordentlich, daß der Oberreichsanwalt in die Debatte hineingezogen wurde. Ich bin aber nunmehr genötigt, auf den Ausgang seiner Behauptung gegen den damaligen Berliner Polizeipräsidenten hinzuweisen. Vom Oberreichsanwalt wurde mir, als damaligem Polizeipräsidenten von Berlin, der Vorwurf gemacht, daß ich in einer Memoranda angelegentlich Ermittlungen angestellt, bzw. Zeugen vernommen hätte, ohne deren Ergebnis dem Oberreichsanwalt zuzuleiten. Das ist der Anlaß zu dem erwähnten Brief des Oberreichsanwalts. Ich weiß nicht, wer die „Deutsche Zeitung“ in Kenntnis von diesem Schreiben gesetzt hat. Ich weiß auch nicht, ob die „Deutsche Zeitung“ den ganzen Schriftwechsel kennt; vielleicht hätte sie das Zitat dann nicht gebracht. Jedenfalls bin ich nunmehr genötigt, den Brief des Oberreichsanwalts völlig vorzulesen, ohne Rücksicht auf Geheimhaltung, die vielleicht sonst geboten wären. Das Schreiben datiert vom 1. April.

Der Minister verliest dann den Brief, worin der Oberreichsanwalt mitteilt, die Vandsberger Femeordakten seien bei ihm eingegangen. Er habe dabei ein Vernehmungsprotokoll des Kriminalkommissars Dr. Stumm über Angaben des Zeugen Wilhelm von Albert gefunden und ersuche um Aufklärung darüber, wie dieses Vernehmungsprotokoll zustande kam. Es folgt dann in dem Schreiben das durch die „Deutsche Zeitung“ veröffentlichte und bereits erwähnte Zitat. Unter dem 29. April habe ich, so führt der Minister weiter aus, als Polizeipräsident von Berlin dem Oberreichsanwalt geantwortet. Es heißt in diesem Briefe, den der Minister wörtlich verliest, u. a.: Ende Dezember 1925 teilte der Schriftleiter einer Zeitung der Polizei fernmündlich mit, daß ein früheres Mitglied der Schwarzen Reichswehr, v. Albert, wichtige Angaben über neue Femeorde machen wolle. Albert sei durch Kriminalkommissar Dr. Stumm und später auch durch den Untersuchungsrichter in Vandsberg eidlich vernommen worden.

Eine Uebersetzung dieser Zeugenaussage an den Oberreichsanwalt durch das Polizeipräsidium Berlin sei nicht in Frage gekommen, weil dies Sache der zuständigen Staatsanwaltschaft gewesen wäre.

Als durch die Zeugenaussagen klar festgestellt worden sei, daß die Schwarze Reichswehr bereits Anfang 1923 hochverräterische Absichten verfolgte und daß die Femeorde auf die Furcht vor Entdeckung dieser Pläne zurückzuführen (sienen, wäre das gesamte Material dem preussischen Justizministerium vorgelegt worden. Die Aussagen der hierüber vernommenen Zeugen seien den einzelnen Staatsanwaltschaften übergeben, die dem Oberreichsanwalt berichten müßten. — Daraus ergibt sich, so führt der Minister aus, daß die Polizei einwandfrei gehandelt hat. (Sehr wahr! links.) Ich habe das Material damals dem Minister des Innern gegeben, der es dem Reichsjustizminister weiterleitete. Das Schreiben des damaligen Innenministers Severing an den Reichsjustizminister, das ebenfalls verlesen wird, befaßt u. a.: Die Tätigkeit der Polizei bei Aufklärung der Femeorde erschöpft sich in der Ermittlungsarbeit und deren Befanntgabe an die zuständige Staatsanwaltschaft.

Für die vom Oberreichsanwalt geforderte unmittelbare Uebersetzung ist kein Raum. Ist mir das Schreiben des Oberreichsanwalts schon hiernach unverständlich, so kann ich seine Auffassung, er allein sei über alles, was im Reiche auf Umsturzpläne hinfiele, unterrichtet und könne bei der Verfolgung dieser Dinge allein die Verhandlungen so leiten, daß der laicere Friede gewahrt wird, keinesfalls un widersprochen lassen.

Es pflegt stets geraume Zeit zu dauern, bis eine auf Umsturz abzielende Bewegung feste Formen angenommen hat. Der Oberreichsanwalt erhält erst dann Kenntnis von den Dingen, wenn die Polizei vorher die Ermittlungen durchgeführt hat. Die primäre Tätigkeit liegt bei der Polizei.

Ich als Vorgesetzter sämtlicher preussischer Behörden, so hieß es in dem Schreiben Severings an den Reichsjustizminister weiter, bin für meinen Amtsbereich allein und viel genauer über sämtliche Umsturzpläne unterrichtet als der Oberreichsanwalt (Zurufe rechts: Nichts habt Ihr gefunden!). Wenn der Oberreichsanwalt schließlich sich allein für sähig erachtet, die Untersuchung so zu führen, daß jede innere Unruhe vermieden wird, könnte darin die Feststellung gesehen werden, der Polizeipräsident von Berlin habe innere Unruhe verursacht. (Sehr wahr! rechts.) Gegen eine derartige Behauptung müßte ich nachdrücklich Vermahrung einlegen.

Im übrigen übt der Oberreichsanwalt eine Kritik, die ihm nicht zukommt. Ich wäre dankbar, wenn dortselbst dem Oberreichsanwalt die erforderlichen Eröffnungen gemacht werden.

Abchrift dieses Schreibens hat der Oberreichsanwalt unmittelbar erhalten. Bezeichnet ist dieses Schreiben Severings: „In Vertretung: Weiser.“ (Hörst hört links und große Heiterkeit.) Der Minister führt weiter aus: Ich bedaure diesen Schriftwechsel ganz außerordentlich und bedaure, daß ich ihn vorlesen mußte. Ich befand mich aber in einer Abwehrstellung, weil Zitate wiedergegeben wurden, die einen anderen als den richtigen Eindruck erwecken sollten. Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß ich in der Abwehr kräftig zuhause. Der Reichsjustizminister hat auf das Schreiben des preussischen Innenministers am 24. August erwidert: „Dem gest. Schreiben glauben wir entnehmen zu dürfen, daß der Polizeipräsident in Berlin die ihm gemordenen vertraulichen Mitteilungen des v. Albert über hochverräterische Umtriebe dem Oberreichsanwalt nicht mitteilte, weil er diesen Dingen keine Bedeutung beimah. Bei dieser Sachlage glaube ich, unter Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Bestimmungen, auf eine weitere Erörterung dieser Sache verzichten zu können“ (Lärm und Gelächter rechts). Das heißt, daß der Reichsjustizminister dem Oberreichsanwalt auf seine Angriffe gegen die Polizei kein Recht gibt, sondern diese Angriffe durch das Schreiben des preussischen Innenministers als erledigt betrachtet. Die Angriffe gegen die Polizei sind also unberechtigt. Die Polizei hat getan, was sie nach Lage der Sache tun mußte. Es liegt kein Anlaß vor, irgendeinem Polizeibeamten wegen der Art seines Vorgehens irgendeinen Vorwurf zu machen. Das, was geschehen ist, mußte geschehen und wird auch immer wieder geschehen, solange ich auf diesem Platze stehe. (Lebhafte Beifall links, Zischen rechts.)

### Abg. Kuttner (Soz.):

Die Deutschnationalen fordern zweierlei Recht, eines für die „hochangesehenen Persönlichkeiten“, das andere für die übrige anonyme Masse. Natürlich wird das Sonderrecht nur dem ausgebilligt, der kräftig ins Deutschnationale Horn stößt. Wenn Herr Dieß und Hochmeister Mahraun, die früheren Deutschnationalen, geturnt und geturnt hätten, wenn sie mit General Watter die Verteidigungslinie an der Elbe gezogen und mit dem Bund für Freiheit und Recht in die Katastrophe hineingemarschiert wären, dann gehörten sie auch heute noch zu den „hochangesehenen“, bei denen um so weniger gelauscht werden darf, je verrückter und staatsgefährlicher die Pläne sind. Aber weil sie gegen den Wahnsinn sich gewehrt haben, sind sie heute nur noch „ein Mensch wie Dr. Dieß“. Die ganze Unsicherheit und Beunruhigung rührt von dem Geheimspiel der Reichswehr her, von der berüchtigten Tarnung. Mahraun sagt in seiner Denkschrift mit Recht, daß der getarnte Organismus notwendig der Politisierung und Radikalisierung anheimfallen mußte.

Zu dem getarnten Organismus der Reichswehr gehörten in erster Linie Wiking und Olympia. Olympia konnte seinen Mitgliedern mitteilen, daß alle Mitglieder des Bundes ab 1. Januar 1924 in der Reichswehr ausgebildet würden.

Bei den Friedhofshändlern in Erfurt fand die Polizei umfangreiche Waffenlager der Reichswehr. Die rechtsradikale Einstellung dieser Leute war der Reichswehr bekannt. Sind die Friedhofshändler wegen ihrer guten Beziehungen zur Reichswehr jetzt begnadigt worden?

Die Breslauer Polizei hat bei der Reichswehr angefragt, ob ein Waffenlager in Dittmachau ihr gehöre. Die Antwort lautete verneinend; bei der Hausdurchsuchung wurden keine Waffen gefunden, wohl aber ein Brief der Reichswehr an den Vorsitzenden des Dittmachauer Stahlbundes, die der Reichswehr gehörigen Waffen möchten anderweit verstaft werden, weil die preussische Polizei davon erfahren habe. (Lebhaftes Hörst, Hörst!) In Baden sind die Führer der vom Innenminister verfolgten Organisation von Damm vom Gericht freigesprochen worden, weil sie nachgewiesen hatten, daß sie ihre verbotene Tätigkeit lediglich im Auftrag der Reichswehr ausgeübt hätten. Natürlich werden alle diese Tatsachen demontiert; denn der deutsche Offizier läßt zwar nicht, aber er demontiert! (Heiterkeit.) Aber wenn die Reichswehr ihren Heereserfolg nur von der äußersten Rechten nimmt, nimmt sie dafür ihren Granatenerfolg von der äußersten Linken. (Heiterkeit. Große Unruhe bei den Kommunisten.)

Das Zusammenwirken von Sowjetrußland und Reichswehrstellen kann gar nicht bestritten werden. (Oh! bei den Kommunisten. Die Kommunisten haben von der Reichswehr das Demontieren gelernt. (Heiterkeit.)

Aber Herr Tschischnerin hat ja erst vor wenigen Tagen erklärt: „Auf die Festigkeit der Bande zu Deutschland kann ich mich verlassen.“ Diese Bande heißen Geyu und Wiko, die Herren Kommunisten mögen Tschischnerin fragen, was das bedeutet. Im übrigen könnte ich über dieses Thema noch sehr viel sagen, wir möchten aber erst abwarten, was Herr Geyler überhaupt befreitet. Jedenfalls müßte die staatl. Organe den Wahnsinnsplänen der Rechten rechtzeitig das Visier abwischen und wir wollen es dem Ministerium des Innern danken, wenn es weiter wie bisher die Augen offen hält. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Goebel (Z.) hält die vorgenommenen Hausdurchsuchungen juristisch für berechtigt.

Abg. Pies (Komm.): Die Sozialdemokraten führen einen Scheinkampf vor. Sie wollen nur ablenken von dem ungeheuren Erfolg des Kongresses der Werktätigen. Die Mitteilungen über die Flugzeugfabrik von Junkers sind richtig.

Abg. Orzeszinski erklärt gegenüber dem Abg. Bork, das Verfahren gegen Ehrhardt wegen Verleitung zum Meißel sei deshalb eingestellt worden, weil Ehrhardt auch hier politische Gründe zu seiner Entlastung angegeben habe. Die Hausdurchsuchungen seien nicht deswegen vorgenommen worden, weil Dr. Dieß gewisse Personen verdächtigte. Die Durchsuchungen seien vielmehr aus anderen Gründen geschehen.

Abg. Gödel (Z.) betonte, daß man die Hausdurchsuchungen lediglich von dem Gesichtspunkt aus betrachten müsse, ob die Voraussetzungen für sie gegeben waren. Man könne aber bei der damaligen Sachlage den Polizeibeamten keineswegs den Vorwurf der Pflichtverletzung machen, denn sie seien zu einem Vorgehen verpflichtet gewesen, da der Bestand des Staates gefährdet schien.

Abg. Pies (Komm.) erklärt: Ueber die Enthüllungen des Funkeinzelmannes Kuttner könne man nur lächeln, ebenso wie über die Hege des „Vorwärts“, der den Arbeitern vergeblich weismachen wolle, daß Sowjet-Rußland sie in Streiks heizen wolle und daß Sowjet-Rußland der deutschen Reichswehr Waffen leiere. Diese vom „Vorwärts“ in verkehrter Weise erfundenen Sowjet-Granaten sollten nur ein Ablenkungsmanöver sein angesichts der Tatsache, daß der Kongress der Werktätigen gezeigt habe, daß die proletarische Einheitsfront ständig wachse. Die „Enthüllungen“ der Sozialdemokraten seien lediglich Enthüllungen ihrer eigenen Schande.

Um 1/2 7 Uhr verläßt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr.



# „DAZ.“ - Affäre im Reichstag.

Sozialdemokratie für Journalistengesetz.

Im Reichstag gab gestern vor Eintritt in die Tagesordnung der Präsident davon Kenntnis, daß die staatskommunistischen Abgeordneten Urbahn, Frau Golke (Ruth Fischer), Schölem, Schüh und Schwan einen Urlaub von 10 Tagen für eine Reise nach Rußland erbitten haben. Dieser Urlaub wird unter lebhafter Heiterkeit des Hauses bewilligt. Die 5 kommunistischen Abgeordneten reisen nach Moskau, um sich vor dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale wegen ihrer „Verräterei“ zu verantworten. Der sechste Angeklagte Maslow macht die Reise nicht mit, wohl aus dem Grunde, weil er als russischer Staatsangehöriger auf keine Wiederkehr nach Deutschland rechnen darf, während sich die fünf anderen auf den Schutz der deutschen Behörden verlassen.

Einige kleinere Vorlagen werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Bei den Gesetzentwürfen zur weiteren Verlängerung des Gesetzes zur Entlastung des Reichsgerichts und über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armenlasten wendet sich

Abg. Rojewski (Soz.)

dagegen, daß diese Vorlagen so kurz vor der Vertagung des Hauses eingebracht worden seien. Dadurch sei es nicht möglich, die Gesetzentwürfe ruhig durchzuarbeiten. Die Sozialdemokratie trete für eine weitgehende Verbilligung der Rechtspflege und der Anwaltsgebühren ein. Bei der zweiten Vorlage handelt es sich aber um die Frage, ob die Beschränkung in Armenlasten aufrecht erhalten, ob ein Gesetz bestehen bleiben soll, durch das die Abwälzung der Armenlasten auf die Rechtsanwaltschaft möglich ist. Der Redner beantragt die Ueberweisung an den Rechtsausschuß.

Das Haus stimmt dem zu.

In der fortgesetzten Beratung des

## „Sofort“-Programms für den Osten

beim Nachtragset des Reichsministeriums des Innern verlangt Abg. Dr. Oberlothen (Dnat.) eine umfassende wirtschaftliche und kulturelle Förderung für das Grenzgebiet Schleswig-Holstein. Wenn im Rahmen des vorliegenden Programms diese Hilfe nicht geleistet werden könne, dann müsse wenigstens für die nächste Zukunft eine Zusage des Innenministers erwartet werden.

Abg. Barfshat (Dnm.) schildert die wirtschaftlichen und kulturellen Notstände in Ostpreußen. Die Abtrennung vom übrigen Reichsgebiet durch den polnischen Korridor habe schwere Schäden im Gefolge. Wenn jetzt endlich der besonderen Not Ostpreußens Rechnung getragen werden soll, dann dürfe dieses Reformprogramm nicht durch alle möglichen Wünsche für andere Landesteile gefährdet werden.

Abg. Blum (Z.) erkennt an, daß durch die Tätigkeit des Reichsgesundheitsamts die Lungenpest zum Verschwinden gekommen sei, bei der Raus- und Klauenpest sei das leider noch nicht gelungen. Der Redner begründet einen Antrag, wonach für diese Zwecke größere Mittel bewilligt werden sollen.

Abg. Kube (Dö.) stimmt dem sozialdemokratischen Antrage auf Berücksichtigung Sachsens zu, er wünscht aber auch Hilfe für die Ostgebiete Bayerns.

Abg. Krähig (Soz.)

begründet einen sozialdemokratischen Antrag, wonach für Sachsen, wo besonders das Erzgebirge schwer zu leiden habe, 3 Millionen für soziale und kulturelle Zwecke bewilligt werden sollen.

Abg. Torgler (Komm.) stellt den Antrag, für die Arbeiter-Turn- und Sportvereine in Leipzig 700.000 M. zu bewilligen, im Falle der Ablehnung dieser Forderung beantragt er den Betrag von 400.000 M.

Abg. Mittelmann (Dsp.) wünscht, daß man nicht immer von national gefährdeten Gebieten spreche, da dadurch die Kreditfähigkeit dieser Provinzen gefährdet werde. Die hier eingebrachten Zusätze müßten erst im Ausschuß eingehend beraten werden.

Abg. Pfeiler (Bsp.) vertritt eine Versicherung der Reichsregierung, besonders des Reichsfinanzministeriums, wie sie sich zu den Mehrforderungen stellen. Man könne in Bayern nicht denken, wenn es nunmehr auch für seine gefährdeten Grenzgebiete Zusätze verlange. Der Redner beantragt, das ganze Kapitel an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Der Antrag auf Zurückweisung von je 2 Millionen an Schleswig-Holstein und Bayern wird angenommen, ebenso von 3 Millionen an Sachsen. Im übrigen wird der Titel nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Die Endsumme dieses Titels hat sich von 41 auf 48 Millionen erhöht.

Es folgt die 2. Beratung des Nachtragset für das auswärtige Amt.

## Abg. Stampfer (Soz.)

erörtert die Angelegenheit des Kaufs der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ durch die Reichsregierung, die im Ausland und auch im Inlande verhängnisvoll beurteilt worden hat. Der Redner warnt vor der verhängnisvollen Auffassung, als ob die Presse lediglich das Objekt und das Werkzeug der Politik sein sollte. Diese Auffassung hat im Vorkriegsstaat bestanden, sie ist des Volksstaats unwürdig. Im Volksstaat soll die Presse ein selbständiges Organ des geistigen Lebens der Nation sein, eine freie Institution zur Wahrung der öffentlichen Interessen. Bei dem Verkauf einer Zeitung gerät der ehrenhafte Journalist in einen schweren Konflikt; er muß wählen zwischen dem Brot für seine Kinder und der Betretung seiner Ueberzeugung. Ein solcher tragischer Fall für den journalistischen Beruf hat sich im Jahre 1920 ereignet, als Hugo Stinnes die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von Reimar Hobbing übernahm und die Haltung des Blattes grundsätzlich änderte. Es ist bekannt, daß in einzelnen Ländern die Staatsgewalt sich der gesamten Presse bemächtigt hat und jede freie Meinung unterdrückt. Hier wird niemand der Meinung sein, daß das zur Nachahmung reizen könne. Meine Partei darf es sich als historisches Verdienst anrechnen, eine solche Entwicklung bei uns verhindert zu haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber nicht ver-

hindern konnten wir eine andere Entwicklung sehr bedenklicher Natur. In der Kriegs- und Nachkriegszeit ist die wirtschaftliche Grundlage eines erheblichen Teils der deutschen Zeitungen wankend geworden. Interessierte Kapitalisten stützten sich auf diese notleidend gewordenen Blätter. Diese Kapitalisten haben besser den Wert der Presse verstanden als manche Vertreter der Republik. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie machten die Zeitungen zu Objekten ihres eigenen ziellosen Herrscherswillens. Hätte sich damals eine Regierung gefunden, die derartigen Einflüssen der Interessenpolitik entgegengetreten wäre, sie hätte bei uns Verständnis gefunden. Der Fall der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ steht aber auf einem anderen Blatt. Die preussische Regierung hat die Druckerei, die Reichsregierung das Blatt in ihr Eigentum übernommen, ohne daß das geringste an der Richtung der Zeitung geändert worden wäre.

Es blieb die Einstellung zwischen ganz rechts und halbrechts, es blieb die scharfe Bekämpfung dessen, was links von der Deutschen Volkspartei steht, es blieb die Bekämpfung der preussischen Staatsregierung. Und diese Bekämpfung wurde bezahlt von der Reichsregierung. (Hört, hört, von den Soz.) Es blieben auch die Indiskretionen aus dem Ausschuß und auch sie wurden von der Reichsregierung bezahlt.

Es wird niemand behaupten können, daß die Regierung in dieser Angelegenheit besonders geschickt und erfolgreich vorgegangen ist. Entweder wollte die Reichsregierung aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ein Organ für sich machen, das ist ihr nicht gelungen. Oder sie wollte sich ritterlich zeigen und das Blatt vor einem Weiterverkauf schützen, dann hat sie ihre Ritterlichkeit an ein wenig würdiges Objekt verwendet. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Reichsregierung wird von ihrer Verantwortung in dieser Angelegenheit nicht dadurch frei, daß sie den Fall als ein reines Geschäft behandelt und das Blatt an einen Beliebigen veräußern will. Der schwerste Vorwurf, der gegen sie zu richten ist, besteht darin, daß sie die Redaktion und den Verlag in voller Unkenntnis darüber gelassen hat, was vorgegangen war. Redaktion und Verlag haben erklärt, daß sie von dem Verkauf des Blattes an die Reichsregierung nichts gewußt hätten.

Mit dem geheimen Kauf dieses Blattes hat die Regierung eine Sünde gegen die Seele der Presse begangen. Sie hat aber auch einen Vorstoß gegen das Vertragswerk vom 9. Januar d. J. begangen, das zwischen den deutschen Redakteuren und den Verlegern zustande gekommen ist.

Der Redner weist darauf hin, daß nach § 14 des Normaldienstvertrages für Redakteure der geheime Kauf der Zeitung einen Restoß gegen das Vertragswerk darstellt. Wir dürfen die hier drohende Gefahr nicht unterschätzen. Es wird auf solche Weise ein Landeszuchtum der Presse herangezogen und die Korruptionierung des öffentlichen Lebens gefördert. Der von den Deutschnationalen im Ausschuß gestellte Antrag, wonach die Regierung im künftigen Etat eine Nachweisung über ihre Ausgaben für diese Zwecke geben soll, genügt uns nicht. Wir wollen nicht nur feststellen, wie weit die deutsche Regierung an Presseunternehmungen beteiligt ist, wir wollen auch wissen, wie weit die Teilnahme des deutschen und des ausländischen Kapitals an deutschen Zeitungsunternehmungen geht. Wir schließen uns deshalb der Forderung an, die Dr. Dooisat in der „Germania“ aufgestellt hat auf Offenlegung der Besitzrechte an der deutschen Presse. Jeder Redakteur muß genau wissen, wer hinter seinem Blatte steht und welche Zwecke mit ihm verfolgt werden. Wir unterstützen diese Forderungen auch in bezug auf das zu schaffende deutsche Journalistengesetz, das die Stellung des Journalisten als Vertreter öffentlicher Interessen gesetzlich festlegen und ihn für den Fall eines Richtungswechsels seines Blattes von seinen Pflichten gegenüber diesem Blatt befreien und ihn entschädigen muß. Ein erheblicher Teil dieser Forderungen ist schon verwirklicht, nämlich im österreichischen Journalistengesetz, das dank der Initiative unserer österreichischen Parteifreunde entstanden ist. Wir können hier praktische Anschlußpolitik treiben, indem wir uns den Österreichern anschließen und eine Rechtsgemeinschaft auf journalistischem Gebiet schaffen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Zum Schluß lassen Sie mich das eine sagen: Wenn ich als Sozialdemokrat für die Wünsche und Forderungen meiner bürgerlichen Berufskollegen eintrete, so tue ich das in dem Bewußtsein für das Recht der freien Meinungsäußerung, also für das höchste Recht der Allgemeinheit, einzutreten. Es ist eine Ironie der Weltgeschichte:

der Journalist, der mit seiner Ueberzeugung auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung steht, ist, wenn er ein ehrenhafter Mann bleiben will, gezwungen, ein entschiedener Gegner des Kapitals zu werden in dem Augenblick, in dem er seine eigene Unabhängigkeit und geistige Freiheit verteidigen will.

Auch das ist ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit, ein Kampf zwischen Geld und Geist. In diesem Kampf haben die Arbeiter des Geistes Anspruch auf den Schutz des Gesetzes, Anspruch auf den Bestand aller, die da wollen, daß dem Volke sein geistiges Brot von reinen Händen gereicht wird. Wer mit uns erkennt, was hier auf dem Spiele steht, der muß mit uns eintreten für die Unabhängigkeit des Journalistenstandes und die Freiheit der Presse. (Beif. Beifall! b. d. Soz.)

Abg. Kube (Dö.) erklärt sich mit den Ausführungen Stampfers einverstanden und beantragt, die Weiterberatung auszusagen, bis irgendein Vertreter des Auswärtigen Amtes vor dem Reichstag erscheine.

Abg. Stoeker (Komm.) beantragt, den Reichskanzler an Stelle des in Genf weilenden Reichsaussenministers herbeizuzufordern. Dieser Antrag wird gegen die Kommunisten und Böhmschen abgelehnt.

Der völkische Antrag auf Aussetzung der Weiterberatung wird angenommen. Um 4 Uhr verläßt das Haus auf Freitag, 3 Uhr. Nachtragset des Reichswehrministeriums.

daß auch selbst solche Arbeiter, die schon arbeitslos sind, sich sträuben, in der Metallindustrie Arbeit anzunehmen und die in Arbeit Stehenden sich lieber heute als morgen die Erwerbslosigkeit wünschen!

Die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsintensität kann mit solchen schändlichen Löhnen wirklich nicht erhalten, viel weniger noch gefördert werden. Wenn die Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie nicht ganz verkommen sollen, dann müssen ihre Löhne gründlich revidiert werden.

Nach einer eingehenden Aussprache, in der erschütternde Bilder über den Zerfall jeglichen Familienlebens der Transportarbeiter aufgerollt wurden, beschloffen die Funktionäre einstimmig, das Metallkartell zu beauftragen, das bestehende Lohnabkommen zum 31. Dezember zu kündigen. Die Forderungen soll die Verhandlungskommission aufstellen und den Metallindustriellen bei der Verhandlung unterbreiten.

Genosse Fromke ermahnte die Funktionäre zum Schluß, durch eine rege Agitation in den Betrieben die leider noch in großer Zahl der Organisation abseits Stehenden für die Organisation zu gewinnen, damit den Forderungen auch der notwendige Nachdruck verliehen werden kann. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat mit seiner verbrednerischen Lohnpolitik bewiesen, daß ihm Menschenleben und Menschenglück nichts sind, der Profit alles ist.

## Gefährdung des Privatkapitals verboten!

In Sowjetrußland.

(E.D.) Der Allrussische Zentralrat des Gewerkschaftsverbandes der UdSSR hat an alle gewerkschaftlichen Organisationen ein Rundschreiben gerichtet, in dem eingehend dargelegt wird, in welcher Weise sich die gewerkschaftlichen Verbände auf den privaten Fabriken und Konzessionsunternehmen betätigen sollen. Die Hauptaufgabe der gewerkschaftlichen Verbände auf diesen Unternehmen besteht — so heißt es in diesem Rundschreiben — „in der Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten und in deren Erziehung zum Klassenbewußtsein“. Ferner wird den Gewerkschaftsorganen vorgeschrieben, den Versuchen der Fabrikbesitzer, Unehiligkeit in die Reihen der Arbeiter und Angestellten durch Gewährung materieller Privilegien an verschiedene Gruppen hineinzufragen, Widerstand zu leisten. Besondere Aufmerksamkeit mußte hierbei dem jüngeren technischen Personal gewidmet werden, auf das die Unternehmer am leichtesten Einfluß gewinnen könnten.

Bei Aufstellung von Forderungen aller Art an die Besitzer von privaten Fabriken und Konzessionsunternehmen sind die Gewerkschaftsverbände verpflichtet, sich solcher Forderungen zu enthalten, die eine Liquidation des Unternehmens zur Folge haben könnten. Die gewerkschaftlichen Verbände dürfen ebensowenig die Einführung veredelter Arbeitsmethoden auf den Konzessionen hindernisse in den Weg legen.

Dieses Rundschreiben der russischen Gewerkschaftszentrale muß den kommunistischen Fraktionsrednern immer wieder um die Ohren geschlagen werden. In Rußland, wo angeblich die Arbeiter und Bauern herrschen, ist es den Gewerkschaften verboten, in den Privatbetrieben — nicht etwa in den staatlichen — Forderungen zu stellen, die dem Privatkapital gefährlich werden könnten. So wird in Rußland, dem gelobten Lande des Bolschewismus, das Privatkapital bekämpft!

In Deutschland aber sind alle verantwortlichen Gewerkschaftsführer „Verräter“, wenn sie sich nicht mehr vornehmen, als die Arbeiterkraft die Kraft hat, auch wirklich durchzusetzen. Im kapitalistischen Deutschland hehen die Bolschewisten die Arbeiter in Niederlagen hinein. Im „Arbeiter- und Bauernstaat“ Rußland binden die Bolschewisten den Arbeitern die Hände, damit sie den Kapitalisten nur nicht zu wehe tun. Hier wie dort — mit verteilten Rollen — sind sie die Streikgugelhalter des Privatkapitals.

## Der Leidensweg einer Arbeiterin.

Von einem Betriebsrat eines Berliner Großbetriebes wird uns geschrieben:

Am 10. Juli erlitt die Arbeiterin D. in der Stanzerei einen Unfall dergestalt, daß sie mit dem Mittelfinger unter die Stange und ihr das Kniegelenk breitgequetscht wurde. Nach zehnwöchiger Krankheit meldete sich die Arbeiterin wieder zur Arbeit, mußte diese aber nach ein paar Tagen wieder einstellen, weil sie beim Zugehen an dem verletzten Finger große Schmerzen hatte. Von ihrem behandelnden Arzt wurde sie arbeitsunfähig geschrieben.

Die Betriebskrankenkasse lehnte eine Bezahlung des Krankengeldes ab mit der Begründung: diese Erwerbsunfähigkeit ist die Folge eines Unfalles und daher ist die Unfall-Versicherungsgenossenschaft für die Zahlung des Krankengeldes nach der Reichsversicherungsordnung heranzuziehen, und schickte die Arbeiterin nach dieser Stelle hin. Hier wurde die Arbeiterin von dem Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft für voll erwerbsfähig erklärt, die der Arbeiterin einen Bescheid zugehen ließ dahingehend, daß die Berufsgenossenschaft auf Grund des Gutachtens ihres Vertrauensarztes eine Entschädigung ablehne, die Arbeiterin könne aber gegen diesen Bescheid Beschwerde beim Oberversicherungsamt einlegen.

Die Arbeiterin ging nun zu ihrem behandelnden Arzt und bat um ein Attest. In diesem erklärte nun der Arzt, daß die Verletzung für ihren Beruf erwerbsunfähig sei, daß die Besetzung dermaßen hindernd wirke, daß man die ganze Hand als ausgeschaltet betrachten müsse. In einem anderen Bescheid sei die Verletzung mindestens 30 Prozent erwerbsunfähig. Mit diesem Gutachten will nun die Arbeiterin versuchen, ihre Rechte beim Oberversicherungsamt geltend zu machen.

Wer zahlt aber der Kranken in dieser Zeit Unterstützung? Beide Instanzen weigern sich. Die Arbeiterin muß einstecken die Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin in Anspruch nehmen, um nicht zu verhungern.

Aus diesem traurigen Erlebnis möge die Arbeiterschaft lernen. Fordert Schutzvorrichtungen, achtet darauf, daß die vorhandenen Schutzvorrichtungen gebraucht werden. Sorgt durch Eintritt in die freien Gewerkschaften und SPD, dafür, daß die Gesetze so gestaltet werden, wie sie im Interesse der Arbeiterschaft sein müssen.

## Die Rache.

Vor einigen Tagen berichteten wir über die Ausbeutung von Gelellen und Verkäuferinnen durch den Fleischmeister Ph. Greif, Schöneberg, Eberstr. 8 (nicht Steinstraße), der sein Personal 12 bis 14 Stunden pro Tag arbeiten läßt.

Der Bericht brachte nicht etwa eine Milderung der gerügten Mißstände. Herr Greif ist „Herr im Hause“. Er entläßt kurzerhand den Gelellen, weil er nur neues Personal in seinem Betrieb haben will. Mit neuen Leuten geht der alte Skandal dann ruhig weiter.

## Die Bergarbeiter in Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 9. Dezember. (M.B.) Der allgemeine Kongreß, der, wie bereits angekündigt, gestern abgehalten wurde, um über die letzten Lohnverhandlungen zu beraten, faßte den Beschluß, eine Streikaktion vorzubereiten, wenn der Schlichtungsausschuß den Lohnforderungen der Bergarbeiter nicht in vollem Ausmaß Rechnung tragen sollte.

## Achtung, Affordmurer des Deutschen Bauergewerksbundes, Baugewerkschaft Berlin.

Am Montag, 12. Dezember, gleich nach Arbeitsbeginn, findet in dem Arbeiter-Feiern, Sandberger Str. 31, eine Versammlung der Affordmurer mit wichtiger Tagesordnung statt. Die Kollegen Betriebsleiter werden ersucht, die Kollegen Affordmurer auf die Versammlung hinzuweisen.

Der Betriebsleiter.

Die Gewerkschaftsjugend. Heute, Freitag, 7½ Uhr, tagen die Gruppen: Oberkammerberg, Gruppenheim Jugendheim Bauernstr. 3 (Köster Soel). Vortrag: Die Bedeutung — des Wirtes der RWZ. — Fernwappeler; Gruppenheim Juvenalium Sandstr. 11. Eds. Scherzschütz. Vortrag: Die proletarische Jugendbewegung. — Reppelstieg; Gruppenheim Södt, Jugendheim Lützowstr. 46. Vortrag: Weitere Calladen aus dem Gewerkschaftslager. — Webling 1. Gruppenheim Sandstr. Webling, Gerichtstr. 60-61. Ausprobieren: 1. Std. Arbeit — 6 Std. Erholung — 8 Std. Schlaf.

Stammgruppe des RWZ. Heute, Freitag, 7½ Uhr, tagen folgende Vereine: Oberkammerberg, Gruppenheim Sandberger Str. 31 (Rimmer 8). Vortrag: Das Problem „Das neue Volkstum“ (Witz Redenbach). — Gruppenheim Kalla-Bianca-Str. 7-10. Uebungsabend zur Weihnachtsfeier. — Webling: Juvenalium Sandstr. 11. „Mattheusliche Dichtungen“ (Rahm). — Webling: Am Sandstr. 11. „Mattheusliche Dichtungen“ (Rahm). Gewerkschaft Deutscher Holzgewerkschaften und Holzhandwerker, Berlin. Nächste Sitzung morgen, Sonntag, im Rathaus, Zimmer 33, pünktlich 8 Uhr. Rechnung des Vorstandes, Reichsausschußbericht, Bericht über den Kampf für Gewerkschaft, Kattowitzer Bericht, Mitglieder der SPD, Funktion und Kampfberichte treffen sich pünktlich 10 Uhr im Zimmer 33 zu einer wichtigen Besprechung.

## Unter der Erwerbslosenunterstützung!

Die Lohnpolitik des RWZ.

Die Funktionäre des Metallkartells nahmen gestern abend im Dresdener Casino zu der Kündigung des Lohntarifes der Transportarbeiter in der Berliner Metallindustrie Stellung.

Genosse Fromke vom Verkehrsband wies an einem reichhaltigen Zahlenmaterial nach, wie stark die Lebenshaltungskosten und besonders die Mieten seit der letzten Lohnerhöhung am 25. November 1925 gestiegen sind. Selbst bei den bescheidensten Ansprüchen ist es heute einem Transportarbeiter der Metallindustrie bei einem Nettoverdienst von 26 bis 28 M. pro Woche unmöglich, seinen Kräfteverbrauch, der bei der schweren und oft gefährlichen Arbeit nicht gering ist, auch nur einigermaßen durch eine entsprechende Ernährung wieder auszugleichen. Die Familien der Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie verkommen geradezu im unbeschreiblichen Elend, denn an eine Ergänzung von Haushaltsgeldern gegenüber oder gar der Befriedigung ist bei diesen Hungerlöhnen überhaupt nicht zu denken.

Wenn schon die Löhne bei 48stündiger Arbeitszeit nicht nur ein Leben gestatten, sind sie bei verkürzter Arbeitszeit — und nicht wenige Betriebe arbeiten verkürzt — buchstäblich zum Verhungern. Sie legen dann noch unter den Unterstützungsfähigen der Erwerbslosenfürsorge. Es ist bezeichnend,



## Deutscher Verkehrsbund

Am Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 2 Uhr findet im Gemeindefriedhof Kaulsdorf die Beisetzung der Asche unseres am 10. November 1926 verstorbenen Kollegen und Vorstandsmitgliedes

## Friedrich Himpel

statt. Gleichzeitig wird die Enthüllung des Gedenksteinens vorgenommen.  
Um Beteiligung an der Feier bittet

Der Bundesvorstand

### Bekanntmachung.

Durch Ansetzung des Oberbürgermeisters Berlin vom 30. Oktober 1926 - II B. K. 280/26 - wird die Betriebskrankenkasse des Stadtführerparties zu Berlin mit Ablauf des Monats Dezember 1926 geschlossen.

Unter Hinweis auf §§ 301 und 302 der Reichsversicherungsordnung haben wir hiermit auf sämtliche Forderungen an die Kasse umgehend bei uns angemeldet. Hierbei machen wir darauf aufmerksam, daß die Betriebskrankenkasse von Forderungen, die nicht binnen 3 Monaten nach Erlass dieser Bekanntmachung angemeldet werden, verweigert werden kann.

Berlin, den 3. Dezember 1926.

Der Vorstand der Betriebskrankenkasse des Stadtführerparties  
Dr. Treitel.

**Metallbetten 10<sup>50</sup>**  
**Schlafchaiselongues 24.-**

Fabrikpreise Ratenzahlung  
Berlin, Pappelallee 12  
**Göhr** Pankow, Schmidtstr. 1  
frei jeder Bahnstation.

### Deutscher Republikanischer Reichsbund

#### Ortsgruppe Berlin

der Sammelpunkt der demokratisch und sozial eingestellten Republikaner

Anmeldungen nimmt entgegen und Auskunft erteilt der ehrenamtl. Geschäftsführer

Bürgermeister Paul Hesselein, Berlin-Lichterfelde-West, Hortensienstr. 46.

### ACHTUNG! ACHTUNG!

Damen- u. Herren-Garderobe auf Abzahlung!

Gute Verarbeitung, staunend billige Preise; ganz kleine Wochenraten.

Eiserne Möbel, Gardinen auch ohne Anzahlung.

Lautmann, Alte Schönhauser Str. 10  
Möbelgeschäft.

## 10



GEGR. 1906

### AB FABRIK DIREKT AN VERBRAUCHER

**60-65-80-90-100-RM**  
**Wochenraten von 4 RM an**

Mifa-Fabrik-Verkaufsstellen: Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 1, Leiter: Erich Aberger. Berlin-Neukölln, Friedelstr. 27, Leiter: Erich Aberger. Berlin O 24, Petersburger Str. 8, Leiter: Carl Dähn. Berlin-Charlottenburg, Tauroggenstr. 12, Leiter: Paul Charlier. Berlin-Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 44, Leiter: Paul Charlier. Berlin-Pankow, Schloßstr. 18, Leiter: M. Golle. Berlin SW 61, Belle-Alliancestr. 6, Leiter: Mifa-Werke. Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 15, Leiter: Max Herrmann. Berlin-Schöneberg, Barbarossastr. 42, Leiter: F. Tybus. Katalog kostenfrei von diesen Stellen oder direkt durch: Mifa-Werke, Niederlassung für Norddeutschland: Berlin, Belle-Alliancestrasse 6. Auf Wunsch Spezialangebote bei Sammelbestellung an Braune, Arbelter, Sportverhande

28. Nov. 1926 Rieger siegt im Weltstundrennen Mifa  
in Breslau auf

Interzate im Vorwärts sichern Erfolg!

## „Gestaltete Möbel“

Sind heute an die Stelle verzierter Möbel getreten. Schon die Worte allein kündigen den Fortschritt. — Die Ausstellung Tausend Jahre 10 zeigt Möbel dieser Art. Befichtigung dort wie im Hauptgeschäft. Mollenmarkt 6 ist frei und erstein. — Druck, Ischenfrei, ebenso die H. Schrift „Som Rhythmus im Wohnraum“. Preiswürdigkeit, Zahlungsvereinfachung. — Berlin, Mollenmarkt 6.

## W. Dittmar, Möbelfabrik



**Achtung!** Ich gebe bis auf weiteres auf meine bekannt billigen Preise für **Armband- u. Taschen-Uhren** in Gold u. Silber **10 % Rabatt.**

Mein Schläger 14 kar. Gold Schweizer Werk Mk. 30.- (netto).  
Garantie für jede bei mir gekaufte Uhr.  
**Herm. Wiese,** Berlin N., Artilleriestr. 30  
Nähe Oranienburger Tor

## Billige Spielwaren

30—50 Uras billigerer wegen Aufgabe der Abteilung: Gesellschaftsspiele von 20 Pf. an, Zauberwürfel 30 Pf., Wunderwürfel 30 Pf., Federwagen, gefüllt mit 20 Spielwaren, aus 5 Pf.; Tiergärtner 2 Pf., Karussell 1 Pf., ex. fahrbare Tiere mit Stimme 1 Pf., Märchenquartett 20 Pf. Viele Sorten Spielwaren und Tuppen. — Für Berlinische sehr vorteilhaft.  
**L. Woss & Co.,** Markgrafstr. 84, an d. Lindenstr., eogr. 1899

## Kredithaus

**1/6 Anzahlung** löst in **8 Monats-Raten**

Damen-Herren- u. Kinder-Konfektion  
Riesen-Auswahl

**Riesen-Möbel-Auswahl**  
• Diskrete Bedienung •

## Anders

Reinickendorfer Str. 16  
Größtes Haus am Nettelbeckplatz, am Bahnhof Wedding.

Sonntag, den 12. und 19. Dezember, sind unsere Verkaufsräume von 2 bis 6 Uhr geöffnet!

# extra billige



**12<sup>90</sup>**  
Lack-Halbschuh für Herren mit Krokoeinsatz  
Herren-Halbschuh, echt Rindbox, **7<sup>90</sup>**  
hochfein, weiß gedoppelt

# Tack



**5<sup>50</sup>**  
Eleganter Damen-Spangenschuh mit Seitendurchbruch  
Derselbe Schuh in Lack **7<sup>90</sup>**



**8<sup>90</sup>**  
Lack-Modempumps mit Spanngummi für Gesellschaft und Straße

# Schuh Tage



**2<sup>65</sup>**  
Kamelhaar-Umschlagschuh mit Pompon und biegsamer Filz- und Ledersohle  
Lederhausschuhe und Krok-Nieder-treter für Damen, warm gefüttert **2<sup>90</sup>**  
Lackschuhe mit Pelzeinsatz, warm gefüttert, erstaunlich billig **12<sup>90</sup>**

**Strümpfe** zum Schuh und Kleid passend, in allen Nuancen, sehr preiswert

## Tack & Cie. Buró

125 eigene Verkaufsstellen, davon 19 in Groß-Berlin u. Potsdam:  
C. Spittelmarkt 15 NW, Beusselstr. 29 SO, Oranienstr. 2a  
C. Rosenthaler Str. 14 N, Friedrichstr. 130 SO, Wrangetstr. 49  
W. Schillerstr. 16 N, Müllerstr. 3 SW, Friedrichstr. 94/91  
W. Potsdamer Str. 35 N, Drummerstr. 37 N, Neukölln, Bergstr. 30/31  
(an d. Kurfürststr.) N, Danziger Str. 1 Potsdam, Brandenburger  
NW, Turmstr. 41 O, Andreasstr. 30 Str. 54 / Charlottenburg  
NW, Wilsnacker Str. 21 O, Frankfurter Allee 21 Wilmersdorfer Str. 1 92/93

**5000 Sprech-Maschinen**

fabrizieren wir wieder in großen Serien und sind hierdurch in der Lage, unsere bisher billigen Preise nochmals bedeutend herabzusetzen. Wir bieten Ihnen hierdurch Gelegenheit zu diesen **günstig. Ausnahmepreisen** Musik in Ihr Heim zu bringen. Selbst unsere billigsten Serien sind nach neuester Konstruktion hergestellt.

**20 000 Platten** neuerster Schläger wiederum herabgesetzt statt **2.50** nur **1.90.**

Gelegenheitsposten **95 u. 1.00.**  
Eleg. Instrumente höchster Vollendung gleichfalls preiswert Beschäftigt ohne Kaufzwang erbet.

**Schulz & Gundlach** Münzstraße 18 (dicht Alexanderpl.) und Leipziger Straße 108.



## Ihr Badezimmer

blitzt vor Sauberkeit, wenn Sie VIM zum Reinigen nehmen. VIM putzt alles: Metall, Porzellan, Steingut und Holz. Prächtig reinigt es auch Ihre Hände.

V9

Verbesserte Packung 30 Pf. Kein Verstopfen des Blechstreuers

# VIM







# Dokumente über den Kartellwucher.

## Die Hälfte der Jahreseinnahmen für die Geschäftsführung.

Anfang September dieses Jahres beschäftigte sich der „Vorwärts“ einmal etwas eingehender mit der Frage, ob Kartelle die Leitungskosten erhöhen. Dabei wurde unter anderem auch auf die Verkaufsvereinigung deutscher Pappfabrikanten G. m. b. H. Bezug genommen. An den bei ihr üblichen Geschäftsmethoden wurde nachgewiesen, daß durch überhohe Leitungskosten solche Kartelle preisverteuernd wirken.

Darauf wogte die Verkaufsvereinigung deutscher Pappfabrikanten in einem eingeschriebenen Brief nachdrücklich zu protestieren. Im Tone der höchsten Entrüstung wurde erklärt, daß unsere Behauptung falsch sei und daß sie in die Abnehmerkreise Beunruhigung und in die öffentliche Meinung Verwirrung zu tragen angetan sei. Man bot sogar persönlichen Aufschluß an. Nähere schriftliche Unterhaltung und Hinweis auf die Quelle, aus der das kritische Material stamme, führte zu einem weiteren Brief der Verkaufsvereinigung, in dem mitgeteilt wurde, daß zu dem bewußten Artikel keine Stellung genommen werde, „da die für uns maßgebenden Stellen es prinzipiell ablehnen, sich auf eine Zeitungspolemik einzulassen“.

Kunmehr liegt uns ein Urteil des Kartellgerichts vor, das sich mit der Verkaufsvereinigung deutscher Pappfabrikanten G. m. b. H. eingehend beschäftigt. Schon hier kann gesagt werden, daß dieses Urteil unsere damaligen Behauptungen in vollem Umfange bestätigt. Die feinerzeitigen Ablehnungsversuche der Verkaufsvereinigung deutscher Pappfabrikanten stellen sich so als beabsichtigte und bewußte Täuschungen heraus. Eine Pappfabrik hatte der Verkaufsvereinigung deutscher Pappfabrikanten, also dem Kartell, fristlos gekündigt. Dagegen klagte nunmehr die Verkaufsvereinigung deutscher Pappfabrikanten. Das Gericht wies den Einspruch des Pappkartells gegen die fristlose Kündigung zurück, die Kündigung war nach dem Urteil des Kartellgerichts zulässig und berechtigt.

Was stellte nun das Kartellgericht fest? Die Verkaufsvereinigung ist in ihrem Mitgliederbestand von über hundert auf nur noch etwa fünfzig Unternehmen zurückgegangen. Es läßt auf die Preisbildung keinen Einfluß mehr aus, es hilft auch den angeschlossenen Mitgliedern kaum, aber es sorgt dafür, daß diese Mitglieder ihr außerordentlich hohe Abgaben leisten. So müssen die Mitglieder dieses Kartells von allen Verkäufen, auch von solchen, die ohne Zutun der Verkaufsvereinigung zustande kommen, an diese fünf Prozent vorläufig abführen. Ebenso wird von allen Auslandsverkäufen und sogar von Umkäufen, bei denen es sich um Pappen handelt, die im eigenen Betriebe er-

zeugt und weiter verarbeitet oder veredelt werden, von diesem jamosen Kartell ein vorläufiger Anteil am Warenpreise beansprucht. Dabei ist den Kartellmitgliedern erst seit einigen Monaten bekannt geworden, daß der Geschäftsführer ihres Kartells ganz außergewöhnlich hoch besoldet wird und daß die im Kartell angeammelten Geldmittel zur Vermittlung von Kredithypotheken an Aufsichtsratsmitglieder dienen. Soweit das Kartell seinen Mitgliedsrechnungen für verkaufte Ware diskontierte, verlangte es von ihnen außerdem noch eine recht erhebliche Entschädigung.

Mehr als die Hälfte des Jahreshaushaltsbetrages der Verkaufsvereinigung deutscher Pappfabrikanten ist bisher regelmäßig den Geschäftsführern in Gestalt einer Provision vom Warenumsatz der Mitglieder zugeflossen. Da der Jahreshaushalt zuletzt rund 320 000 M. betrug, hat die Geschäftsführung davon rund 160 000 M. eingestekt! Wie schon erwähnt, hat daneben das angeammelte Vermögen des Kartells zur Finanzierung größerer Darlehen an einzelne Mitglieder des Verbandes gedient.

Daraus zieht das Kartellgericht den folgenden Schluß: „Alle diese Tatsachen rechtfertigen die Auffassung der Kündigenden, daß die von der Verkaufsvereinigung unverändert erhobenen, an sich im einzelnen und in ihrer Gesamtheit jedenfalls sehr erheblichen Abgaben mit ihren seit Ende 1925 so wesentlich eingeschränkten Leistungen in einem für die Kündigenden unerschwinglichen Verhältnis stehen und so mehr eine ihnen nicht länger zumutbare Belastung darstellen, als die durch diese Abgaben dem Verband zulleihenden Mittel eine Verwendung finden, die weder den Interessen der Mitglieder, noch denen des Verbandes Rechnung trägt.“

Das Kartellgericht stellt weiter fest, daß alle Versuche der Mitglieder des Pappkartells, die Lasten dieser Einrichtungen herabzusetzen, ergebnislos gewesen seien. Es stellt sogar fest, daß die Abgabenspolitik des Kartells an dem hohen Mitgliederverlust und der Zerrüttung der Preisverhältnisse auf dem Pappmarkt schuldig sei. Deswegen wurde die fristlose Kündigung des Kartellmitglieds und sein Austritt aus dem Kartell als zu Recht bestehend anerkannt.

An der Hand dieser Tatsachen läßt sich wieder einmal erkennen, welcher Wert schriftlichen Erklärungen von Unternehmenseite zugemessen ist, wenn sie in der Arbeiterpresse öffentlich kritisiert werden. Zugleich ist wieder an einem praktischen Beispiel bewiesen, wie sinnlos und unwirtschaftlich die Kartelle die Leitungskosten steigern und damit die Preise zu verteuern vermögen.

Kurt Heilig.

## Neue Maßnahmen zur Exportförderung.

### Garantien bis 175 Millionen Mark.

In einer vor wenigen Tagen dem Reichshauswirtschaftsausschuß zugeleiteten Vorlage teilt der Reichswirtschaftsminister mit, daß er beabsichtigt, in dem der Beratung des Reichstags zurzeit unterliegenden Nachtragsgesetz für 1926 noch nachträglich die Ermächtigung zu erteilen, zum Zwecke der Förderung der deutschen Ausfuhr Garantien bis zum Betrage von 175 Millionen übernehmern zu dürfen. Von diesem Betrage würden auf die Exportkreditversicherung etwa 30 Millionen, auf die Darlehensgewährung an Exportfirmen 20 bis 25 Millionen und auf die landwirtschaftliche Exportförderung 20 Millionen entfallen; der Rest wäre zu verwenden, um die Hereinnahme größerer Industrienaufträge aus dem Ausland zu ermöglichen.

In der umfangreichen Begründung weist das Wirtschaftsministerium unter anderem darauf hin, daß Industrie und Handel in Deutschland noch wie vor unter Schwierigkeiten leiden, die ihren Grund jetzt nicht so sehr in dem Mangel an Kreditmöglichkeiten, als vielmehr in dem Verlust der früheren Absatzmärkte haben. Der deutsche Anteil am Weltmarkt ist seit der Zeit vor dem Kriege von 12,1 auf 6,5 Proz. im Jahre 1924 und 7,1 Proz. im Jahre 1925 zurückgegangen. Er hat auch heute noch nicht annähernd die Vorkriegsziffer erreicht. Das hiernach außerordentlich wichtige Ziel einer sichtbaren Steigerung der Ausfuhr und in Verbindung damit einer Minderung der Erwerbslosigkeit läßt sich aber ohne staatliche Hilfe nicht erreichen. Die starke Konkurrenz des gleichfalls um die freien Absatzmärkte ringenden Auslandes und das immer wieder hervortretende Bedürfnis der ausländischen Abnehmer nach ungewöhnlich langen Kreditzeiträumen erlauben es den deutschen Exporteuren bei ihrem durch Krieg und Inflation geschwächten Eigenkapital nicht, aus eigener Kraft die der deutschen Wirtschaft verlorengegangenen Gebiete wiederzugewinnen und neue zu erschließen. Auch bei den Banken könne der deutsche Export nicht immer die dringend erwünschte Förderung finden.

Auch die deutsche Reichsregierung hat bereits zu Anfang dieses Jahres ihre Zustimmung zur Einrichtung einer Exportkreditversicherung mit staatlicher Hilfe gegeben und Garantiemittel zur Förderung des Auslandsgeschäfts zur Verfügung gestellt. Die im Rahmen dieser Einrichtung durchgeführte Exportkreditversicherung wird in fortwährend steigendem Maße in Anspruch genommen. Es habe sich indessen wiederholt das Bedürfnis nach einer langfristigeren Risikobeherrschung, als es bisher nach der Bereitstellung der Fonds möglich war, herausgestellt. Wollte man daher der Exportkreditversicherung, was dringend zu wünschen sei, einen noch größeren Wirkungsgrad verleihen und auch nach anderen Richtungen hin ihre bisherige Einrichtung den Wünschen der Versicherungsnehmer anpassen, so bedinge das eine Verfestigung und Erweiterung der bereitgestellten Fonds und eine Ueberführung des vorläufigen Zustandes in eine feste auf längere Zeit abgestimmte Form, losgelöst von den einschränkenden Bestimmungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Neben der Exportkreditversicherung habe sich in den letzten Monaten auch das Bedürfnis nach anderen Arten der Exportförderung herausgebildet. Insbesondere erscheine es zweckdienlich, zuverlässigen und im Außenhandel erfahrenen Exportfirmen, denen die Einschränkung ihrer eigenen Mittel eine bei ihren Erfahrungs- und Beziehungen an sich mögliche und wünschenswerte Ausdehnung ihres Auslandsgeschäfts nicht erlaubt, mit Hilfe der öffentlichen Hand langfristige Darlehen zu erleichterten Zinsbedingungen zu gewähren. Die Exportfirmen könnten hierdurch instand gesetzt werden, wie in der Vorkriegszeit, Niederlassungen, Warenlager und Reisende im Ausland zu unterhalten und so mit den gleichen Mitteln wie ihre ausländische Konkurrenz ihre Abnahmemöglichkeiten zu erweitern. Die Auswahl der so zu unterstützenden Firmen solle nach einer von den Berufsverbänden einzureichenden Vorschlagsliste durch Vertreter der Reichsregierung, der Exporteure und der Banken auf Grund vorher zu vereinbarenden Richtlinien erfolgen.

Schließlich stehe für die Steigerung der deutschen Ausfuhr die Vergabe größerer Regierungsaufträge durch auswärtige Länder in Aussicht. Derartige Aufträge seien um so begehrenswerter, wenn es sich um bedeutendere Bahn- und Hafenanlagen handele, die bei ihrem Bedarfs an größeren Materiallieferungen und der Aussicht auf entsprechende größere Nachbestellungen für Jahre hinaus der deutschen Industrie umfangreiche Beschäftigung gewährleisten würden. Solche Projekte sind international sehr unstritten und bedingen die Einordnung langfristiger Kredite von Seiten der liefernden Firmen. Die Finanzierung dieser Geschäfte wird bei der politischen und wirtschaftlichen Lage mancher der in Frage kommenden Länder nur durchgeführt werden können, wenn die öffentliche Hand in gewissem Umfang neben den bauausführenden Firmen eine Garantie übernimmt. Ziffernmäßig lassen sich die hier nötig werdenden Garantiestellungen im voraus schwer abschätzen. Die Reichsregierung bedürfe daher für diese Zwecke einer allgemeinen Ermächtigung, auf Grund deren sie bis zu einem festzusetzenden Höchstbetrag derartige Garantien übernehmen kann. Eine eigentliche Finanzierung durch die öffentliche Hand würde kaum nötig werden. Wie die Verhandlungen mit den Interessenten und den in Betracht kommenden Banken ergeben haben, würde eine Garantieleistung des Reichs im wesentlichen genügen.

Soweit der hauptsächlichste Inhalt der wichtigen Vorlage. Eine kritische Würdigung bleibt vorbehalten.

## Die Erfolge der sozialen Baubetriebe.

### Zum Abschluß des Bezirks Berlin.

Von den sozialen Baubetrieben im Bezirk Berlin des Deutschen Verbandes sozialer Baubetriebe liegt uns jetzt der gedruckte Bericht für das Jahr 1925 vor. Nach der Neugliederung des großen Verbandes mit seinen 168 Betrieben entfallen auf den Bezirk Berlin die Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, der Freistaat Anhalt und Groß-Berlin, so daß jetzt drei frühere Bezirke zusammengelassen sind mit 20 Baubetrieben, 5 Nebenbetrieben und einem Baustoffhandelsunternehmen. Von den Baubetrieben liegen zwei in Berlin, zehn in der Provinz Sachsen und in Anhalt. In diesen 26 Betrieben waren im Jahre 1925 durchschnittlich 2339 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, die Höchstziffer im August betrug 2883, während am 31. Dezember 1925 2181 Personen beschäftigt waren.

Der Umsatz der Betriebe des Bezirks Berlin zeigt die bedeutende Steigerung auf rund 16 Millionen Mark, das ist fast ein Viertel des Verbandsumsatzes. (68,4 Millionen). Die Ausgaben für produktive Löhne betragen 5,71 Millionen oder gegenüber den produktiven Löhnen des Gesamtverbandes mit 28,2 Millionen ein Fünftel. Das Verhältnis der Löhne ist für den Berliner Bezirk also günstiger als das Verhältnis der Umsätze. Von dem Umsatz von rund 16 Millionen entfallen 11,84 Millionen (im Gesamtverband 29,3 Millionen) auf Aufträge von gemeinnützigen Unternehmungen, davon 6,95 Millionen allein in Berlin. Für Reich, Länder und Gemeinden wurden für 2,04 Millionen und für private Baubereiter für 2,01 Millionen Aufträge ausgeführt. Auffallend gering sind die Aufträge der öffentlichen Körperschaften, ein Zeichen, wie stark die öffentlichen Körperschaften noch auf das Privatkapital Rücksicht nehmen zu müssen glauben, obwohl keine Rede davon sein kann, daß das Privatkapital besser oder billiger arbeite. Die Zurückhaltung öffentlicher Körperschaften fällt besonders trotz ins Auge für die Reichshauptstadt Berlin, wo nur für 45 600 Mark öffentliche Aufträge von den sozialen Baubetrieben durchgeführt wurden, ein wahrhaft beschämendes Zeichen für die Unzulänglichkeit der Behörden.

Nach günstiger als die Umsatzentwicklung sind die Abschüsse. Obwohl die sozialen Baubetriebe gegen das von altersher machtvoll organisierte und fest bei den Auftraggebern verwurzelte private Baukapital zu kämpfen haben, obwohl sie nicht die Unterstützung durch Großbanken genießen und alles aus eigener Kraft aufzubauen haben, ist das Verhältnis der Verluste zu den Gewinnen gerade für den Bezirk Berlin außerordentlich günstig.

Von den 26 Betrieben haben nur 5 Bau- und Nebenbetriebe mit einem Gesamtverlust von 18 000 Mark gearbeitet, während 21 Betriebe Uebererlöse von 226 000 Mark erzielten. Das Verhältnis ist sehr viel günstiger als im Gesamtverband, wo 627 000 Mark Verluste 740 000 Mark Gewinnen gegenüberstehen. Was aber für die Abschreibungen schon im Gesamtverband gilt, nämlich, daß sie relativ sehr hoch sind, und deshalb eine Bildung bedeutender stiller Reserven darstellt, das gilt noch mehr für die Berliner Betriebe. Es ist ganz besonders erfreulich, daß die sozialen Baubetriebe auf diese Weise die Stärkung ihrer inneren Leistungsfähigkeit durch eine vorsichtige Bilanzpolitik auf lange Sicht als eine wichtige Aufgabe ansehen.

In der Bilanzübersicht werden die Anlagewerte mit 1,26 Millionen (von 6,07 Millionen im Gesamtverband), die Betriebswerte mit 5,59 Millionen, die eigenen Mittel mit 0,65 Millionen und die fremden Mittel mit 5,99 Millionen ausgewiesen. Seit ihrem Bestehen haben die im Berliner Verband zusammengeschlossenen Betriebe 5900 Kleinwohnungen gebaut, gegenüber 30 400 im gesamten Verband. Was an der Bewegung der sozialen Baubetriebe überraschend und erfreulich ist, das ist, daß sie nicht nur ihre Existenzfähigkeit, sondern auch ihre Existenzberechtigung mit ebenso großem Erfolg als mit selbstbewusster Energie immer stärker und immer nachdrücklicher beweisen.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 8. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 1. Dezember um 1,0 Proz. auf 131,3 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse auf 135,6 angezogen, während die Industriegüter mit 123,1 nahezu unverändert blieben.

Eine Mischdüngersfabrik Ködner-Wintershall. Zwischen den Ködner-Werken A.-G. und dem Wintershallkonzern ist ein Mantelvertrag zustande gekommen, der die Gründung einer Mischdüngersfabrik im Rahmen der Ködner-Werke vorsieht. Wir haben bereits über die Bestrebungen der beiden Konzerne gelegentlich der Ankündigung des neuen Volldüngermittels Nitrophosphat durch die I. G. Farbenindustrie berichtet. Für die Bestrebungen auf dem Gebiet des künstlichen Düngers ist das Mont-Cenis-Verfahren auszuwählen, an dessen Auswertung der preussische Staat anschließend durch die Hibernia A.-G. in weitem Maße beteiligt ist. Die I. G. Farbenindustrie hatte deshalb auch schon des öfteren Gelegenheit genommen, in bekannter Manier gegen die Beteiligung von Staatsgeldern zu weitem, obwohl das Unternehmen ebenfalls mit Staatsgeldern aufgebaut worden ist. Demgegenüber dürfte interessieren, daß der ehemalige Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt die Förderung der großtechnischen Durchführung des Kohlenverflüchtungsverfahrens, besonders nach den Systemen Bergius und Fischer, aus Staatsmitteln verlangt, damit der Staat in die Lage kommt, sich einen bestimmten Einfluß bei den verschiedenen Kohlenverflüchtungsverfahren zu sichern.

Zusammenschlußbewegung im Metallhandel. Nach der kürzlich erfolgten Fusion zwischen den Berliner Firmen Julius Stern u. Co. und der A. Benz u. Co. A.-G. haben sich jetzt die bekannte Aktien-Gesellschaft Metallum in Stuttgart und die Schwarzwälder Metallhandel A.-G. in Billingen zusammengeschlossen. Die Billinger Gesellschaft wird zum Zwecke der Aufnahme des Stuttgarter Unternehmens ihr Aktienkapital auf 150 000 Mark erhöhen. Diese Zusammenschlüsse sind nicht als Einzelereignisse im deutschen Metallhandel zu betrachten, sondern stehen im engen Zusammenhang mit Abwehraktionen des Metall- und Schrotthandels gegen die eigenen Handelsgesellschaften der Schwerindustrie. Der deutsche Metallhandel befindet sich schon seit längerer Zeit in einer kritischen Lage. Die Beschäftigungsmöglichkeiten haben sich stark verringert und die Industrie bedient sich seltener als vor dem Kriege der Handelsunternehmungen zum Einkauf ihrer Rohmetalle. Die Zahl der größeren Handelsfirmen, die sich vor dem Kriege auf ungefähr 200 belief, hat sich seit Beendigung der Inflation auf annähernd 300 erweitert. Durch die Wirtschaftskrisis und die Frankfurter Spekulationen sind zwar einige Firmen ausgegliedert, doch ist die Anzahl derjenigen, die für die Beschaffung von Rohmetallen und für den Verkehr in Metallen in Frage kommen, bei dem Rückgang des allgemeinen Metallverbrauchs in Deutschland immer noch zu groß. Die leistungsfähigen Unternehmungen schließen sich jetzt zusammen, ebenso wie vielfach vom Metallhandel Beteiligungen an Hütten und Metallwerken genommen werden.

Canolin-Pfeifring-Seife 8 Proz. Dividende. Die Aktienmehrheit der Vereinigten Chemischen Werke in Charlottenburg, deren Hauptartikel die bekannte Canolin-Pfeifring-Seife ist, ging zu Anfang des Jahres von dem Scheidemandel-Konzern auf ein Bankkonsortium über. Die bisherige enge Verbindung mit der Scheidemandel-Aktien-Gesellschaft, die den billigen Bezug der Rohstoffe sichert, bleibt durch die Wahl ihres Generaldirektors in den Aufsichtsrat der Werke gesichert. Im Geschäftsjahr ist eine erhebliche Steigerung der Produktion, des Rohgewinnes und Erweiterung des Absatzes eingetreten. Der Geschäftsbericht bezeichnet die Lage als recht befriedigend, teilweise besser als in den Vorkriegsjahren. Im neuen Jahr wurde eine holländische Beteiligung, die nur mit 15 750 M. zu Buche stand, für 310 000 M. verkauft. Dieser große Gewinn kommt für den nächsten Abschluß zur Verrechnung, so daß für 1926 noch mit einer stark erhöhten Dividende gerechnet werden kann.

Ein deutscher Reparationsbau in Jugoslawien. Der Minister hat befohlen, das Angebot deutscher Industrieller, die große Donaubrücke bei Pancevo, die Beograd mit Pancevo verbindet, auf Rechnung der Reparationen zu erbauen, anzunehmen. Der Vertrag wird in den nächsten Tagen unterzeichnet und mit dem Bau im Frühjahr begonnen werden. Die Brücke wird rund 200 Millionen Dinar kosten.

Ein Schiffsbauauftrag für die Krupp-Germania-Werft. Die Friedrich-Krupp-Germania-Werft A.-G. erhielt von der Compania Transmediterranea in Madrid einen Auftrag auf den Bau eines Motorschiffes von etwa 5200 Tonnen. Das Schiff wird für den Schnellpostdienstverkehr gebaut.

Einschränkung der polnischen Einwanderung nach Frankreich. Vom Warschauer Auswanderungsamt wurden im Jahre 1926 bisher 45 000 Auswanderer nach Frankreich abgefertigt. Die verlaute, soll mit Rücksicht auf die Stabilisierung des französischen Franken die Auswanderung nach Frankreich vollständig eingestellt werden. Aus diesem Grunde wird die sogenannte französische Emigrantenkommission spätestens im Februar 1927 aufgelöst werden.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Danzig. Die Zahl der Arbeitslosen in Danzig, die im Februar dieses Jahres noch über 17 000 betragen hatte, ist im November auf 9800 zurückgegangen. Dies wird vor allem darauf zurückgeführt, daß der Danziger Werften einige Aufträge zugeflossen sind, ferner darauf, daß die Bautätigkeit mit Hilfe von Mitteln der Wohnungsbauabgabe stark gefördert wird.

**San.-Rat Lungentee** mit Nährsalzen seit Jahrzehnten bei **Lungenleiden**, Asthma, Brust- und Lungen-Katarrhen, Husten, Heiserkeit u. Verschleimung der Atmungsorgane, selbst in schweren Fällen, bestens bewährt und empfohlen. Prospekt gratis. Originalpacker M. 2,50, 3 Packete M. 7,50 versendet kostenfrei. Generaldepot: **Elisabeth-Apotheke, Berlin SW 19, Leipziger Str. 74, am Dönhofsplatz.**







## Die Wigbolde von Neu-Gibbon.

4) Von Jack London.  
(Schluß.)

Wallenstein war immer noch untröstlich, es half erst ein wenig, als Denby kam und von der Dosis Senf erzählte, mit der er Koho traktiert hatte. Da lebte Wallenstein plötzlich auf, fuhr aber, sich den blonden Schnurrbart streichend, fort, die Salomoninseln mit Flächen aus dem reichen Vorrat von vier verschiedenen Sprachen zu verdammen.

Am nächsten Morgen konnte man von der Raftspitze der Wönder aus überall im Urwald Signalrauch aufsteigen sehen. Von jedem Gipfel an der Küste und tief im Lande hinter den dichten Pflanzungen wanden sich dünne, aber vielfachende Rauchsäulen empor. Dörfer auf den höchsten Bergen im Innern des Landes, hoch über der Grenze, die Mac Tavish je aus seinen Expeditionen erreicht hatte, beteiligten sich an dieser Unterhaltung. Jenseits des Flusses erlöste ein wahnstimmiger Rufschall, und die stille Luft ergitterte unter dem dumpfen Klang der Trommeln, überall, meilenweit her hörte man die großen Kriegstrommeln — mächtige Holzblöcke, die mit Hilfe von Feuer und Werkzeugen aus Stein und Muschelschalen ausgehöhlt waren.

„Ihr habt nichts zu befürchten, solange ihr zusammenhaltet,“ sagte Grief zu seinem Verwalter. „Ich muß so schnell wie möglich nach Guvutu. Sie werden euch nicht auf freiem Felde angreifen. Behalten Sie die Arbeiter beim Hause. Hören Sie auf mit dem Roden im Walde. Sie werden jede Auteilung, die ausgeschickt wird, angreifen. Und vor allem: Lassen Sie sich nicht verleiten, in den Urwald einzudringen, um Koho zu fangen. Wenn Sie das tun, fängt er Sie. Verlieren Sie, bis Mac Tavish kommt. Ich schicke ihn sofort mit einer Abteilung Buschleute von Malaita; er ist tatsächlich der einzige, der hier etwas ausrichten kann. Ich glaube, es ist am besten, wenn Denby bei Ihnen bleibt. Sie haben wohl nichts dagegen, Herr Denby? Dann schicke ich Mac Tavish mit der Wanda, und Sie, Herr Denby, können dann mit der Wanda von hier abfahren und wieder auf die Wönder kommen. Kapitän Ward muß sehen, den Rest der Reise ohne Sie fertig zu werden.“

„Das hatte ich gerade selber vorschlagen wollen,“ antwortete Denby. „Ich hatte mir ja nie träumen lassen, daß eine solche Geschichte bei dem kleinen Spah herauskommen würde; aber ich sehe ein, daß ich verantwortlich dafür bin.“

„Verantwortlich bin ich,“ fiel Wallenstein ein.

„Aber ich habe angefangen,“ behauptete der Supertargo.

„Das mag sein, aber ich habe weitergemacht.“

„Ja, und Koho hat es beendet,“ sagte Grief.

„Unter allen Umständen bleibe ich auch,“ sagte der Deutsche.

„Ich dachte, Sie wollten mich nach Guvutu begleiten,“ protestierte Grief.

„Das wollte ich auch. Aber dies ist ja, wenigstens teilweise, meine Jurisdiktion, und ich habe hier einen Fehlgriß begangen. Ich bleibe jedenfalls hier, bis die Geschichte wieder in Ordnung gebracht ist.“

Von Guvutu aus benachrichtigte Grief Mac Tavish, der sich auf Malaita befand. Dann fuhr Kapitän Ward mit der Wönder nach den Santa-Cruz-Inseln, und Grief charterte von den britischen Behörden einen mit schwarzen Gefangenen bemannten Walfänger und fuhr nach Guadalupe, um den Boden auf der anderen Seite von Penobscot zu untersuchen.

Drei Wochen später kehrte er wieder nach Guvutu zurück. Der Hafen war jetzt verlassen, nur ein einziges kleines Fahrzeug lag dicht am Lande vor Anker. Grief erkannte sofort die Wanda. Sie war offenbar soeben angekommen, denn ihre Mannschaft war noch dabei, die Segel zu bergen. Als Grief sich neben die Wanda legte, kam Mac Tavish selbst an die Reling, um ihm herüberzuehelfen.

„Was ist los?“ fragte Grief. „Sind Sie noch nicht weggekommen?“

Mac Tavish nickte.

„Ich bin schon wieder da. Alles wohl an Bord.“

„Und wie steht es auf Neu-Gibbon?“

„Als ich die Insel zuletzt sah, bildete sie den Rahmen für einige wertvolle Ruinen, die man mit bloßem Auge kaum von der Landeshöhe unterscheiden konnte.“

Mac Tavish war ein Mensch aus Stahl und Eisen, klein wie Koho und ebenso eingeschrumpft; seine Haut war wie Mahagoni, und seine kleinen ausdruckslosen Augen glichen mehr der Spitze eines Zwischbohrs als den Augen eines Schoten. Er kamte keine Furchen, keine Begeisterung, er war unempfindlich für Krankheit, klimatische Einflüsse und Gefühle. Daß sein verdrießliches Aussehen furchbare Reueigkeiten verdeckte, darüber war Grief nicht einen Augenblick im Zweifel.

„Was,“ sagte er. „Was ist geschehen?“

„Es gibt nichts, was mehr zu verdammen wäre, als solch einen heidnischen Nigger zum besten zu haben,“ lautete die Antwort.

Außerdem ist es ein sehr teurer Spah. Kommen Sie mit in die Kajüte, Herr Grief. Es ist besser, Sie hören den Bericht bei einem Glase Whisky. Bitte, nach Ihnen.“

„Was, wie haben Sie die Sache in Ordnung gebracht?“ fragte Grief, als sie Platz genommen hatten. Der kleine Schotte schüttelte den Kopf. „Es gab nichts in Ordnung zu bringen. Es kommt natürlich darauf an, wie man es ansieht. Man könnte auch sagen, daß es schon in Ordnung gebracht war — gründlich, verstehen Sie — ehe ich kam.“

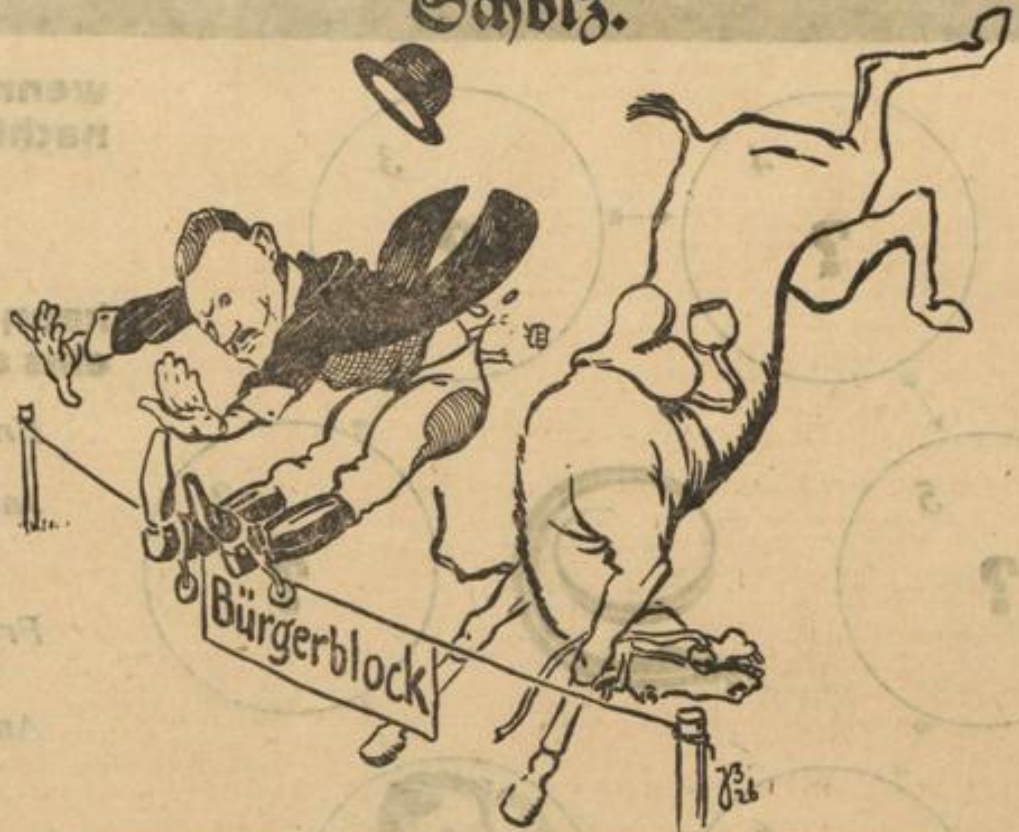
„Aber Mensch, die Plantage? Die Plantage?“

„Es gibt keine Plantage mehr. Die ganze Arbeit vieler Jahre ist vernichtet. Wir stehen wieder gerade da, wo wir anfangen, wo die Missionen angingen, wo die Deutschen angingen und — wo sie aufhörten. Von der Mole ist nicht ein Stein übrig. Die Häuser liegen in Schutt und Asche. Alle Bäume sind umgehauen, und die wilden Schweine graben Jams und Bataten aus. Die Neu-Georgien-Leute, ein guter Arbeiterstamm von hundert Köpfen — sie haben ein hübsches Geld gefostet —, sind weg. Nicht einer ist übrig, um zu erzählen, was geschehen ist.“ Er machte eine Pause und begann dann in einem großen Koffer zu suchen, der unter der Kajütentreppe stand. „Aber Wirth? Und Denby? Und Wallenstein?“

„Ja, das wollte ich Ihnen jetzt gerade erzählen. Sehen Sie her.“

Mac Tavish zog einen aus Reisstroh geflochtenen Sack heraus und schüttete den Inhalt auf den Fußboden. Grief fuhr auf; mit Wähe fand er seine Selbstbeherrschung wieder. Vor ihm lagen die Köpfe der drei Männer, die er auf Neu-Gibbon zurückgelassen hatte. Wallensteins Schnurrbart hatte seinen festen Schmung verloren und klebte an der Unterlippe.

## Scholz.



Dieses ist der große Scholz,  
Der voll Stolz  
Die Parole schmetterte:  
Nieder mit der SPD!

Seltfamliches drauf geschah.  
Denn man sah,  
Wie der Reiter vor dem Ross  
Durch das Ziel, das hehre, schoß!

„Wie es zugegangen ist, weiß ich nicht,“ fuhr der Schotte trocken fort. „Ich vermute jedoch, daß sie sich in den Urwald gewagt haben, um den alten Teufel zu kriegen.“

„Und wo ist Koho?“ fragte Grief.

„Wieder im Busch und göttlich betrunken. Sonst hätte ich die Köpfe nie bekommen. Er konnte nicht mehr auf den Füßen stehen, und da trugen seine Krieger ihn auf dem Rücken aus dem Dorfe, als ich es stürmte. Und jetzt wäre ich Ihnen übrigens sehr verbunden, wenn Sie mir die Köpfe abnehmen würden.“ Er machte eine Pause und seufzte. „Vermutlich werden sie wie üblich begraben. Meiner Ansicht nach sind es Raritäten, für die jedes Museum hundert Pfund das Stück bezahlen würde. Trinken Sie lieber noch ein Glas. Sie sind ein bißchen blaß. — Da, trinken Sie das runter, und wenn Sie einen Rat von mir hören wollen, Herr Grief, so verbieten Sie streng, daß sich jemand einen Spah mit den Niggern macht. Es kommt immer Spektakel dabei heraus, und es ist ein zu kostspieliges Vergnügen.“

## Das verfälschte Nobel-Testament

Von A. Seidler.

Was Alfred Nobel wollte, hat man scheinbar ganz vergessen. „Um den Träumern das Leben zu erleichtern,“ wie er wörtlich sagte, um sie von der Sorge ums nackte Brot zu befreien, um die, die sich allein in der Welt nicht zurechtfinden, in die Lage zu versetzen, ganz ihrer schöpferischen Arbeit zu leben, deshalb hat Alfred Nobel, der großherzige Schwede, seine hinterbliebenen enterbt, hat er sein ganzes immenses Vermögen in der nach ihm benannten Stiftung angelegt.

Überprüft man die Entschlüsse des Stockholmer Preisrichterkomitees, so muß man sagen, daß es bei der Preisverleihung gerade diesen edlen Hauptgedanken des Wohlwärters ziemlich hintansetzt. Nobel, der selbst eine schwere, von Kämpfen und Enttäuschungen übervolle Jugend hinter sich hatte, wußte wohl, was es heißt, die Ausübung seines höchsten Willens wegen Mangel an Kapital scheitern zu sehen, und nur denen hat er helfen wollen, die sich in solcher Not befinden. Die an einem großen Gedanken und nebenbei an Hunger leiden, hat er der Hälfte ihrer Last entbinden wollen. Mit seinem Geld, das er verachtete, hat Alfred Nobel die Zahl der Fälle zu mindern versucht, wo soziale Not das Genie verdrängt. Dieser Mann wußte, was es heißt, vor verlassenen Türen stehen denn als er selbst 1861 in Paris herumzog, um sich für seine fertige Erfindung Geld zu verschaffen, da war es bloß ein glühender Zufall, der ihm sein Ziel erreichen half. Von den französischen Finanzkreisen, die durchaus nicht darauf erpicht waren, ihr Geld in unsicheren Unternehmungen zu investieren, abgewiesen, wandte er sich, von einem glücklichen Instinkt beraten, direkt an Napoleon, um ihn für seine Sache zu gewinnen. Und wenn er auch das Geld bekam, das er für den Augenblick benötigte — die Fabrik, die er mit dem französischen Geld in Heleneborg errichtet hatte, ging zwei Jahre später in die Luft, die Katastrophe kostete seinem einundzwanzigjährigen Bruder das Leben und beraubte seinen Vater für immer des Gebrauches seiner Glieder. Nobel wußte, was es heißt, von der Tücke des Elements in den leeren trostlosen Pfingst zurückgestoßen zu sein, das Wert, woran alle Hoffnungen hingen, versinken, vernichtet zu sehen. Diesen armen Großen, die im Kampf mit dem Leben und ihrer eigenen Sendung zu unterliegen drohen, galt die Hilfe des Erfolgreichen.

Es ist wahr, Nobel verlangt in seinem Testament, daß die jeweilige „Hochleistung“ auf einem Gebiet prämiert werde. Leonhard Hwosch, ein Freund Nobels und Mitunterzeichner seines Testaments, aber weiß, daß es durchaus nicht Nobels Absicht war, unbedingt dem „Größten“ den Preis zuzusprechen. Denn wenn einmal jemand „groß“ ist, dann hat er jene gefährliche Grenze, den Durchbruch durchs Eis an die Sonne, längst hinter sich, er steht bereits, bezahlt und geehrt, an seinem wohlverdienten Platz und hat den Nobel-Preis nicht mehr nötig. Sind zwei Kandidaten vorgeschlagen, der eine „groß“ und reich, der andere aber noch unausgereift, schüchtern Zeichen schlummernden Genies verrätend und arm, so sollte im Sinne Nobels die Prämie unbedingt dem letzteren zugesprochen werden, damit er sich freimachen und aufblühen könne. Hwosch demonstriert an einem ebenso trafen wie gelungenen Beispiel die Absicht seines toten Freundes: Waren Goethe und Schiller zur Wahl gekommen, man würde 1000:1 Goethe „geehrt“, den armen Schiller hingegen fallengelassen haben. Nobel hätte das Gegenteil getan. „Ich will mein Vermögen zum Wohle der Menschheit verwenden“ hat er wörtlich gesagt.

Und Emile Zola und Tolstoj sind bei der Preiserteilung übergangen worden! Ein Ruf der Empörung schrie durch die Reihen der maßgebenden Literaten und deren Protektoren, der anerkannte Zola und der Graf Tolstoj wurden nicht bedacht! Hingegen hat der Autor des „Quo Vadis“, der in Polen auf seinem Rittergute lebte und sich das Dasein mit der Weisheit seines Petronius einrichtete, den Nobel-Preis bekommen und der reiche indische Dichter und Philosoph, Rabindranath Tagore, auch. All dies ist gegen den Willen Nobels geschehen, und die forrrierenden Stimmen, die sich dagegen erhoben, verhallen und vergingen, wie eben der Hauch aus einem Grab.

Run hat Bernhard Shaw den Nobel-Preis erhalten. Das heißt, er hat ihn nicht erhalten, denn er hat die 114 000 Schwedentronen nicht angenommen — doch das ist Privatsache und eine, die ehrend mit dem Namen Shaws verbunden bleiben wird. Der Geist des Dichters, über dessen Rang längst jede Diskussion verstummte, hat die Sachwalter Nobels hinterlassenheit beschämt. Sie, die es am besten wissen müßten, mußten auf diese Art erfahren, was der Wille, dessen Erbe sie verteilten. So groß und gütig Shaws Handlung auch ist, hier ist sie belanglos, denn was hier vorgezeigt werden soll, ist der im Sinne Nobels auch diesmal absolute Fehlgriß der Stockholmer Akademie. Bernhard Shaw ist mehr als wohlbestallt und mit Ehren überhäuft. Die ganze Welt hat schon lachend gewartet, daß er, ähnlich wie Anatole France, der sich für den Prämienbetrag antike Gobelins einkaufte, die 114 000 Kronen für einen ebenso originellen Zweck hinauswerfen würde, während unzweifelhaft begabte Menschen in London, Paris, Berlin verhungern.

Gewiß, von den Preisrichtern in Stockholm kann niemand verlangen, daß sie in der ganzen Welt nach ertrinkenden Genies suchen gehen — auch sind die schwer, sehr schwer zu finden. Aber selbst im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten sollten sich Abweichungen so krasser Art vom Willen des großherzigen Stifters doch nicht einmischen.

Und noch etwas: Weshalb prämiert man alte Männer? Der historische belanglose Nachkommen wegen?

Es sei nochmals gesagt: Alfred Nobel wollte jungen, armen, fähigen Menschen, Menschen allerdings, die einen Beweis — jene fatal benannte „Hochleistung“ — erbracht haben, durch seine Hinterlassenheit einen Weg ins Leben bahnen, wollte ihnen die Steinblöcke fortwälzen, an denen ihr Kopf zu zerschellen droht. Er wollte nicht ehren, er wollte nicht bereichern, denn sonst hätte er seine Verwandten nicht enterbt. Er wollte helfen.

Es kommen zum Glück noch unzählige 10. Dezember, also noch viele, viele Gelegenheiten, dem Willen des Wohlwärters Alfred Nobel wenigstens näherzukommen, wenn es schon ausgeschlossen scheint, ihn ganz zu erfüllen.

Originelle Wirtshauschilder. Solche aus früheren Zeiten herflamende Wirtshauschilder gibt es in allen Ländern. In einem englischen Blatt waren eine ganze Reihe merkwürdiger Zeichnungen von Gasthäusern aufgeführt. Da begegnen wir in Upton einem Wirtshaus, das den Namen trägt: „Zum alten beschwippten Philosophen“, „Zum Menschenbein“ (in Burslem), „Zum Loch in der Wand“ (Drothwich), „Zum lächelnden Nonne“ (Dudley). In Columbus (Nordamerika) befand sich ein Wirtshaus mit zwei Schildern. Es ist dies am Eingang eines Gefängnisses gelegen. Das eine Schild ist den von der Stadt Kommenden zugewendet und trug die Aufschrift: „Letzte Gelegenheit für einen Trunk“. Das andere, der Gefängnistür zugekehrt, enthält die Worte: „Erste Gelegenheit zu einem Trunk“. Es ist anzunehmen, daß jetzt dieses Wirtshaus „trodengelegt“ ist, daß die armen Gefangenen auf den letzten und ersten Trunk verzichten müssen. Oder auch nicht? — Auch in den deutschen Städten konnte man früher an den Wirtshäusern manchmal merkwürdige Namen finden; sie verschwanden aber mehr und mehr. Da gab es in Berlin: „Zum gemätschten Huhn“, „Zum strammen Hund“, „Zum ersten Ehestands-schoppen“ (im Hause eines Standesbeamten gelegen), „Zum Bier-Zentner-Rann“, „Zum letzten Instanz“ (am Kammergericht), „Lehm-tute“ (war am jetzigen Viktoriapark gelegen). — Noch einige aus anderen Städten: „Zum polnischen Herrgott“ (Breslau), „Zum alten Strohhack“ (Weizsä), „Zum letzten Müßelchen“, „Zum Salztümpel“, „Zum Bierstall“ (alle drei in Köln). In einigen Städten gibt es Schänken in der Nähe von Friedhöfen: „Zum letzten Träne“.

Hohe Lebensalter in Oesterreich. Statistische Feststellungen haben ergeben, daß in Oesterreich 35 000 Menschen leben, die über 80 Jahre alt sind, 15 000 hiervon (44 Proz.) sind männlichen, 20 000 (56 Proz.) weiblichen Geschlechts. In Wien selbst leben 5000 Einwohner, die über 80 Jahre alt sind, mehrere Einwohner sind sogar 100 Jahre alt geworden.



